

COMÚN

MAGAZIN FÜR STADTPOLITISCHE INTERVENTIONEN

#4/Dez. 2020

7€



EDITORIAL

Willkommen in der Común #4! Setzt euch doch erstmal. Genießt noch kurz die Stille, wenn ihr von hier aus gleich losgeht, wird es schnell lauter, aufregender und bunter. Vielleicht wollt ihr euch vorher noch stärken? Das Essen aus der »ada_kantine« wurde gerade geliefert!

Das ist nun schon die zweite Lock-down-Ausgabe, aber hier geht es weiter trubelig zu und die Stimmung ist trotz Krise nicht so schlecht, eigentlich geradezu kämpferisch. Wenn ihr also auch mal Lust auf gute Nachrichten habt, seid ihr hier richtig. So finden sich in unserem Schwerpunkt zu »Commons als soziale Infrastruktur« nicht nur optimistische Visionen und kollektive (Gedanken-)Experimente, sondern auch ganz praktische Beispiele, die vielleicht mehr als nur Inseln des guten Lebens sind. Und ein Beitrag aus Barcelona zeigt: Hier wird bereits verwirklicht, was als Vision derzeit unter dem Stichwort »resiliente Stadt« diskutiert wird: Wohnviertel, in denen Bewohner*innen und Aufenthaltsqualität Vorrang vor dem Autoverkehr haben.

An einem Magazin mit ausschließ-lich guten Nachrichten arbeiten wir noch – es wird wohl noch dauern bis wir soweit sind. Es gilt weiterhin: »Die Idee ist gut, doch die Welt noch nicht bereit« (Tocotronic). Bisher geht das jedenfalls nur als subversive Kunstaktion, wie die Politkunstgruppe »Yes Men« mal vor über zehn Jahren mit ihrer berühmten Good-News-Ausgabe der »NY Times« zeigten. Die Wirklichkeit sieht eben immer noch so aus: Mietenwahnsinn, Verdrängung, massenweise Unterversorgung mit gutem Wohnraum, Zwangsräumungen, steigende Gewinne für die Immobilienwirtschaft –

alles geht weiter in der Corona-Krise. Sie sieht aber auch so aus: Die Widerstände werden massiver, breiter, entschlossener und vernetzen sich besser. Ob in Dresden gegen Vonovia, in Berlin und weltweit gegen Akelius oder in ganz Rumänien gegen die gravierenden Wohnungskrise und staatliche Untätigkeit. In New York City – der Stadt, die in den USA mit am schwersten von der Corona-Pandemie betroffen ist – ist die Mieter*innen-bewegung in den letzten Monaten sogar »explodiert«. Der Good-News-Ansatz der Común, das sind die widerständigen Erzählungen mitten aus den Recht auf Stadt-Bewegungen. Wenn ihr euch jetzt gleich ins Getümmel stürzt, werdet ihr aber noch viel mehr entdecken in diesem gewohnt bunten und sehr schlaun Magazin: Initiativen-Vorstellungen, ein Portrait, Hintergründe, Diskussionen, eine Toolbox und Rezensionen. Viel Spaß beim Lesen!

An alle, die zu diesem Heft beigetragen, dabei geholfen, unterstützt und dafür gespendet haben, ein ganz dickes: Danke! Nur mit euch allen gemeinsam wurde Común #4 möglich.

Bleibt optimistisch, solidarisch und kämpferisch,

die Redaktion

Dear COMÚNity, wir haben euch noch was Wichtiges zu sagen. Es geht um Geld.

Unser Herz schlägt höher, wenn eure Wertschätzung und eure Begeisterung für Común uns erreicht. Dann wissen wir wieder: Die Arbeit hat sich gelohnt. Doch auch Común lebt nicht von der Liebe allein.

Bisher war das Magazin ein durch Spenden und anfangs durch Zuschüsse finanziertes Projekt. Wir haben uns nun entschieden, Común ab dieser Ausgabe gegen einen Festpreis von 7 Euro zu verkaufen. Der Preis finanziert den Druck des Magazins, dazu noch die Ausgaben für Beleg-Verschickungen, sowie Vorleistungen für den Vertrieb. Wir erhoffen uns dadurch eine stabilere Finanzierung von Común, denn bisher hangeln wir uns finanziell von Ausgabe zu Ausgabe. Mit der Corona-Krise verschlechtert sich für uns auch die Vertriebsituation. Deshalb sind wir weiterhin auf reichlich direkte Einzel- und Sammelbestellungen angewiesen – und darauf, dass ihr in eurem Umfeld für Común werbt! Wenn ihr über den Kauf des Magazins hinaus etwas spenden möchtet, helft ihr uns ebenfalls weiter. Die Kontodaten findet ihr im Impressum, die Spende ist steuerlich abzugsfähig.

Übrigens: Für die gesamte planerische, textliche, redaktionelle und gestalterische Arbeit am Magazin wird niemand bezahlt. Mit der Orga, der Redaktionsarbeit, dem Layout und dem Vertrieb spenden wir mit jeder Ausgabe viele hunderte Stunden für »die Sache«, für die COMÚNity, für die Bewegung. Mit eurer Unterstützung werden wir das mit Herz & Verstand gerne wieder tun.

INHALT

WIR SO - IHR SO

04 Die stadtpolitische Vorstellungsrunde #3

PORTRÄT

06 Arbeit, Raum und Erinnerung

Die feministische Urbanistin und Historikerin
Dolores Hayden

FEMINISMUS & INTERSEKTIONALITÄT

08 Wie eine queere Stadt aussehen kann

Ein Gespräch über intersektionale und feministische
Ansätze in der Recht auf Stadt Bewegung

KLIMAWANDEL & STADT

10 Freiburg Green City: ökologisch vs. sozial?

Ein Fotoessay aus dem Stadtteil Vauban

14 Jenseits von Fridays for Future und Smart City

Recht auf Stadt-Bewegungen müssen das Thema
Klimawandel dringend auf die Agenda setzen

SCHWERPUNKT: URBANE COMMONS ALS SOZIALE INFRASTRUKTUR

17 Ein Hangar für Berlin

Traum und Realität: Transformationen einer urbanen
Infrastruktur

20 Einmal Underdogs für alle

Mitten in der Coronakrise eröffnete die »ada_kantine«
in Frankfurt/Main

22 „Wir versuchen, die Investor*innen zu verdrängen“

Interview mit Helma Haselberger vom »Mietshäuser
Syndikat« Freiburg

24 „Wir machen jetzt einfach mal“

Von »bolo'bolo« zu »Neustart Schweiz« – Haushalts-
gemeinschaften als kollaborative Commons

STÄDTE & BEWEGUNG

26 Das Symbol bleibt

Das anarchoqueerfeministische Hausprojekt Liebig 34
in Berlin wurde geräumt. Damit verschwindet ein Ort des
Widerstands für die linke Szene

27 (K)ein Platz für alle?

Wie in Berlin-Neukölln nicht-erwünschte Bewohner-
*innen durch politische Bevormundung und machtvollen
Interessen systematisch verdrängt werden.

30 Transnationaler Widerstand gegen ein internationales Firmengeflecht

Mieter*innen organisieren sich gegen Immobilien-
Spekulant »Akelius«

32 Kämpfe für ein Recht auf Stadt in Dresden

Von einer solidarischen Genossenschaft bis zu
»WirbesetzenDresden«

HINTERGRUND

34 Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung?

Über einen uneindeutigen Begriff und seinen
strategischen Einsatz in der stadtpolitischen Bewegung

36 Als hätte es nie eine Krise gegeben

Wohnungspolitisches Weiter-so in der COVID-19-
Pandemie

38 Dreifaches Doppel im Stadtteil

Gesundheit als Ansatzpunkt emanzipatorischer Politik

INTERNATIONAL

40 Superblocks und taktischer Urbanismus

Barcelona und die Rückeroberung des öffentlichen Raums

43 »Blocul pentru Locuire«

Kämpfe für das Recht auf Wohnen in Rumänien

46 Hard Times in New York

Mietstreiks in Zeiten der Pandemie – Ein Interview
mit Cea Weaver von »Housing Justice 4 All (HJ4A)«
aus New York City

TOOLBOX

48 Lasst uns in die Stadt gehen!

Methoden- und Haltungsvorschläge für machtkritische
Stadtrundgänge

REZENSIONEN

52 (Re-)Kommunalisierung als globaler Trend

Die Studie »The Future is public« untersucht die Effekte
kommunaler Wiederaneignung. Das Ergebnis: Alles wird
besser

53 Levebre für alle

Aus den Beiträgen und Debatten des Symposiums »Alltag-
einTagaus« entstand das Buch »Lefebvre for activists«

54 Wir holen uns die Stadt zurück

Feminist City – Wie Frauen die Stadt erleben

55 IMPRESSUM

WIR SO – IHR SO

Die stadtpolitische Vorstellungsrunde #3

RECHT AUF STADT REGENSBURG

WER IHR SEID IN 150 WORTEN

Recht auf Stadt Regensburg (RaS) gründete sich 2015. Hintergrund war – wie könnte es anders sein – die katastrophale Mietsituation. Zu allem Übel gibt es hier nicht nur überall Privatisierung und Gentrifizierung, es existiert auch so gut wie keine Widerstandskultur. Mit RaS wollen wir diese Unkultur aufbrechen.

Stand zu Beginn das Wohnungsthema im Vordergrund, beschäftigen wir uns mittlerweile mit vielen weiteren Aspekten einer Stadt für alle. Wir fordern Nulltarif im ÖPNV und veranstalteten öffentliche Schwarzfahrten. Wir fordern kommunale Pflege statt Rendite mit den Alten und deckten Missstände in gewinnorientierten Seniorenburgen auf. Wir fordern vollkommene Transparenz über alle öffentlichen Angelegenheiten und führten beispielsweise Klage gegen die Stadtverwaltung, die ein Gutachten nicht herausgeben wollte. Und natürlich fordern wir die Enteignung aller in den Regensburger Immobilienskandal verwickelten Unternehmen. Eine entsprechende Eingabe in den Stadtrat wurde freilich abgelehnt.

Wir beschäftigen uns mit allem, das Mitwirkende einbringen und mit entsprechendem Engagement vorantreiben.

Euer politisches Anliegen in einem Demo-Slogan:

Eine Stadt für alle, sonst gibt es gewaltfreie Krawalle!

Vervollständigt bitte: „Ein anderes Regensburg ist möglich, wenn... den Bewohner*innen klar wird, dass sie nur durch Engagement und Eigeninitiative die Stadt wieder lebendig, für alle bewohn- und bezahlbar machen können. Kurz: Die Menschen müssen die Dinge, die sie betreffen, selber regeln.“

► Mehr Infos & Kontakt

- rechtaufstadt-regensburg.de
- kontakt@rechtaufstadt-regensburg.de
- **Foto:** Recht auf Stadt Regensburg



WIE WÜRDET IHR EURE PRAXIS VERORTEN ZWISCHEN DEN POLEN...

...Abwehrkämpfe führen oder für eigene Visionen streiten?



Beides. Unseres Erachtens ist es Voraussetzung für effektiven Widerstand, immer eine bessere Lösung aufzuzeigen.

...kreative Aktionsformen oder klassischer Protest?



Ganz klar kreative Aktionsformen. Beispielsweise unterstützten wir eine Aktion, bei der bunte Bilder von feiernden, schmusenden oder schlafenden Menschen in die Fenster eines seit Jahrzehnten leerstehenden Hauses gestellt wurden, um zu zeigen, wie schön ein bewohntes Haus wäre. Oder wir sammelten offiziell „Bestechungsspenden für Sozialwohnungen“. Selbstredend wollte keine Partei unsere Parteispende annehmen.

...eher mit oder eher gegen die Politik?



Die Frage stellt sich im Grunde nicht, denn die Politik ist kategorisch gegen uns, seit sie gemerkt hat, dass wir wirkliche Veränderung wollen.

...Diskussion oder Aktion?



Aktion! Über die Grundzüge einer basisdemokratischen, nach den Prinzipien einer solidarischen und nicht kapitalistischen Gesellschaft organisierten Stadt sind wir uns einig. Wir formulierten unsere Ziele im „Manifest der Solidarischen Stadt Regensburg“.

...Fester Kreis oder wachsendes Bündnis?



Fest und fluktuierend zugleich. Einige Aufgaben, wie z.B. die Betreuung unseres Leerstandsmelders sowie der »büze« (Bündniszeitung), werden von Leuten kontinuierlich erledigt. Bei Aktionen werden Sympathisierende hinzugezogen.

...solidarische Unterstützung oder politische Organisation?



Solidarische Unterstützung, aus der politische Wirkung entstehen soll. Zu diesem Ziel gründeten wir zusammen mit verschiedenen stadtpolitischen Gruppen das Bündnis »Solidarische Stadt Regensburg« (SSR). SSR ist nach dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe organisiert. Das „Manifest der Solidarischen Stadt Regensburg“ bildet die Grundlage. SSR konnte immerhin erreichen, dass Regensburg sich zu einem Sicheren Hafen erklärte und es wurde eine Initiative für ein Bürger*innenasyl gestartet.

...von der Politik einfordern oder Selbermachen?



Beides. Wobei das Einfordern von der Politik eher dazu dient, Unfähigkeit und Heuchelei der sogenannten „Volksvertretenden“ bloßzustellen. Bezüglich Selbermachen versuchen wir, Projekte nach dem Konzept des Mietshäusersyndikats anzustoßen. Wohnprojekte, aber auch ein Soziales Kulturzentrum (SoKul).

NETZWERK „STADT FÜR ALLE“ POTSDAM



WER IHR SEID IN 150 WORTEN

Das Netzwerk „Stadt für alle“ versteht sich als Plattform für verschiedenste stadtpolitische Initiativen. Dazu gehören Mieter*innen und Anwohner*innen-Initiativen, Kulturinitiativen und -einrichtungen, „Recht auf Stadt“-Gruppen und Bürger*innen-Initiativen, die sich wegen eines konkreten Konflikts gegründet haben. Wichtiger Schnittpunkt und Basis der öffentlichen Wahrnehmung ist unser Blog (siehe unten).

Das Netzwerk trifft sich mehrmals im Jahr, kommuniziert über soziale Netzwerke und bietet neuen Initiativen die Möglichkeit eines gemeinsamen Logos und öffentlicher Aufmerksamkeit sowie Unterstützung. Schwerpunkte unserer Aktivitäten in den letzten Jahren waren die Auseinandersetzungen um die Stadtmitte von Potsdam, symbolisiert durch den Kampf um bestimmte Gebäude: Gegen den Abriss der Fachhochschule und des Künstlerhauses »Rechenzentrum« sowie den Wiederaufbau der benachbarten Garnisonkirche oder gegen den Abriss des geschichtsträchtigen ehemaligen Terrassenrestaurants »Minsk«. Das wichtige Thema steigender Mieten bearbeiten wir unter anderem durch die Veröffentlichung aufwendiger Recherchen zu regionalen und internationalen Finanzinvestoren, zuletzt gemeinsam mit dem Recherchekollektiv »Correctiv« unter dem Titel „Von Potsdam nach Panama und zurück“.

Euer politisches Anliegen in einem Demo-Slogan:

Die Stadt gehört uns!

Vervollständigt bitte: „Ein anderes Potsdam ist möglich, wenn... die Stadt endlich eine Politik mit den Menschen und gegen die Immobilieninvestoren macht.“

► Mehr Infos & Kontakt

► potsdam-stadt fuer alle.de

► lernort-garnisonkirche.de

► Foto: Netzwerk „Stadt für alle“ Potsdam

WIE WÜRDET IHR EURE PRAXIS VERORTEN ZWISCHEN DEN POLEN...

...Abwehrkämpfe führen oder für eigene Visionen streiten?



Leider müssen wir in Potsdam seit Jahren eher Abwehrkämpfe führen – gegen die Umgestaltung der Stadtmitte in ein „Preußisches Disneyland“, gegen Immobilienkonzerne und Investoren, denen die Stadt den roten Teppich ausrollt.

...kreative Aktionsformen oder klassischer Protest?



Klar gab es in den letzten Jahren auch klassische Mieter*innen-demonstrationen, wir setzen aber auch auf „Verstecktes Theater“ – wie bei den Protesten gegen möblierte Wohnungen. Als das undurchsichtige Immobilienunternehmen »Trockland« auf unsere Veröffentlichungen mit Abmahnungen reagierte, haben wir die Gebühren in Säcken voller Kleingeld direkt am Firmensitz in Berlin vorbei gebracht und dies dokumentiert.

...eher mit oder eher gegen die Politik?



In Potsdam eher gegen die Politik. Vor allem in der Wähler*innen-gruppe »die ANDERE« und in Teilen der Linken haben wir auch parlamentarische Partner*innen, grundsätzlich ist die Stadtpolitik aber eher neoliberal ausgerichtet: Hier wird eine „Stadt von oben“ durchgesetzt.

...Diskussion oder Aktion?



Beides, das kommt aber stark auf das Thema und den Leidensdruck an. Vor allem die Initiativen gegen einen Wiederaufbau der Garnisonkirche leisten eine unglaubliche inhaltliche Arbeit. 2018 haben wir ein großes „Wohnpolitisches Forum“ organisiert.

...Fester Kreis oder wachsendes Bündnis?



Wechselnder Kreis, je nachdem, welche Themen und Konflikte auf der politischen Agenda stehen.

...solidarische Unterstützung oder politische Organisation?



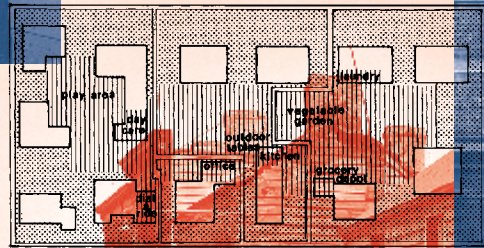
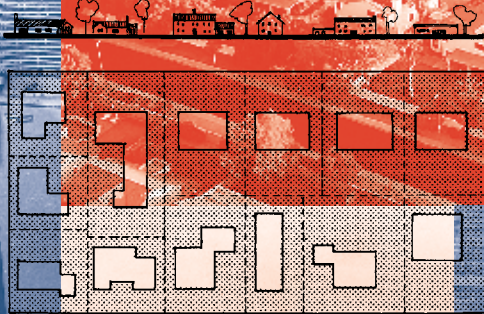
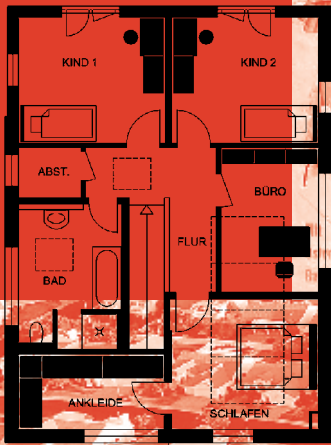
Die Grundidee des Netzwerkes: Einen Raum, ein Logo und Unterstützung für die stadtpolitischen Initiativen zur Verfügung zu stellen. Überregional arbeiten wir im »Mietenwahnsinn-Bündnis« mit und beteiligen uns an den europaweiten Aktionstagen.

...von der Politik einfordern oder Selbermachen?

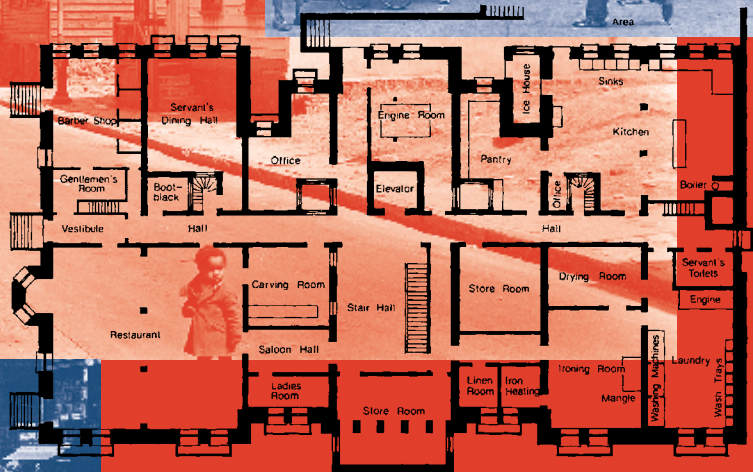


Lieber Selbermachen. Trotzdem müssen bestimmte Gesetze und Rahmenbedingungen endlich auch mal politisch beschlossen und umgesetzt werden: So gibt es in Potsdam zum Beispiel immer noch keine Milieuschutzgebiete.

...und jetzt kommt ein
DR. OETKER Pudding!



0 100'
private space
collective space



ARBEIT, RAUM UND ERINNERUNG

Die feministische Urbanistin und Historikerin Dolores Hayden

NINA SCHUSTER

Der Alltag spielt sich im Stadtraum ab. Raum strukturiert das Leben und bietet auch Möglichkeiten für Veränderungen. Dieser Zusammenhang beschäftigt die feministische Urbanistin, Architektin und Amerikanistin Dolores Hayden. Ende der 1970er Jahre, zu Beginn ihrer wissenschaftlichen Karriere, forschte sie zu den Anliegen und Utopien der „materialistischen“ US-amerikanischen Feministinnen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Diese fragten: Was könnte Frauen* Macht bringen? Sie skandalisierten, dass Frauen* für ihre Haus- und Erziehungsarbeit nicht entlohnt werden und vereinzelt in ihren privaten Häusern arbeiten. Die materialistischen Feministinnen strebten radikale Veränderungen an. Sie erarbeiteten Vorschläge, wie Frauen* ökonomisch unabhängig werden könnten, und zwar durch die Bezahlung von Hausarbeit, deren Basis eine räumliche Neuorganisation von Wohnen und Arbeiten sein sollte. Daher entwickelten sie die Idee, traditionell den Frauen* zugeordnete Aufgaben wie die Kinderbetreuung in kommunalen „community centers“ zu organisieren. Sie erkannten also früh die räumliche Basis der Ungleichheit der Geschlechter – und ihre Veränderbarkeit. Ihre Vorschläge für eine materiell-bauliche Umgestaltung von Privathäusern und Stadtteilen setzten direkt an den Lebensbedingungen der Frauen* an. Einige ihrer Entwürfe für die Neuordnung und Entlohnung der Hausarbeit haben auch heute noch Modellcharakter.

Hayden hat sich nicht nur mit historischen, sondern auch mit den zeitgenössischen Problemen von Frauen* in der Stadt befasst. Ihre Texte und ihre Mitwirkung in feministischen Kontexten haben wichtige Impulse für die feministische Utopie einer nicht-sexistischen Stadt gegeben. Im deutschsprachigen Raum wurde Hayden durch ihren Essay »Wege zur nicht-sexistischen Stadt« bekannt. Der erschien 1980, also vor genau 40 Jahren, in der kritischen Architekturzeitschrift »ARCH+«. Hayden fragt darin nach den Gründen für die ökonomische Benachteiligung von (US-amerikanischen) Frauen*. Dafür schaut sie sich kritisch das Wohnen und die räumliche Organisation des Alltags als Haupthindernisse für eine soziale und ökonomische Gleichstellung der Geschlechter an. Dieses Wohnen, vornehmlich in Kleinfamilien und mit der Zuständigkeit für Hausarbeit und Kinder, bedeutete für viele verheiratete Frauen*, nicht nur der weißen Mittelschicht, damals ein isoliertes und ökonomisch abhängiges Leben in den amerikanischen Vorstädten. Für Hayden sind die kapitalistische Arbeitsteilung in der Stadt und ihre Einschreibung in den Raum die zentralen Gründe für die ökonomische Ungleichheit der Geschlechter. Ihre praktischen Vorschläge setzen beim Wohnen an und richten sich darauf, die Situation von Hausfrauen* und Müttern zu verändern. Sie entwirft Skizzen für gemeinschaftliches Wohnen, das die gemeinschaftliche Zubereitung der Mahlzeiten und die kollektive Organisation der Kinderbetreuung ermöglicht. Dabei stellt sie den ökonomischen Aspekt ins Zentrum: Wie ihre frühen materialistisch-feministischen Vorgängerinnen schlägt sie vor, die zuhause erledigten Arbeiten zu entlohnen.

In den 1980er und 1990er Jahren erweitert sich Haydens Blick auf die Stadt. Sie interessiert sich stärker für die Geschichte städtischer Arbeiter*innen. In Los Angeles gründet sie zusammen mit anderen Wissenschaftler*innen und Bürger*innen die gemeinnützige Künstler*innen- und Forschungsgruppe »The Power of Place«, die von 1984 bis 1991 aktiv ist. Das Kollektiv

macht sich auf die Suche nach den Spuren des Arbeiter*innenlebens in Los Angeles. Bürger*innen entwickeln gemeinsam mit Historiker*innen, Künstler*innen und Designer*innen eine Reihe von Projekten: öffentliche Veranstaltungen, Stadtpaziergänge, Kunstbücher und dauerhafte öffentliche Skulpturen. Zugleich setzen sie sich auch für den Erhalt von historischen Gebäuden ein. Sie beschäftigen sich z. B. mit dem Haus der Afroamerikanerin und ehemaligen Sklavin Biddy Mason, die dort von 1856 bis 1891 Hebamme war. Es geht der Gruppe darum, die Erinnerung an das Arbeitsleben gewöhnlicher Bürger*innen, insbesondere von Frauen und rassifizierten Menschen wie Afroamerikaner*innen, Latina*s und Asian Americans, ihrer Familien und Communitys lebendig zu halten und „die historische Landschaft des Stadtzentrums und seine ethnische Vielfalt zu feiern“. Hayden hat die Projekte 1995 in dem Buch »The Power of Place: Urban Landscapes as Public History« gebündelt. Die Projekte der Gruppe vermitteln neue Einsichten in die Zusammenhänge von Geschlecht, Race/Ethnicity und städtischen Räumen, indem sie neue Praktiken der „öffentlichen Geschichte“ (public history) aufzeigen und städtisches Erinnern an soziale Kämpfe und den Alltag von Arbeiter*innen erweitern. Hayden zeigt, dass es in vielen US-amerikanischen Städten ähnliche Bewegungen gibt, die sich für eine neue städtische Erinnerungskultur einsetzen.

Haydens wissenschaftliches und politisches Engagement gilt einer radikalen Kritik an den herrschenden (Geschlechter-) Verhältnissen, die das Wohnen und Arbeiten in kapitalistischen Gesellschaften und Städten prägen. Anders als heutige Ansätze von Gender Planning oder Diversity Planning stellt sie Grundsätzliches infrage und macht radikale Gegenentwürfe. Geboren 1945, tritt Dolores Hayden auch heute noch öffentlich für feministische und vielfaltsbezogene politische Anliegen ein. Sie war Professorin für Architektur, Urbanismus und American Studies an der Yale University in New Haven im US-Bundesstaat Connecticut. Ihre sechs wissenschaftlichen Bücher sind in viele Sprachen übersetzt und vielfach ausgezeichnet worden. Heute ist Hayden auch als Lyrikerin bekannt und anerkannt.

► **Nina Schuster** arbeitet als promovierte Soziologin an der TU Dortmund. Ihre Themen sind soziale Ungleichheit, Stadtraum und queer-feministische Perspektiven. Aktuell forscht sie zu Konflikten und der alltäglichen Aushandlung von Differenz in Kleingärten. Sie hat mehrere Jahre lang den »Euromayday Ruhr« mitorganisiert, ist Mitglied im Netzwerk Feministische Geographie und Redakteurin im Kollektiv von »sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung«.

► Weiterlesen

- Hayden, Dolores (1981): *The Grand Domestic Revolution. A History of Feminist Designs for American Homes, Neighborhoods, and Cities*. Cambridge, London: MIT Press.
- Hayden, Dolores (1995): *The Power of Place: Urban Landscapes as Public History*. Cambridge, London: MIT-Press.
- Frisch, Michael (2002): *Planning as a Heterosexual Project*. In: *Journal of Planning Education and Research* 21, 254–266.
- sub\urban (2017): *Debatte zu »Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen?«* von Dolores Hayden (1981) mit Kommentaren von fünf Wissenschaftlerinnen und einer Replik von Dolores Hayden. In: *sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 5, 3, Themenschwerpunkt: Stadt der Reproduktion, S. 69–128. ► *zeitschrift-suburban.de*

► **Collage:** Rainer Midlaszewski

WIE EINE QUEERE STADT AUSSEHEN KANN

Ein Gespräch über intersektionale und feministische Ansätze in der Recht auf Stadt Bewegung

HANNAH WEISS, TABEA LATOCHA, REBECCA SIRSCH UND LENA WEGMANN

Beim digitalen »Recht auf Stadt Forum« im Mai 2020 haben wir, Rebecca, Hannah, Lena und Tabea, ein gemeinsames Panel unter dem Titel „Für ein queer-feministisches Recht auf Stadt“ bespielt. Unser Panel widmete sich der Frage: Wie würde eine Stadt aussehen, wenn sie feministisch, queer und intersektional wäre? Wir haben uns dazu mit den Themen Wohnen, Care, und (Raum-)Reproduktion beschäftigt, danach gefragt, wie Stadt und ungleiche Machtverhältnisse zusammenhängen und diskutiert, wie wir feministische Kritik für unser Handeln in und Gestalten von Stadt nutzbar machen können.

Feministische Raumkritik steht in einer langen Tradition mutiger Frauen*, die sich gegen die Unsichtbarmachung von Haus- und anderer Reproduktionsarbeit und für solidarische Beziehungsweisen einsetzen. Zentraler Kritikpunkt solcher Ansätze sind die Individualisierung gesellschaftlicher Verantwortung, die Ökonomisierung des Sozialen sowie die daraus hervorgehende Kommodifizierung von Carearbeit. Kernthese der vielen unterschiedlichen und schon lange nicht mehr nur auf Geschlechterungerechtigkeit fokussierten Perspektiven ist: „Das Private ist politisch!“ Die Coronakrise hat jüngst einmal mehr sichtbar

gemacht: Fürsorge braucht ein Zuhause. In unserem Handeln, in unseren Beziehungen und in unseren Städten.

Nach dem Forum hatten wir immer noch großen Bedarf an inhaltlichem Austausch. Also haben wir uns noch ein paar mal online getroffen und diskutiert, was aktuell schief läuft und wohin wir wollen.

Das Gespräch wurde für Común zusammengefasst und gekürzt.

Was ist problematisch an Stadtplanung heute?

HANNAH: Die Stadtplanung ist leider immer noch nicht konsequent inklusiv, weil in diesem Bereich gesellschaftliche Normen greifen: Die Stadtplanung reproduziert gesellschaftliche Heteronormativität, indem sie etwa den klassischen Kleinfamilien einen Wohnraum verschafft und auch im sogenannten „öffentlichen Raum“ bei den Toiletten häufig an der binären Geschlechterordnung von Mann und Frau festhält. Dies findet dann eine wortwörtliche Zementierung im Stadtbild und wirkt sich unmittelbar auf das soziale Leben, also die inhaltliche Füllung der Stadt, aus. Die bestehende Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Begehrensformen findet in der Stadt wenig Raum. Hier besteht Handlungsbedarf.

TABEA: In der Auseinandersetzung um ein queerfeministisches Recht auf Stadt ist für uns ein intersektionaler Ansatz zentral, also eine Sichtweise, die betont, dass Diskriminierung entlang von

Klasse, Race und Gender verläuft. Es geht uns nicht nur um Mieten. Unsere Motivation ist die Arbeit an einer lebenswerten und queeren Stadt, in der Reproduktionsarbeit und Care sichtbar sind, wo diese Arbeit also nicht in der Verborgenheit der privaten Wohnungen, sondern in gemeinschaftlich organisierten Räumen und solidarischen Netzwerken stattfindet.

Was bedeutet das konkret? Welche bestehenden Verhältnisse erschweren ein Leben fernab von der sogenannten Normalbiographie in einer klassischen Kleinfamilien?

HANNAH: Bisher ist der intersektionale Ansatz bei der Gestaltung von Wohnraum und dem sogenannten öffentlichen Raum ziemlich unbeachtet. Das zeigt sich beispielsweise beim Aspekt des „selbstbestimmtes Alter(n)s“. Die heteronormative Herangehensweise an Stadtplanung wirkt sich unmittelbar und sehr vielfältig darauf aus. Die Erzählung von Einsamkeit im höheren Alter ist weit verbreitet. Sie findet scheinbar nur eine gewisse Auflösung, wenn Menschen sich in einer heterosexuellen Beziehung im Eigenheim befinden und eigene (Enkel-) Kinder verschiedene Sorgearbeiten übernehmen. Es gibt wenig Raum für andere

Bedürfnisse und Biografien. Das Alter erscheint für Menschen fernab der heteronormativen Norm oftmals als eine Art „Drohszenario“. Der Gedanke ans höhere Alter bringt also schon jüngere Menschen dazu, sich durch verschiedene Entscheidungen vor diesem Szenario im Alter abzusichern. Doch häufig bleiben hier Wünsche unter anderem von LSBTIQ*-Personen unerfüllt, weil erzwungenermaßen eine gewisse „Anpassung“ an die gesellschaftliche Norm stattfinden muss und/oder das Ausleben von anderen Lebensentwürfen mit verschiedenen Herausforderungen einhergeht.

REBECCA: Wohnformen und Stadtplanung reproduzieren heteronormative Machtverhältnisse. Sorgearbeit wird ins Private verdrängt, durch Wohnungszuschüsse, die Vater-Mutter-Kind-Konstellationen vorsehen. Das bedeutet, diese vermeintlich privaten Räume wirken sich disziplinierend auf die Zusammensetzung des Haushaltes aus. Alternative Wohnformen sind in der Regel nicht vorgesehen. Und nicht nur der Raum wirkt disziplinierend, sondern auch das, was dort stattfindet. Reproduktionsarbeit soll eine private Herzensangelegenheit bleiben, die daheim verrichtet wird. Die Prachtexemplare dieser Räume stehen in den Einfamilienhaussiedlungen. Das gesellschaftliche Leben kann hier ganzheitlich privatisiert werden: Autos statt ÖPNV, Kinderbetreuung im eigenen Garten statt Hort oder Spielplatz, großer Fernseher statt Kneipe oder Stadtpark, Essen in der Kleinfamilie statt in der Kantine.

Wie kann eine städtebauliche Umsetzung einer queerfeministischen Stadt aussehen?

HANNAH: Zu den vielfältigen Ideen gehört die Möglichkeit, Bestehendes zu transformieren. Im höheren Alter gewinnt die professionelle Pflege an Bedeutung. Insbesondere die Pandemie zeigt uns, dass Senior*innenheime in einem

gewissen Rahmen in sich geschlossen sind. Es ist wichtig, dass die LSBTIQ*-Community generationenübergreifend denkt, aber auch, dass Senior*innenheime auf die vielfältigen Lebensrealitäten von LSBTIQ*-Personen eingehen. Hier gibt es bspw. das Qualitätssiegel „Lebensort Vielfalt“, das (Alten-)Pflegeeinrichtungen erhalten, die Lebensrealitäten und Bedürfnisse von LSBTIQ*-Menschen mitdenken.

Ein anderer Ansatz ist, Immobilien etwa über das »Mietshäuser Syndikat« kollektiv zu kaufen, um generationenübergreifend, aber nicht (zwingend) in der klassischen Kleinfamilie, miteinander zu leben und füreinander Verantwortung zu übernehmen. Städteplanung ist menschen-

„ES GEHT AUCH DARUM, FÜR LEBSENTWÜRFE PLATZ ZU SCHAFFEN, DIE SICH JENSEITS TRADITIONELLER KLEINFAMILIEN BEWEGEN.“

gemacht und somit wandelbar. Hier müssen Menschen aus LSBTIQ*-Communities mit ihren vielfältigen Lebensrealitäten mit einbezogen werden, sodass diese Raum und Sichtbarkeit in der architektonischen Ausgestaltung und (damit auch) im Miteinander finden.

REBECCA: Wir in Bochum arbeiten seit zwei Jahren daran, dass ein Komplex aus öffentlichen Gebäuden in der Innenstadt, zu denen unter anderem die Musikschule, die Bücherei und die VHS gehört, nicht privatisiert, abgerissen und zu hochpreisigem Wohnraum

gemacht wird. Wir fordern, dass dort ein Mix aus günstigen Wohnungen sowie Orte der sozialen Infrastruktur, wie eine Stadteilkantine oder Tageseinrichtungen für Kinder und Pflegebedürftige, entsteht. Es geht auch darum, für Lebensentwürfe Platz zu schaffen, die sich jenseits traditioneller Kleinfamilien bewegen. Ein erster Erfolg ist, dass für eines der Gebäude nun eine gemeinwohlorientierte Nutzung angestrebt werden soll.

Habt ihr Vorschläge, wie Menschen möglichst niedrigschwellig und hierarchiefrei daran teilhaben können, ihre Visionen von einer emanzipatorischen Stadt zu verwirklichen?

REBECCA: Wir von »Stadt für Alle« haben zu gemeinsamen Stadtrundgängen und Diskussionsveranstaltungen unter anderem mit der Volkshochschule (VHS) in Bochum eingeladen. Wir versuchen, immer wieder Anlässe zu schaffen, um auch Presse und Social Media zu bespielen und unsere Arbeit in der Stadt präsent zu machen und damit Leute anzuregen, bei uns mitzumachen.

LENA: Wir arbeiten an Methoden und Tools, die uns helfen, Räume selbst zu gestalten – fern von Hierarchien und mit einer möglichst breiten, solidarischen Beteiligung. In unseren Augen ist es eine konsequente Folge, dass mensch Dinge anders machen muss, wenn wir uns andere Städte wünschen. Das gilt nicht nur in Bezug auf die Gestaltung von Wohnungen sondern auch in Nachbarschaften, wo es solidarische Netzwerke und Gemeinschaften gibt. Das heißt zum einen, professionelles Wissen und genau diese Grenzen, wer und was professionell ist, aktiv zu hinterfragen. Aber andererseits auch die Tools, wie Gesellschaft funktioniert, zu nutzen, um intersektional und utopisch zu denken und gemeinsam zu diskutieren.

Eine Idee ist die »Silent Conversation«. Eigentlich ist das eine analoge Methode

mit Stift und Papier. Es geht darum, über ein Thema, eine Frage oder ein Statement kollektiv nachzudenken ohne laut zu sprechen. Unsere Erfahrung ist, dass so auch die sonst leisen Stimmen gleichermaßen zu Wort kommen und besser aufeinander eingegangen werden kann als in lauten Diskussionen – gerade, wenn viele Menschen an der Diskussion beteiligt sind. Online funktioniert das mit einem Pad. Unsere Erfahrung zeigt, dass es sehr wertvoll ist, einen Kommunikationsmodus zu finden, in dem alle Stimmen gesehen und abgebildet werden.

Wie können wir – als Aktivist*innen, Planer*innen, Studierende – gemeinsam an Visionen und Alternativen für eine queere, intersektionale feministische Stadt arbeiten?

TABEA: Dazu braucht es inklusive, solidarische, explorative und radikal offene Herangehensweisen und ein Zusammenarbeiten, bei dem das Entdecken von Nutzungspotentialen und das kollektive Ausprobieren im Mittelpunkt stehen.

HANNAH: Für eine Veränderung müssen wir an verschiedenen Stellen ansetzen. Beispielsweise braucht es eine Sensibilisierung innerhalb der Stadtplanung für verschiedene Lebensrealitäten, aber auch eine radikale Selbstorganisation innerhalb der Community.

REBECCA: Für eine emanzipatorische Stadt müssen wir die Machtverhältnisse aufbrechen, die in der Stadt in Beton gegossen sind. Hierzu müssen wir gemeinsam den Enterhaken in den Möglichkeitsräumen auswerfen, um unsere Utopien umzusetzen.



► **Hannah Weiß** aus der LSBTIQ*-Koordinierungsstelle Thüringen beschäftigt sich u.a. mit der Frage, wie der Prozess des Alterns und diese Lebensphase für queere Menschen selbstbestimmt und diskriminierungsfrei gestaltet werden kann.



► **Tabea Latocha** hat Humangeographie und Urbanistik studiert und mit Lena Wegmann ein interdisziplinäres Seminar zum Thema „Feministische Stadt“ an der Bauhaus-Universität Weimar geleitet. Sie promoviert zum Wandel öffentlicher Wohnungsunternehmen in der BRD.



► **Rebecca Sirsch** ist Aktivistin beim Netzwerk »Stadt für Alle« Bochum. Das Netzwerk streitet für eine solidarische und ökologische Stadt. Ihr Engagement versteht sie als radikale Realpolitik mit utopischem Überschuss.
► stadt-fuer-alle-bochum.net



► **Lena Wegmann** kommt aus der Urbanistik und Landschaftsarchitektur und arbeitet an einer kritischen Raumpraxis zu demokratischen Zukünften von Stadtland, Klimaresilienz und spatial intersectional feminism.
► spatialfeminism.net

► **Fotos:** Privat

FREIBURG GREEN CITY: ÖKOLOGISCH VS. SOZIAL?

Ein Fotoessay aus dem Stadtteil Vauban

KATHI KING UND JANIKA KUGE

Freiburg hat sich als „Green City“ einen Namen gemacht und wirbt international mit diesem Label. In ihrem Vorzeigebauwerk Ökostadtteil Vauban leben wuppullovertragende Studierende Seite an Seite mit wohlhabenden Kleinfamilien – ein Leben in der Nachhaltigkeitsidylle. Diese zieht auch Stadtplaner*innen, Architekten*innen und Techniker*innen an, die sich die Wunderwerke „grüner“ Stadtplanung anschauen, um dann stillet

im »Green City Hotel« abzusteigen. In Sachen Architektur, Umnutzung und Gestaltung öffentlichen Raums hat das ab Anfang der 1990er auf dem ehemaligen französischen Militärgelände entstandene Quartier einiges an Innovation zu bieten. Nachhaltig im ökologischen Sinne ist der junge Stadtteil allemal. Soziale Nachhaltigkeit aber, so scheint es, wird hier eher klein geschrieben.

Freiburg hat zwar nicht ganz die teuersten Mieten in Deutschland (München), auch nicht den stärksten Anstieg der Mietpreise (Berlin und Heilbronn), dafür aber das schlechteste Verhältnis aus Einkommen und Miete je Haushalt: Nirgendwo sonst in der BRD geben die Haushalte so viel von ihrem Einkommen für Miete aus, wie eine Studie vom August 2020 zeigt. Im »Sonnenschiff« können die Bewohner*innen der Passivenergiehäuser der »Solar-siedlung« ihre Einkäufe bei »Alnatura« und »dm« tätigen und ihre Bankgeschäfte bei der GLS-Bank erledigen.





Auch wenn das »Green City Hotel« aus vielen tollen nachhaltigen Baustoffen besteht, ein regionales Bio-Frühstücksbuffet anbietet, alle grüne Poloshirts tragen und ein Teil der Mitarbeiter*innen sozial „divers“ ist, steht das imposante Bauwerk auf dem ehemaligen Gelände von »Kommando Rhino«. Der 2008 besetzte Wagenplatz, der für seine Kunst- und Kulturveranstaltungen bekannt war, wurde 2011 unter massivem Polizeiaufgebot geräumt, um den Hotelbau zu ermöglichen. Es wurde keine Ersatzfläche zur Verfügung gestellt. Nebenan besteht seit 1993 das Wohnprojekt »SUSI« – ein Projekt des Mietshäuser-syndikats. »SUSI« steht für »Selbstorganisierte unabhängige Siedlungsinitiative«.



Das »Heliotrop« ist ein Experimentierhaus mit Drehmotor, der es, angepasst an den Energiebedarf des Hauses und seiner Bewohner*innen, nach der Sonne ausrichtet. Das Ökoviertel Vauban zeigt viele neue Ideen auf. Ideen zur Nachhaltigkeit in Bezug auf Bauen, räumliche Planung und Versorgung, zum Beispiel großzügige Grünflächen und kreativ gestaltete öffentliche Infrastrukturen, wie einem öffentlichen Backhäuschen, einem Solarparkhaus und vielen Spielplätzen aus Naturbaustoffen. Infrastruktur für soziales Miteinander, gerade auch für Kinder, gibt es hier also allemal. Das große Problem bleibt: Das alles ist sehr teuer und damit sehr exklusiv. Die tollen Ideen zu „grünem Wohnen“ verbleiben kostspielige Experimente für wenige. Ob das noch als nachhaltig gelten kann, sei dahingestellt: Solange beim Sozialbau an allen Ecken und Enden gespart wird und weniger prestigeträchtige Viertel auch infrastrukturell schlechter ausgestattet bleiben, wird „grünes Wohnen“ und ökologische Nachhaltigkeit vor allem etwas sein, dass man sich leisten können muss.





Niemand will „unnachhaltig“ wohnen, „grün leben“ ist in. Die nachhaltigen Vorzeige-Wohnhäuser im Viertel sind begehrt und vergleichsweise teuer. Weit mehr als die Hälfte der Vauban-Bewohner*innen verzichtet inzwischen auf den Klimakiller Privat-KFZ. Die fahrrad- und fußgängerfreundliche Infrastruktur sowie die gute Anbindung an den ÖPNV machen es möglich. In der Sozialbausiedlung »Auggener Weg« im Freiburger Viertel Weingarten treiben derweil Risse in den Wänden die Heizkosten in immense Höhen.

► **Janika Kuge** und **Kathi King** leben und arbeiten schon seit vielen Jahren in Freiburg und sind dort stadtpolitisch aktiv.

► **Fotos:** Kathi King, Janika Kuge und Jorge Hernandez

JENSEITS VON FRIDAYS FOR FUTURE UND SMART CITY

Recht auf Stadt-Bewegungen müssen das Thema Klimawandel dringend auf die Agenda setzen

NIELS BOEING

Am 1. März 2019 erlebte Hamburg ein Pop-Event der ganz eigenen Sorte, als Greta Thunberg den Rathaus-Markt betrat, um vor vielleicht 6000 freudig jubelnden Jugendlichen eine Rede zu halten. Die „älteren“ Bewegungen standen am Rand und schauten dem Geschehen verblüfft zu. Was war das für eine Bewegung, die sich in den Wochen zuvor in rasender Geschwindigkeit zur Rettung der Welt vor dem Klimawandel global formiert hatte und mit einem Mal die Schlagzeilen beherrschte? Skepsis schien durchaus angebracht: Was auf den Transparenten stand, wirkte, angesichts anderer globaler Konfliktlinien, teils eindimensional. Einige, auch in der Recht auf Stadt-Bewegung, kritisierten: Fridays for Future sei ein Mittelschicht-Protest, es fehle ein tiefergehendes politisches Bewusstsein, es handele sich doch nur um den x-ten Aufguss eines alten grün-linken und friedensbewegten Eine-Welt-Politkitsches – von frischeren Gesichtern vorgetragen.

Tatsächlich war bereits ein paar Jahre zuvor im Hamburger Netzwerk Recht auf Stadt kein Konsens möglich gewesen, wie Umwelt- und Klimathemen mit dem Recht auf Stadt zusammengehen könnten. Zu stark waren die Vorbehalte gegen genau das, was nun erneut an Fridays for Future kritisiert wurde: das Fehlen expliziter antikapitalistischer, antirasistischer Positionen oder einer Kritik an der neoliberalen Stadtentwicklung. Im Gegenteil wurden Vorschläge für mehr Naturräume in der Stadt gar verdächtigt, aufwertende Instrumente zu sein und damit Gentrifizierung zu fördern. Tatsächlich ist Klimawandel für das Recht auf Stadt aber ziemlich relevant. Die Stadtbewegungen müssen das Thema dringend auf die Agenda setzen – und die Coronapandemie kann ihnen hier ein wichtiges zusätzliches Argument liefern.

Wenn von „Klimaschutz“ die Rede ist, geht es meist um nationale Klimapolitiken



oder die Verantwortung der Einzelnen für einen klimaneutralen Lebensstil. Städte werden in der Regel kaum erwähnt. Das ist ein Fehler! Denn all die Maßnahmen, welche für eine Verringerung von Treibhausgas-Emissionen nötig sind, um bis 2050 das in Paris vereinbarte 2-Grad-Ziel zu einzuhalten, finden nicht im abstrakten Raum statt. So wie nicht Deutschland oder Frankreich als Staaten Geflüchtete aufnehmen, sondern immer Städte und Kommunen als konkrete Orte, so muss auch der Klimawandel vor allem von der Stadt, der städtischen Gesellschaft her gedacht werden.

Städte haben mit ihren Treibhausgas-Emissionen, ihrem Konsum, ihrem Verbrauch importierter Ressourcen und ihrer erdölbefeuerten Mobilität eine erhebliche Auswirkung auf den Klimawandel. Der ökologische Fußabdruck, gerade von Millionenstädten in industrialisierten Regionen, ist beträchtlich: Die Flächen, die sie zur Bereitstellung von Strom, Lebensmitteln oder Baustoffen benötigen, sind um ein Vielfaches größer als ihre eigentlichen Flächen. Für Berlin wird der „Fußabdruck“ auf das 170-fache geschätzt, für Shanghai gar auf das 250-fache. Städte sind also konkrete Orte des Problems „Klimawandel“.

Zugleich sind sie aber auch Orte der Lösung: Wo viele Menschen zusammen leben, lassen sich Ressourcen leichter teilen – im Prinzip jedenfalls: Dass etwa in Hamburg, München oder Frankfurt fast

jede*r zweite Stadtbewohner*in ein eigenes Auto hat und dafür städtischen Raum beansprucht (90 bis 95 Prozent der Zeit steht es ungenutzt herum), ist idiotisch. Konzepte für eine alternative städtische Mobilität gibt es längst. Dasselbe gilt für die Energieversorgung und für den Verbrauch von Rohstoffen.

Der Teufel steckt hier jedoch im Detail, was sich sehr gut an der energetischen Modernisierung von Gebäuden, etwa energieeffizienteren Heizungen, Fassadendämmung oder neuen Fenstern zeigen lässt. Weil auch diese als Modernisierung im Sinne des deutschen Mietrechts gelten, können sie von Wohnungseigentümer*innen auf Mieter*innen umgelegt werden. Die Folgen sind zum Teil absurde Mieterhöhungen von über 200 Prozent (was einer Verdreifachung entspricht), wie die Studie „Preistreiber Modernisierung“ von 2016 darlegt. Klimaschutz greift auf diese Weise direkt das Recht auf Wohnen an.

Gerade dieses Beispiel zeigt, dass eine Klimapolitik im Sinne des Pariser Klimaabkommens von 2015 massive Verdrängung zur Folge haben kann. Anders gesagt: Klimaschutz kann die neue Segregation in den Städten befördern – Haushalte mit niedrigen Einkommen werden an die Ränder gedrängt. Verschärft wird dieses Problem durch den aktuellen Trend des Zuzugs in die Städte, was mitnichten ein Lifestyle-Phänomen ist. Je mehr die Infrastrukturen in den zwischenstädtischen, gemeinhin „ländlich“ genannten Räumen vernachlässigt werden und die Jobangebote dort abnehmen, desto mehr sind die Leute gezwungen, ihr Auskommen in der Stadt zu finden.

Das in den Monaten der Corona-Pandemie gepriesene „Home Office“ dürfte diesen Trend kaum abschwächen. Es setzt voraus, dass der jeweilige Job in irgendeiner Form digital erledigt werden kann. Für die einfachen Dienstleistungen gilt dies jedoch nicht. Diese erfordern körperliche Anwesenheit und sind ein Segment auf dem Arbeitsmarkt, das seit Jahren zunimmt, wie Christoph Bartmann in seinem Buch „Die Rückkehr der Diener“ gezeigt hat. Wer einfache Dienstleistungsjobs hat, sich das Leben in der inneren Stadt nicht mehr leisten kann, wird unweigerlich zur Pendlerin. So war der Protest der Gelbwesten (Gilets Jaunes) in Frankreich zuerst ein Aufstand der unfreiwilligen Pendler*innen mit schlecht bezahlten Jobs.

In den Millionenstädten des Globalen Südens steht die Alternative des Home Office ohnehin nicht zur Debatte. Sämtliche neueren Klimamodelle zeigen jedoch,

dass vor allem in tropischen Breitengraden Hitzewellen und Dürren zunehmen werden. Hat das Landgrabbing von Agrarkonzernen die Landflucht dort in den vergangenen Jahrzehnten in Gang gesetzt, dürfte sich diese, angesichts der zu erwartenden Klimaveränderungen in diesen Regionen, noch massiv verstärken. Für die dortigen „Klimaflüchtlinge“ ist ein Recht auf Stadt dann künftige Lebensgrundlage schlechthin in einer vom Klimawandel zerstörten Umwelt.

Sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden wird also der Zuzug in die Städte nicht abreißen. Sollen nicht Vorstadtgürtel weiter wachsen, weil damit weitere Landfläche versiegelt und dringend benötigte Vegetation verschwinden würde, so wird bislang auf Nachverdichtung der Innenstädte gesetzt. Dies betrifft meist das Zubauen von Brachen und Hinterhöfen. Die Versiegelung des Umlands zu verhindern, indem man die

DIE FRAGE IST: WER BRINGT DIE KLIMANEUTRALE, HITZE- UND PANDEMIE-RESILIENTE STADT AUF DEN WEG?

innere Stadt versiegelt, ist allerdings nicht nur sozial fragwürdig, weil die Bauten der Nachverdichtung meist teure Wohnungen und hochpreisige Gewerbe enthalten – es ist angesichts der prognostizierten Erwärmung der Städte auch unsinnig: Nicht nur die Städte im Globalen Süden, sondern auch die im Norden werden zunehmend wärmer, wie jüngst eine Studie der ETH Zürich zum Wandel von Stadtklimaten rund um die Welt zeigt. Das Stadtklima von Madrid dürfte bis 2050 dem des heutigen Marrakesch entsprechen, das von London dem von Barcelona, das von Köln oder Zürich dem von San Marino in Mittelitalien. Dies ist vor allem ein urbanes Phänomen, denn je mehr städtische Fläche versiegelt ist, desto stärker wird der „Urban Heat Island Effect“, die selbstverstärkende Erwärmung der sowieso schon wärmeren Innenstädte.

Um dem Effekt entgegenzuwirken, braucht es mehr Grünflächen in der Stadt: Über Dachbegrünungen und Parks ist die Lufttemperatur um fünf bis sieben Grad niedriger als über Flächen, die mit Asphalt oder Gebäuden versiegelt sind. Zusätzlich braucht es Grünschnitten, die die Luft im städtischen Raum stärker zirkulieren lassen.

Genau hier kommt nun auch die Corona-Pandemie ins Spiel: Unter internationalen Stadtplaner*innen wird derzeit diskutiert, welche Lehren aus der Pan-

demie für den Städtebau zu ziehen sind. Sie stellen den Trend der letzten Jahre zu immer kleineren – und zugleich über- teuerten – Wohnungen in Frage. Wenn mit weiteren Pandemien, samt erneuten „Shutdowns“ zu rechnen ist, sollten die Städte luftiger werden: mit mehr Parks, mehr öffentlichen begrünten Flächen, in denen die Menschen sich verteilen können. Was gegen den Urban Heat Island Effect hilft, ist offenbar auch für die Pandemie-Bekämpfung sinnvoll.

Die Frage ist: Wer bringt die klimaneutrale, hitze- und pandemie-resiliente Stadt auf den Weg? Die Politik scheint bisher der „kalifornischen Ideologie“ zu folgen, die auf Markt und Technologie setzt, um stadträumliche, soziale und Umweltprobleme zu lösen. Man könnte auch sagen: Der städtische Raum soll in eine digitalisierte Maschinerie, eine „Smart City“ umgebaut werden, die überall Daten erhebt. Auf deren Grundlage sollen dann private Dienstleister die Probleme beseitigen, während die Bewohner*innen dies bezahlen. Sowohl der neue Mobilfunkstandard 5G als auch das „Internet der Dinge“ sind Teil dieser Vision eines urbanen „grünen“ Kapitalismus. Dagegen müssen sich die Recht auf Stadt-Bewegungen für die demokratische Selbstverwaltung der Stadtbewohner*innen einsetzen.

Es gibt für die Recht auf Stadt-Bewegungen in den kommenden Jahren also einiges zu tun. Wie in diesem Beitrag knapp gezeigt wurde, betrifft der Klimawandel direkt oder indirekt das Recht auf Wohnen, das Recht auf Zentralität, eine echte städtische Demokratie, das Recht auf Stadt insgesamt.

Den Propagandist*innen der „Smart City“ sollte man die neue städtische Klimapolitik nicht überlassen. Stattdessen ist es Zeit, neue Allianzen zu schließen – und sich mit anderen Bewegungen wie Fridays for Future und Ende Gelände aktiv zusammenzutun, um gemeinsam an einer klimaneutralen und sozial gerechten Stadt zu arbeiten. Recht auf Stadt kann die Expertise zu Wohnen und Mieten, öffentlichen Räumen und sozialen Kämpfen einbringen, Fridays for Future die Expertise zum Klimawandel in all seinen Facetten, Ende Gelände zu einer – auch sozial – nachhaltigen Energieproduktion.

► **Niels Boeing** (nbo) ist Journalist, Autor, Reisender und seit der Gründung 2009 aktiv im Hamburger Recht auf Stadt-Netzwerk. 2015 hat er in der Edition Nautilus die Flugschrift „VON WEGEN. Überlegungen zur freien Stadt der Zukunft“ veröffentlicht. ► allesaufnull.net, ► rechtaufstadt.net ► Kontakt: nbo@lomu.net

► **Illustration:** Leonie Herrmann

URBANE COMMONS ALS SOZIALE INFRASTRUKTUR

In den letzten Jahren ist eine vielfältige Landschaft von Projekten und Initiativen entstanden, die das Konzept Commons im städtischen Raum aufgreift und aktualisiert. Sie reicht von eher spielerischen Urban Gardening-Projekten bis zur Neugründung finanzstarker Genossenschaften.

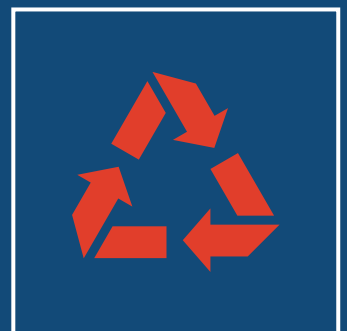
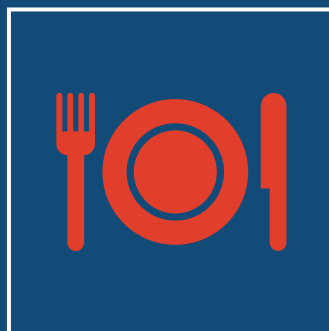
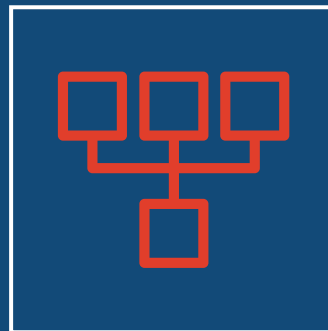
Uns interessieren in diesem Schwerpunkt Projekte Urbaner Commons, die im weitesten Sinne als soziale Infrastruktur funktionieren, bei denen es um das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum, nach gemeinschaftlichen Haushalten, um kulturelle Entfaltung oder einfach nur um eine warme Mahlzeit in einem geschützten Raum geht.

Eher visionär und experimentell beschäftigt sich der Berliner Verein »Torhaus e.V.« mit der Frage, welches Potenzial als Urbane Commons eine Nachnutzung des riesigen ehemaligen Flughafengebäudes Tempelhof haben könnte.

Die Frankfurter »ada_kantine« organisiert mitten in der Corona-Krise einen geschützten und inklusiven Raum, in dem nicht nur ein warmes Essen zubereitet wird, sondern auch ein sozialer Überschuss entsteht.

Das »Mietshäuser Syndikat« Freiburg zeigt, wie die Versorgung mit leistbarem Wohnraum in einem starken Netzwerk auch in einem Umfeld gewinnorientierter Investor*innen gelingen kann und wie es kommunale Wohnungspolitik beeinflusst.

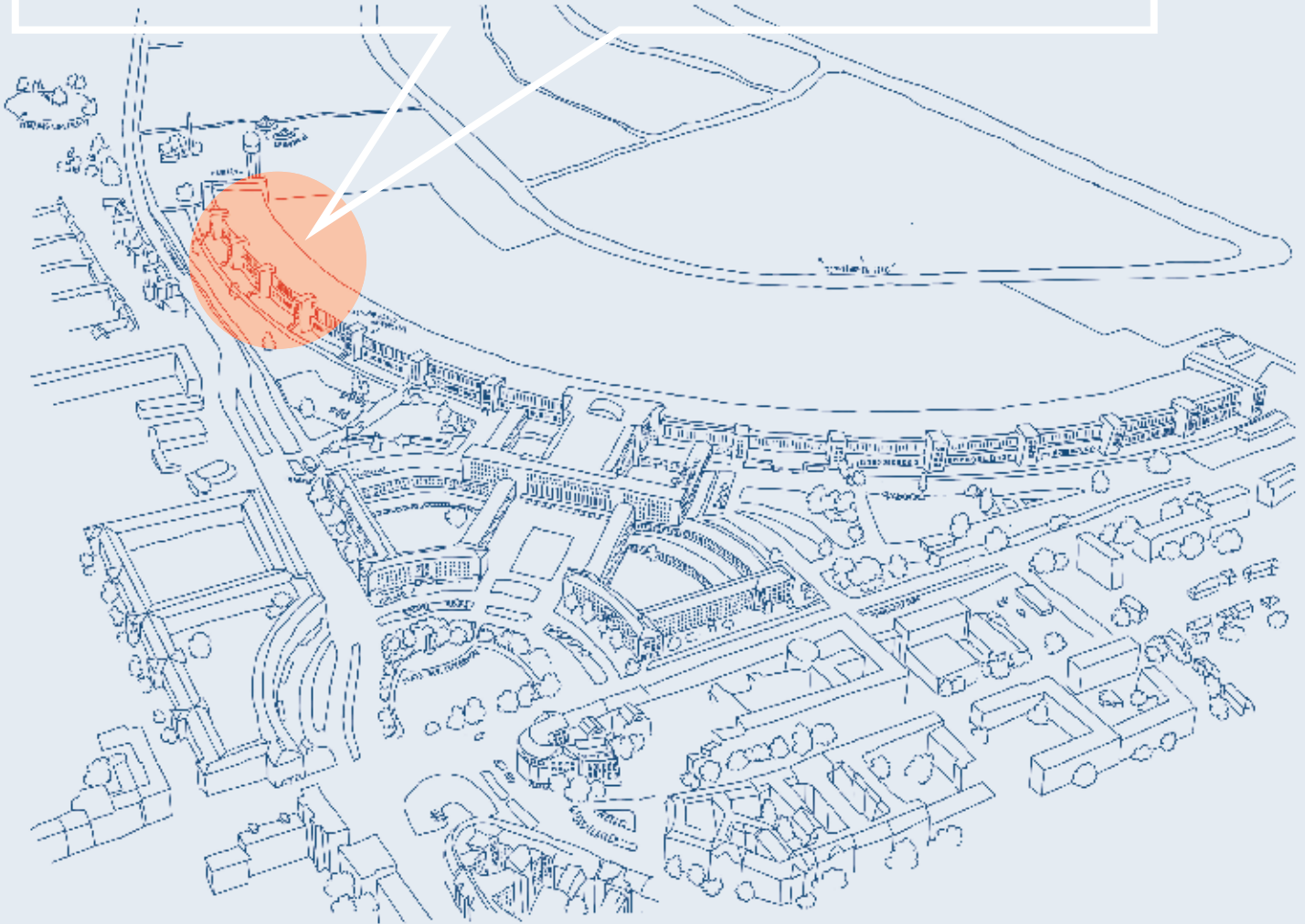
Noch einen Schritt weiter gehen die »jungen wilden« Genossenschaften in der Schweiz und der Verein »Neustart Schweiz« mit ihrem Ansatz ganzheitlicher Haushalts- und Versorgungsstrukturen. Mit der Züricher »Wohngenossenschaft Kalkbreite« hat sich ein beispielhafter Ort kollaborativer Commons etabliert, der sich weiter vergrößert und als Modell ausstrahlt.



EIN HANGAR FÜR BERLIN

Traum und Realität: Transformationen einer urbanen Infrastruktur

SERENA ABBONDANZA UND MONA SADDEI



Mitten in Berlin steht das 300.000 Quadratmeter große Tempelhofer Flughafengebäude. Entgegen seiner Größe wird es kaum von der sich auf dem Tempelhofer Feld erholenden Stadtbevölkerung wahrgenommen.

Das lang erkämpfte 300 Hektar große Feld – die größte Freifläche der Stadt – ist vor allem in Zeiten des sozialen Abstandes eine Quelle der Ruhe und Freiheit geworden. Das gigantische Flughafengebäude hingegen scheint fern, unantastbar.

Was darin geschieht, wissen die wenigsten. Denn noch stehen 200.000 Quadratmeter

des gekrümmten Gebäudes, das von den Nationalsozialisten gebaut wurde, leer. Die sieben ehemaligen Abfertigungshallen des Flughafens bieten eine faszinierende Freifläche. Sie könnte einen einzigartigen, bedachten Freiraum für Berlin bedeuten.

Was wäre, wenn ein Hangar frei zur Nutzung für die Berliner*innen zur Verfügung stände? Träumt mit uns:

Ein Vormittag am Torhaus. Unser kleines Community-Haus, das einmal das Pförtner*innenhäuschen des Flughafens war, ist der Beginn meines morgendlichen Bestrebens, von hier bringe ich ein fehlendes Kabel für die Radiostation in den Hangar. Ich begeben mich durch Unterführungen und Straßen, flankiere das in Sandstein gefasste Flughafengebäude, welches ich mit einem liebevollen Lächeln versuche in seiner Wuchtigkeit zu verharmlosen.

Ich betrete den Hangar. Von außen lässt sich nicht errahnen, welcher Raum sich dahinter verbirgt und welche Funktion dieser einmal hatte. Doch im Hangar von heute öffnet sich mein Blick in den großen Raum, dessen Weite von der offenen Trägerkonstruktion strukturiert und gleichzeitig gefangen wird. Wände, Träger, Durchgänge und Fenster wechseln sich in der überdachten Freifläche ab. Trotz der Komplexität bin ich mit Weitläufigkeit, Höhen und Breiten konfrontiert. Ich atme durch.



In drei Werkstatt-Wochenenden startete das »Torhaus« einen experimentellen und kollektiven Planungsprozess mit Methoden der kreativen Aneignung, Werkzeugen der Selbstorganisation, Prototyping und Self-Zoning. Entwürfe und Raumbedarfe, die im Open Call eingereicht wurden, werden gemeinsam weiterentwickelt und ergänzt. Gemeinsam lernen wir von- und miteinander, wie kollektive Stadtplanung funktionieren kann und welche Fragen offen bleiben.



Ich höre verschiedene Geräusche: Schritte, Maschinen, ein Bohrer und eine elektrische Gitarre, die eine alte Melodie aus Schottland versucht. Das höre ich gern.

Ich vergesse für einen Moment die Kabel für die Radiostation und in mir wächst die Lust in diesen bunten Raum einzutauchen.

Ich gehe hinein und sehe Menschen, die sich kennen und Menschen, die sich mit Händen unterhalten, Gesichter die mir alle bekannt vorkommen, wie aus einem fernen Traum. Sie sind die Bewohner*innen dieser Stadt, alle sind sie hier.

Zwischen den Gesichtern und Gesten, Sprachen und Bewegungen entdecke ich eine Ebene auf circa sechs Metern Höhe, die sich abwechselnd durch den Raum zieht. Dort hinten ist die Radiostation, zu der ich ein Kabel bringen wollte. Doch ich lenke mich ab.

Es ist viel Bewegung einzelner Individuen zu vernehmen. Sie laufen teils zielgerichtet, teils umher-schweifend. Oder sie tragen Dinge, sprechen miteinander, im Gehen, einige bleiben stehen, suchen die richtige Holzplatte für einen improvisierten Tisch, setzen sich auf Hocker und quatschen miteinander.

Ich entdecke einen Lift, dessen Höhe sich nicht erfassen lässt.

Ich lasse mich von dem surrenden Schwebebalken in die Höhe tragen, währenddessen entdecke ich im Raum weitere Gänge und Räume, die wiederum zu anderen Treppen und Lifts führen.

Oben angekommen glaube ich die Orientierung vollends verloren zu haben, mache mir aber keine weiteren Gedanken, da jeder Raum lebendig ist. Ich fühle mich sicher.

Ich laufe weiter und sehe einen Raum mit niedrigen Futonmatten auf dem Boden. Er ist abgedunkelt und ein Farbfilm spielt an der Decke.

Leise verlasse ich den Raum, dahinter sehe ich die Halle wieder. Einige Strukturen ragen noch über mir empor.

Ich schaue mich manches Mal um und erblicke eine Wand voller großformatiger Bilder, surrealer Ölmalereien und hypnotisierender Fotografien.

Von hier blicke ich auf Regale herunter, die zirkulär vom Boden bis in die Höhe mit Büchern und Objekten gefüllt sind.

Ich schaue mir die Buchrücken an und sehe Abenteuergeschichten in allen Sprachen, queer-feministische Fabeln und Bücher, die nie zu Ende geschrieben wurden. Danke: Bin ich in der unendlichen Bibliothek von Borges gelandet?

Ich folge weiterhin meinem Gefühl, dass ich hier richtig bin, dass ich hier sein darf und dass ich durch meinen Körper schon ein Teil des Ganzen bin. Während ich diesem Gedanken nachspüre, finde ich mich in einem runden und weichen Raum wieder. Hier wird leise geredet, Tee getrunken, und aus dem Fenster öffnet sich der Blick für die Halle und das Tempelhofer Feld dahinter. Hier existiert nichts weiter als die Weite, die Dichte der Eindrücke löst sich auf. Alles scheint still zu stehen. Nur die Weite existiert und es ist so, als sei ihr hier der Durchgang zu einem inneren Raum gelungen.

Ich nehme Platz auf einem Kissen und sehe nach oben in die plötzlich so nahe Stahlkonstruktion.

Aus den Augenwinkeln erhasche ich das leise Bewegen der weißen Vorhänge im Wind. Ich lausche einer Geschichte, die neben mir erzählt wird und verliere mich darin.

Irgendwann werde ich von einer zischenden Radioanlage geweckt. Es ist wärmer geworden. Außerdem vernehme ich den Geruch von gebratenem Gemüse und Zimt-Äpfeln.

Meine Gedanken überschlagen sich und ich weiß wieder wo ich bin. Das Kabel liegt noch neben mir. Also stehe ich auf und nehme eine neue Treppe ganz hinten. Unten ist einiges los: Musik, jüngere und ältere Menschen aus allen möglichen Ländern kochen und reden miteinander. Ich schließe mich an, hole mir und der mir folgenden Person ein Getränk, wir essen ein Stück Brot.

Ein türkisches Volkslied, gesungen von einer jungen Frau, begleitet von einem Mann mit einem Bağlama Instrument, füllt den Raum und mit einem leichten Echo pocht es in die Halle zurück.

Seit 2018 beschäftigt sich die wachsende Community um das 55 Quadratmeter große Torhaus, dem ehemaligen Pfortnerhaus am Parkplatz des Flughafens Tempelhof, mit einer (un)möglichen Umnutzung des Flughafengebäudes.

Die Geschichte des von den Nazis erbauten und heute denkmalgeschützten Flughafengebäudes steht im krassen Kontrast zu der aktuellen Vision von dem Bau als Ort der „gelebten Solidarität.“

Ein offizielles und im Koalitionsvertrag vereinbartes Partizipationsverfahren, das

WIR LERNEN, WIE WIR DURCH EINE ORGANISATION, DIE SENSIBEL MIT HIERARCHIEN UMGEHT, VERÄNDERUNGEN ZUGUNSTEN EINER NICHT-DISKRIMINIERENDEN STADT BEWIRKEN KÖNNEN.

an vielen Stellen als „transparent, inklusiv und integrativ“ (Tempelhof Projekt GmbH) bezeichnet wird, wurde im März 2019 nach 1,5 Jahren frühzeitig abgebrochen, weil die Kritik an der Vorgehensweise zu groß wurde.

Das Partizipationsverfahren war vor allem dadurch geprägt, dass es keine Antworten auf die wichtigen Fragen lieferte: Über welche Aspekte der Zukunft vom Tempelhofer Flughafen durften die Bürger*innen mitentscheiden? Wessen Meinungen und Wünsche wurden dort repräsentiert? Wer wurde gefragt? Und wie? In welchen Sprachen wurde geredet und waren die Räume zugänglich für Menschen mit und ohne Behinderungen?

Während es keine „Partizipation durch Einladung“ geben kann, übt sich der »Torhaus e.V.« mit kollektiven Prozessen des „urbanen Commonings“, probiert diese aus und versteht sie als

Beginn der Transformation des Flughafengebäudes. Was wir hier im Kleinen von- und miteinander lernen, wollen wir in die zukünftige Umnutzung des Flughafengebäudes einfließen lassen und an andere Stadtentwicklungsprojekte weitergeben.

Der »Torhaus e.V.« wünscht sich einen Austausch auf Augenhöhe. Es muss eine gemeinsame Haltung gefunden werden, die mit einer radikal menschlichen und inklusiven Antwort auf die Vergangenheit des Ortes eingeht. Strukturen der Planungsprozesse müssen verändert und entsprechend gestaltet werden.

Im Torhaus arbeiten und leben wir gemeinsam diesen Versuch aus: Wir testen unsere Fähigkeiten, zusammen Neues zu schaffen, hinterfragen unsere Strukturen, unsere Privilegien und die Zugänglichkeit zu dem physischen und sozialen Raum der Torhauses. Wir träumen von neuen Orten, in denen sichere und kreative Formen des Zusammenkommens entstehen können, die nicht durch den steigenden Druck der Privatisierung bedroht werden. Wir lernen, wie wir durch eine Organisation, die sensibel mit Hierarchien umgeht, Veränderungen zugunsten einer nicht-diskriminierenden Stadt bewirken können.

Daher tritt »Torhaus« für eine Entwicklung des Flughafengebäudes ein, bei der Communities und Menschen, die die Diversität Berlins widerspiegeln, die tragende Rolle spielen. Seit Juli 2020 haben wir damit begonnen unseren Traum in die Öffentlichkeit zu bringen und weitere Mitträumer*innen zu suchen. In einem offenem Aufruf zum »Hangar X« haben wir Menschen dieser Stadt eingeladen, mit uns an dieser träumerisch gewagten Forderung weiter zu weben, um sich einer so unantastbaren Megastruktur erstmals spekulativ anzunähern und für die Realität vorbereitet zu sein.



► **Der »Torhaus Berlin e.V.«**
Begonnen hat »Torhaus« im März 2019 mit einem Aktionstag im Hangar, zu dem 1300 Menschen kamen. Im Juni 2019 fand das dreiwöchige Torhausfestival statt, welches das Torhaus und seine Außenflächen zu einem Ort des Austausches und gemeinsamen Lernens machte. Während des Torhausfestivals ist das »THF Radio« entstanden, das nicht nur ein Sprachrohr, sondern eines der wichtigsten Elemente der urbanen Praxis des »Torhaus« geworden ist. Von September bis Dezember 2020 wurde ein unkonventionelles Reisebüro im Flughafen als Teil der Ausstellung »Living The City« eröffnet: die »Torhaus Travel Agency«. Die Idee: Wir müssen selbst zu Agent*innen einer Post-Krise-Stadt werden, die wir gerne besuchen kommen würden. In verschiedenen Programmpunkten wurden die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Flughafens erkundet.

► **Serena Abbondanza**
studierte Architektur an der Universität der Künste, Berlin. Als Berlinerin entstand schon früh ein Bezug zur Entwicklung und Diskussion rund ums Flughafengebäude.

► **Mona Saddei** studiert Regionalmanagement und setzt sich seit mehreren Jahren intensiv mit Commons & Commoning auseinander.

► **Illustrationen:** Tomma Suki Hinrichsen

► **Fotos:** Allegra Kortlang

EINMAL UNDERDOGS FÜR ALLE

Mitten in der Coronakrise eröffnete die »ada_kantine« in Frankfurt/Main

ELEONORA HERDER UND YANNIK BÖCKENFÖRDE

Dieser Text ist entstanden an einem runden Tisch, der nicht rund war. Strenggenommen war er auch gar kein Tisch, sondern bestenfalls eine Ansammlung loser Bretter. Und ähnlich wie der Tisch ist auch dieser Beitrag allenfalls der Versuch, die verschiedenen Hintergründe und Perspektiven, die in der »ada_kantine« ihr temporäres Un-Zuhause gefunden haben, in eine Form zu bringen. Um einmal aus dem Hamsterrad der Alltagsbewältigung auszubrechen, haben wir uns in Ruhe an diesen Tisch gesetzt und gefragt: „Was machen wir hier eigentlich? Was ist die politische Dimension unserer Arbeit? Und wohin soll die Reise gehen?“ Als Projekt entstanden in Reaktion auf die verschärfte Situation bedürftiger Menschen und doch in utopischer Absicht, stießen wir dabei nicht zuletzt

auf die Widersprüche von akuter Not und den eigenen Ansprüchen auf Selbstermächtigung und Inklusion.

Tatsächlich begann alles sehr schnell: Ende Mai dieses Jahres – mitten in der gesellschaftlichen Schockstarre der ersten Corona-Welle – kaperte ein kleiner, aber bunt gemischter Zusammenschluss lokaler Initiativen die leerstehende Mensa der ehemaligen »Akademie der Arbeit«, kurz »AdA«, auf dem alten Universitäts-campus in Frankfurt am Main. Die vom Gewerkschaftsbund gegründete Einrichtung, die hier seit den 1920-Jahren Arbeiter*innen Zugang zu akademischer und politischer Bildung ermöglichte,

hinterließ nicht nur eine professionell ausgestattete Großküche mit geräumigem Speisesaal, sondern auch einen gemütlichen Hinterhof mit anliegendem Garten. Die kurzfristige Gelegenheit, die Räume zu neuem Leben zu erwecken, traf dabei auf die desaströse Lage wohnungsloser und bedürftiger Menschen, die sich, wie sich in der Hochphase der Coronakrise deutlich zeigte, keineswegs auf die bestehenden städtischen Einrichtungen verlassen können. In Windeseile wurden Möbel, Gastrogeräte und Geschirr aus verschiedenen Restaurantauflösungen herangekarrt und nach nur vier Wochen Vorbereitung sowie einigen Probekochdurchläufen mit experimentierfreudigen Nachbar*innen konnte die »ada_kantine« Anfang Juli feierlich eröffnen. Seitdem bietet wir drei Mal die Woche ein veganes



Mittagsessen aus Lebensmittelspenden und auf solidarischer Preisbasis an. An Sonntagen kommen mittlerweile bis zu 130 hungrige Gäste.

EIN RESTAURANT FÜR ALLE?

Anlässlich der Eröffnung beschrieb die FAZ die »ada_kantine« als „Restaurant für alle“ und auch wir selbst haben dieses Label schon das eine oder andere Mal in Anspruch genommen. Aber trifft es dieser Titel überhaupt? Im Kontrast zu anderen karitativen Anlaufstellen verweist der Begriff „Restaurant“ durchaus auf ein wichtiges Charakteristikum der »ada«: „Normalerweise geht man irgendwohin, steht in der Schlange und kriegt was. Hier kommt man an den Tisch und wird bedient, das ist schon nicht schlecht“, beschreibt es Rudi, der regelmäßig zum Essen kommt, sich aber auch vorstellen kann, in Zukunft mal selbst mit anzupacken. Ganz bewusst ging es uns darum, die Gäste zumindest für eine kurze Zeit aus der Position der ständigen Bittsteller*innen herauszuholen, ihnen Wertschätzung entgegenzubringen, die ihnen ansonsten verwehrt wird.

Und doch, anders als im Restaurant, wird in der »ada_kantine« weder individuell à la carte bestellt – alle kriegen hier das gleiche – noch sind die Bedienungen entlohnte Servicekräfte. Immer wieder schlafen einige unserer Gäste auf ihrem Stuhl ein und verweilen einige Stunden hier. Nicht, weil es bei uns so ruhig wäre, im Gegenteil: In der offenen Küche wird oft rumgebrüllt, Gläser gehen zu Bruch, irgendwer klimpert auf dem Klavier und an manchen Tagen werden während des Mittagessens sogar akademisch anmutende Vorträge gehalten. Aber der Raum scheint eine Form von Sicherheit zu vermitteln, die zu Entspannung führt bei den Menschen, die es gewohnt sind, sonst in einer ständigen Wachsamkeit und Angst zu leben.

SOZIALER ÜBERSCHUSS...

Die Aufgabe der »ada_kantine« kann und soll sich eben nicht darin erschöpfen, Menschen „einfach nur satt zu machen“, wie Anya von der beteiligten Künstler*innengruppe »andpartnersandcrime«, die zum Projekt Gestaltung und Design beigetragen hat, es ausdrückt. Das scheint zum weit geteilten Konsens geworden zu sein. Keinesfalls soll die »ada« zum bloßen Lückenfüller staatlichen Versagens werden, sollen die fatalen Folgen zunehmender Armut und Obdachlosigkeit, die sich in Frankfurt besonders drastisch zeigen, funktional verwaltet werden. Jenes „mehr als das“ lässt allerdings erheblichen Raum für die unterschiedlichsten Interpretationen, Vorstellungen und Forderungen.

Denn so unterschiedlich die Gäste, so durchaus verschieden sind auch die Hintergründe und Motivationen, derjenigen, die sich als Gruppe oder Einzelpersonen auf verschiedenste Weise an der Gründung der »ada_kantine« beteiligt haben.

Lisa, die schon in Geflüchteten-Camps oder bei den Blockupy-Protesten gekocht hat, sah in der »ada« von Anfang an die Möglichkeit, einiges grundlegend anders zu machen: „Wir betreiben hier unheimlich viel Lebensmittelrettung. Auch um zu zeigen: Es geht anders, man muss es halt einfach nur machen. Ich glaube wir haben hier echt einen ganz tiefen Ansatz in vielen Dingen“. Saeed, der 2015 aus dem Iran geflohen ist, beschreibt seine Mitarbeit dagegen durchaus auch im Sinne eigener Selbstermächtigung: „Die Leute, die hier mitarbeiten, leisten etwas für diese Gesellschaft, sie arbeiten nicht wegen der Entlohnung, sondern auch für sich selbst. Am Ende des Tages haben sie zwar nichts in der Hand, aber etwas Wertvolles in ihrem Herzen“. Dabei betont er das Zusammentreffen ganz unterschiedlicher Menschen: „In der ada_kantine kommen viele verschiedene Leute aus verschiedensten sozialen Schichten zusammen, sowohl als Mitarbeiter*innen als auch als Gäste. Ich schätze es sehr wert, dass es so einen Treffpunkt gibt, an dem die Menschen helfen oder ihn einfach nur nutzen können“.

...SOLIDARISCHER RAUM

Anya geht hier noch einen Schritt weiter. Sie sieht in der »ada_kantine« die Chance, geltende Grenzziehungen der Reproduktionsarbeit, die Unterscheidung zwischen denen, die die Infrastruktur herstellen und denen, die sie nutzen, ins Schwimmen zu bringen: „Es geht darum, einen solidarischen Raum zu schaffen, in dem es keine Grenze gibt zwischen Bedürftigen und den Leuten, die hier mitarbeiten. Für uns als Künstler ist es vielleicht auch ein Raum, in dem man zusammen Kenntnisse generieren, einen Austausch schaffen kann, in denen diese Grenzen, die die Leute trennen, nicht mehr existieren“. Und tatsächlich scheint dieses Aufbrechen zumindest zeitweise immer wieder zu gelingen. Unsere Gäste sind Menschen, die auf der Straße wohnen, Bezieher von Sozialhilfen und Leute, die zuhause vielleicht gerade noch den Strom bezahlen können. Es sind aber auch Künstler*innen, Punks und Rentner*innen. Nicht selten fällt es schwer, sie äußerlich zu unter-

scheiden. Einige kommen als Gäste und stehen am Ende des Tages mit einer Schürze hinter der Spüle, andere haben das Projekt mit aufgebaut und kommen jetzt nur noch sonntags zum Mittagessen. Müsste man nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner suchen, dann könnte man vielleicht behaupten, dass viele eint, dass sie irgendwie nicht in das gängige System passen oder daran kaputt gegangen sind.

...UND ANLAUFSTELLE

Konkreter, aber vielleicht auch brüchiger, wird dieses Bild mit Blick auf das Anliegen der von Beginn an beteiligten Initiative »Project Shelter«. Seit Jahren kämpfen sie für ein selbstverwaltetes migrantisches Zentrum als Anlaufstelle für Geflüchtete in Frankfurt. Osman, Mitbegründer von »Project Shelter« und Teil des Küchenteams erklärt, dass für ihn die Idee, bezahlte (Ausbildungs-)Stellen in der »ada_kantine« zu schaffen, an erster Stelle steht. Viele Mitglieder der Gruppe sind auf Grund ihres Aufenthaltsstatus de facto dazu gezwungen, unter extrem widrigen und ausbeuterischen Bedingungen zu arbeiten. „Es wäre also großartig, die Möglichkeit zu schaffen, dass Menschen stattdessen in der ada_kantine arbeiten, bezahlt werden und damit gleichzeitig ihren Status sichern können“. Osman macht damit auch deutlich, dass die von den anderen betonte Niedrigschwelligkeit bei ihm und seiner Gruppe durchaus an materielle Grenzen stößt: „Viele von uns fühlen sich der »ada« verpflichtet und würden hier gerne 24/7 mitarbeiten, aber haben einfach nicht das Privileg, hier sein zu können. Genau das müssen wir überwinden, um noch mehr Leute mit verschiedenen Hintergründen einzubinden“.

Die »ada_kantine« ist der Versuch, der gesellschaftlichen Realität eine andere Form von Sorge-Infrastruktur und Gemeinwesen entgegenzuhalten, ist dabei aber selbst nicht vor den Grenzen und Ausschlüssen materieller Not gefeit. Im komplexen Nebeneinander der verschiedenen Bedürfnisse und Vorstellungen, die in der »ada_kantine« zusammentreffen, ist das geteilte „mehr als das“ letztlich die Forderung nach mehr gesellschaftlicher Teilhabe. Eine Forderung, die nicht auf Transparenz gemalt, sondern durch die Versammlung der adaist*innen ein Stück Realität wird.

► Eleonora Herder und Yannik Böckenförde sind Teil der »ada_kantine«.

► Illustration: Rainer Midlaszewski unter Verwendung eines Icons von Pelin Kahraman (Noun Project)

„WIR VERSUCHEN, DIE INVESTOR*INNEN ZU VERDRÄNGEN“

Interview mit Helma Haselberger vom »Mietshäuser Syndikat« Freiburg

INTERVIEW: KATHI KING UND JANIKA KUGE

Was ist das »Mietshäuser Syndikat (MHS)«, was steckt dahinter?

Das »Mietshäuser Syndikat« ist ein Netzwerk unterschiedlichster Mietshausprojekte. Da gibt es einmal den »Mietshäuser Syndikats-Verein« in dem alle Hausprojekte Mitglied sind, die sich nach unserem Modell organisieren. Dieser Verein hat außer den Hausprojekten noch weitere Mitglieder, inzwischen mehr als 1.000 Einzelpersonen oder Vereinigungen, die die Ziele des Vereins unterstützen.

Der »Mietshäuser Syndikats-Verein« ist einziger Gesellschafter der »Mietshäuser Syndikats GmbH«. Diese GmbH beteiligt sich als zweite Gesellschafterin an jede der Haus-GmbHs. Indem die »Mietshäuser Syndikats GmbH« an allen Hausprojekten als zweiter Gesellschafter beteiligt ist, entsteht der feste Verbund, das Netzwerk der vielen sehr unterschiedlichen Hausprojekte. Den Verbund als Ganzes könnte man ebenfalls als »Mietshäuser Syndikat« bezeichnen. Die Idee ist, dass Mietshäuser nicht mehr als Ware gehandelt werden, sondern auf Dauer von den Mieter*innen gemeinschaftlich, also als Commons, verwaltet werden.

Was bedeutet in diesem Zusammenhang für dich „Commons“?

Commons sind gemeinschaftlich organisierte Hausprojekte, also Immobilien, die nicht im Eigentum einer oder mehrerer Privatpersonen sind,

sondern im gemeinschaftlichen Eigentum. Die Form ist genossenschaftsähnlich, wir haben aber nicht die Rechtsform der Genossenschaft gewählt sondern ein neues Modell erfunden, mit dem die Idee des gemeinschaftlich verwalteten Eigentums unserer Meinung nach besser verwirklicht werden kann.

Wohnen ist ja eigentlich etwas Privates. Was macht euch zu einem öffentlichen, zu einem politischen Projekt?

Immobilien Eigentum wird entprivatisiert. Die inzwischen über 150 Hausprojekte sind im Eigentum der Gemeinschaft der Mieter*innen. Nur die jeweiligen Mieter*innen der Häuser beschließen über die Belange des Hauses. Ziehen die Menschen aus, so endet auch deren Mitbestimmungsrecht. Die Mieter*innen, die die Kredite mit ihren Mieten über viele Jahre abbezahlen, bestimmen und nicht die Direktkreditgeber*innen, die ihr Geld ins Projekt gegeben haben. Die Mieter*innen entscheiden also allein, was gebaut wird, was nicht gebaut wird, wer einziehen darf, wie teuer die Miete wird, was mit dem Haus geschieht.

Und das ist quasi auch das Politische daran?

Ja, die Entprivatisierung als eine Säule, aber auch die Solidarität unter den Haus-



projekten: Jedes Hausprojekt verschreibt sich von vorne herein dem Solidarprinzip – also dafür, einen Solidarbeitrag an den Verbund zu zahlen. Er beträgt im Moment zehn Cent pro Quadratmeter und Monat. Dieser Betrag wird ans MHS abgeführt und steigt jedes Jahr um 0,5 Prozent der Kaltmiete. Das Geld fließt in den Topf beim MHS, mit dem sich das MHS an neuen Hausprojekten beteiligt und Direktkredite an Hausprojekte vergibt. Zudem sind alle MHS-Projekte dazu aufgerufen, ihr Wissen, welches sie sich bei der Gründung ihres eigenen Projekt angeeignet haben, an neue Projekte weiterzugeben. Es geht nicht allein darum, schönes Wohnen für sich selbst zu schaffen, sondern dies auch anderen Menschen zu ermöglichen.

Das heißt euer Ziel am Ende wäre, dass Wohnen politisiert wird, zu etwas Öffentlichem, Gemeinschaftlichem?

Bezahlbares Wohnen soll für alle möglich gemacht werden. Wohnen an sich bleibt natürlich eine private Angelegenheit: Jede Person soll

das Recht auf ihren privaten Wohnraum haben, das ist sehr wichtig. Aber das Eigentum an den Immobilien muss nicht privat sein. Das kann in Gruppen organisiert sein, in größeren oder kleineren. Also in Commons!

Was wären denn Lieblingsprojekte von euch, bei denen dieses Prinzip gut funktioniert hat?

Wir sitzen gerade im »3HäuserProjekt« in Freiburg, wo seit 2017 gut 150 Personen in drei Neubauhäusern wohnen. Das sind die drei größten Neubauprojekte in Freiburg. Die stehen nah beieinander und sind auch gleichzeitig entstanden. Mit dem Gemeinderatsbeschluss von 2014 hatten drei Gruppen die Möglichkeit, Grundstücke zu kaufen und zu bebauen. Damit ist uns schon ein großer Wurf gelungen, es waren viele Leute beteiligt und

es war richtig teuer im Vergleich zu früheren Projekten. Das Projekt war wichtig, um zu zeigen, dass wir das auch selber können.

Gibt es auch Beispiele, bei denen es nicht geklappt hat, die ihr fallen lassen musstet?

Es gibt tatsächlich ein Beispiel, das gescheitert ist. Da war die GmbH bereits gegründet, einige Direktkredite waren eingesammelt, der Baubeginn war bereits gewesen und dann musste das Projekt irgendwann doch die Insolvenz anmelden. Dafür gab es mehrere Gründe: Das Projekt war zu groß, die Beteiligten wollten zu viel, der Architekt hatte sich mit den Baukosten verkalkuliert, dann gab es auch noch Streit in der Gruppe und die Gruppe ist auseinander gefallen. Es waren zu viele Probleme gleichzeitig. Gelder von Direktkreditgeber*innen und Beteiligten sind verloren gegangen und konnten nicht mehr zurück gezahlt werden, was leider immer und bei jedem Projekt passieren kann. Das müssen wir auch immer klar darlegen und sagen, wenn es um Direktkredite geht: Es kann sein, dass es zum Totalverlust des Geldes kommt. Aber das ist erst einmal vorgekommen und wir hoffen, dass es auch dabei bleibt. Wir sind seitdem vorsichtiger geworden, aber die Projekte werden andererseits immer größer und es ist immer wieder spannend.

Welche Auswirkungen hat denn so ein Projekt auf ein Stadtviertel?

Wie man hier am »3HäuserProjekt« sehen kann, ist immer viel los. Weil die Leute sich untereinander schon mal viel besser kennen lernen wenn sie gemeinsam bei Planung und Bau Entscheidungen treffen müssen. Das hat schon eine große Wirkung auf den Stadtteil, weil sich die Leute einfach anders begegnen, und es viel weniger Anonymität gibt. Das wirkt sich auch auf den Raum um die Häuser herum ganz deutlich aus.

Also zählt auch die Nutzung der öffentlichen Flächen um die Projekte zum Konzept der MHS-Projekte dazu?

Das kommt immer stark auf die jeweilige Gruppe und auf deren Hauskonzept an. Hier ist es schon so, dass die Gruppen sehr starkes Interesse an den Flächen haben. Die bleiben nicht auf ihr Grundstück beschränkt, sondern eignen sich Räume drumherum an, für Konzerte und Feste usw. Das geschieht dann auch auf umliegenden öffentlichen, auf städtischen Flächen. Ich

„WIR MÜSSEN ZEIGEN, DASS WIR UND DIE STADT DIE INVESTOR*INNEN NICHT BRAUCHEN“

glaube Hausprojekte haben allgemein weniger Scheu, angrenzende Flächen mit zu nutzen und dadurch das Viertel zu beeinflussen und zu formen, soweit es geht.

Seid ihr im MHS auch mit anderen Städten vernetzt?

Ja es gibt die Vernetzung im Syndikat. Zwei- bis dreimal im Jahr treffen wir uns zu den Mitgliederversammlungen, bei denen Menschen aus ganz Deutschland dabei sind, um Beschlüsse zu fassen. Hauptsächlich geht es um Beteiligungen an neuen Hausprojekten. Die Vergabeverfahren sind in allen Bundesländern recht unterschiedlich, aber es lohnt sich darüber auszutauschen. Wir lernen voneinander.

Wie ist denn euer Verhältnis zur Lokalpolitik? Rennt ihr mit euren Projekten offene Türen ein?

Inzwischen sind wir anerkannter als noch vor ein paar Jahren. Das liegt auch am »3HäuserProjekt«, glaube ich. Wir haben davor sehr stark um Grundstücke kämpfen müssen. Uns wurden solche Projekte von den städtischen Planungsstellen nicht zuge-
traut. Man hat Investor*innen viel mehr zugetraut und vermutlich gedacht, dass sie das

besser können und wir zu chaotisch sind. Nach der Realisierung des »3Häuser-Projekts« werden wir von der Verwaltung auch mal eingeladen, wenn es Fachgespräche gibt. Man hört uns jetzt mehr zu. Trotzdem müssen wir dranbleiben, um noch mehr Menschen ihren Wunsch nach gemeinschaftlichem und leistbarem Wohnen zu ermöglichen.

Ist das MHS denn ein Instrument, um dem Druck durch Investor*innen entgegen zu wirken? Im Moment sind die Bodenpreise ja so teuer wie noch nie. Kann man mittels MHS solchen Entwicklungen Vorschub leisten?

Zumindest können wir Beispiele geben, dass es auch anders geht. Wir versuchen mit den Gruppen zu zeigen, dass man auch andere Projekte planen und realisieren kann und die Mieten nicht so hoch sein müssen, wie von den Investor*innen behauptet wird. Sodass die Stadt merkt, dass es viel mehr Sinn macht, eben solche Projekte zu fördern, als jetzt das klassische Projekt mit gewinnorientierten Investor*innen. Wir müssen zeigen, dass wir und die Stadt die Investor*innen nicht brauchen. So können wir bezahlbaren Wohnraum schaffen und langfristig eine andere Wohnungspolitik anstoßen. Wir schaffen ja eigentlich für die Städte und für alle Beteiligte eine Win-Win-Situation: integrierte, soziale Projekte und Einwohner*innen, die Verantwortung übernehmen.

Wie viele Projekte wurden denn insgesamt realisiert?

In Deutschland stehen wir gerade bei 157, in Freiburg bei 19, glaube ich. Es kommen gerade noch einige neue dazu. Wir beraten die Stadt Freiburg für das Neubaugebiet »Kleineschholz«, da werden mindestens 14 Gruppen versuchen, in den nächsten Jahren MHS-Projekte einzubringen. Heute habe ich schon wieder eine neue Anfrage bekommen. Wir gehen im Moment auch gezielt auf Neubaulflächen zu und versuchen, da Gruppen reinzubekommen. Im

Moment scheint das beinahe ein Selbstläufer zu werden.

Das heißt, dass das Miethäuser Syndikat deutschlandweit im Moment ziemlichliche Erfolge feiert. Wenn es jetzt überall so schöne neue Projekte gibt, die auch auf ganze Viertel wirken, läuft man dann nicht auch Gefahr, die Gentrifizierung in den Vierteln zu befeuern?

Klar gibt es da Diskussionen, klar ist das eine Gefahr, dass die schönen Bilder, die gezeichnet werden, auch die Investoren anlocken. Aber zum Beispiel auf dem Grether-Gelände in Freiburg in den 1980er Jahren konnte man durch die Gründung des ersten MHS-Projekts auch eine alternative Szene „konservieren“. Man konnte die Kultur, die Einwohner*innen des Grether-Geländes mittels MHS vor der Vertreibung schützen. Und wir versuchen einfach immer weiter, einen Fuß in die Tür zu bekommen, bei Neubaulflächen mitzumischen, immer mehr Projekte zu bekommen – einfach eine andere Wohnkultur aufzubauen. Wir versuchen, die Investor*innen zu verdrängen. Damit wollen wir weitermachen, bis irgendwann das Ziel – bezahlbarer Wohnraum für alle – erreicht ist.

► Kathi King und Janika Kuge sind Teil der Común-Redaktion.

► Helma Haselberger ist freiberufliche Architektin und seit 2006 Beraterin im »Miethäuser Syndikat«. Sie berät viele Projektgruppen, die sich nach dem Modell organisieren wollen und ist aktiv im Bauverein »Wem gehört die Stadt? e.V.«, der sich in die Wohnungspolitik der Stadt Freiburg einmischt und in einem Bildungsverein, der versucht, die Weitergabe des Projektgründungs- und -betriebs-Know How zwischen bestehenden und neuen Hausprojekten zu organisieren. ► syndikat.org

► Illustration: Rainer Midlaszewski

„WIR MACHEN JETZT EINFACH MAL“

Von »bolo'bolo« zu »Neustart Schweiz« – Haushaltsgemeinschaften als kollaborative Commons

RAINER MIDLASZEWSKI

1983 erschien unter dem Pseudonym P. M. das Buch »bolo'bolo« des Schweizer Autors Hans E. Widmer. Die darin vorgestellte konkrete Utopie eines Netzwerks kleiner anarchistischer Lebensgemeinschaften, die Wohnen, Haushalt und Selbstversorgung teilen, wurde sowohl von Ökohippies als auch von linksradikalen Hausbesetzer*innen diskutiert. Die meisten Sozialen Bewegungen der 1980er Jahre interessierten sich jedoch für andere Themen: Atomkraftwerke, Nachrüstungsbeschlüsse, die Frankfurter Startbahn West oder die Revolution in Nicaragua. »bolo'bolo« geriet in Vergessenheit. Vielleicht lag es auch an der schon im Titel angelegten Geheimsprache, die Widmer erfand, weil er Wörter aus der Begriffswelt der Linken wie »Solidarität« für diskreditiert hielt. Bei ihm hießen Gemeinschaften »bolos« und Individuen »ibus«.

Dennoch hat das Buch Spuren hinterlassen und die Idee, Haushaltsgemeinschaften als urbane Commons zu organisieren, ist heute aktuell wie nie. Konsumkritik heißt jetzt »Postwachstum« und Dinge gemeinsam zu nutzen wird »Sharing Economy« genannt. 2008 veröffentlichte Widmer den Text »Neustart Schweiz – So geht es weiter«. Daraufhin gründete sich 2010 der Verein »Neustart Schweiz«. Der Verein versteht sich als Bewegungsplattform und Diskussionsforum und will helfen, die Idee selbständiger lokaler Gemeinschaften zu verbreiten, konkrete Initiativen zu unterstützen und zu vernetzen. Die aktuellste Publikation des Vereins »Nach Hause kommen – Mit Nachbarschaften der Klimakrise begegnen« (2019) holt das Konzept einer sozialen Ökonomie auf die Höhe der Zeit.

»Neustart Schweiz« setzt sich nicht nur mit den Themen Commons, Stadt- und Raumentwicklung, Wirtschaft, Ökologie und Übergangsstrategien auseinander, sondern mit ihm verbunden sind konkrete Projekte, die das Konzept einer nachbarschaftlichen sozialen Ökonomie im Hier und Jetzt schon leben oder gerade entwickeln. Hierzu gehören zum Beispiel die Bau- und Wohngenossenschaften »Lebenswerte Nachbarschaft – LeNa« in Basel oder »NeNa« in Zürich.



DIE »WOHNGENOSSENSCHAFT KALKBREITE«

Ein sehr weit fortgeschrittenes Projekt ist die »Wohngenossenschaft Kalkbreite« in Zürich. Sie entstand unabhängig vom Engagement des Vereins, steht den Ideen von »Neustart Schweiz« jedoch nahe.

2014 wurde der Wohn- und Gewerbebau »Kalkbreite« mit 97 Wohnungen und einer Vielfalt an Gewerbebetrieben bezogen. Der Gebäudekomplex befindet sich über einem Straßenbahndepot und bildet mit seiner geschlossenen Blockrandbebauung ein eigenes Quartier mit einem großzügigen und öffentlich zugänglichen Innenhof. Durch die Integration von Einzelhandel, Gastronomie, medizinischen Praxen, einer Pension, Büros, Ateliers, einem Kino und einer Kindertagesstätte hat sich die »Kalkbreite« zu einem lebendigen Zentrum im Stadtteil entwickelt. Für die rund 250 Bewohner*innen stehen zusätzlich eine selbstorganisierte Cafeteria, ein Nähzimmer, eine Sauna, eine Bibliothek und weitere gemeinschaftlich nutzbare Räume zur Verfügung.

Der Zuschnitt der Wohnungen ist auf unterschiedliche Wohnformen abgestimmt: Wohngemeinschaften, Familien-WGs, in denen verschiedene Familien in Großwohnungen zusammenleben, Clusterwohnungen oder ein Großhaushalt – ein Zusammenschluss von Wohnungen, der über eine gemeinsame Küche mit angestellten Köch*innen sowie einen Ess- und Aufenthaltsraum verfügt. Verändert sich die Lebenssituation von Bewohner*innen, ist es möglich, innerhalb der Genossenschaft die Wohnung zu wechseln und sie den neuen Bedürfnissen anzupassen.

Als gemeinnütziger Bauträger vermietet die »Wohngenossenschaft Kalkbreite« die Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete. Die genossenschaftlichen Anteilscheine betragen ca. 240 Euro pro Quadratmeter. Um Haushalte mit geringen Einkommen bei der Finanzierung der Anteilscheine sowie der Miete zu unterstützen, wurde ein Solidaritätsfonds eingerichtet. Von jeder Monatsmiete wird ein Betrag an den Fonds abgeführt.

Durch die Bindung des Kalkbreite-Areals an die Stadt Zürich beteiligt sich die städtische Pensionskasse bis zu einem Belehnungsgrad von 94 Prozent an der Finanzierung des Projekts. Der Belehnungsgrad bezeichnet das prozentuale Verhältnis der Hypothek zum Wert einer Liegenschaft. Aufgrund dieser Beteiligung der städtischen Pensionskasse benötigt die Genossenschaft nur einen niedrigen



Innenhof, Eingangshalle, Cafeteria und Aussenansicht des Wohn- und Gewerbebaus »Kalkbreite« im Stadtzentrum von Zürich. Der Gebäudekomplex ist über einem Straßenbahndepot errichtet und bietet unter anderem Platz für Wohnungen, Einzelhandel, Gastronomie, Büros, eine Pension, eine Kindertagesstätte und ein Kino.



Eigenmittelanteil von 6 Prozent. Das gesamte Investitionsvolumen der »Kalkbreite« beträgt rund 58 Millionen Euro. Wobei das Grundstück, auf dem auch das Straßenbahndepot steht, auf der Basis von Erbpacht von der Stadt Zürich zur Verfügung gestellt wurde.

Die Genossenschaft hat es sich zum Ziel gesetzt, das Prinzip Nachhaltigkeit zu leben – sozial, ökonomisch und ökologisch. Die »Kalkbreite« ist autofrei und einige Haushalte sind an eine solidarische Landwirtschaft angebunden. Ein Lebensmittelladen im Haus vertreibt regionale Produkte.

Auch Partizipation wird dabei mitgedacht: Der monatlich tagende »Gemeinrat« übernimmt die Funktion eines Entscheidungs- und Planungsforums. Hier können sich alle Mieter*innen und im Haus Beschäftigten über soziale, kulturelle und

politische Initiativen, Budget-, Bau- und Unterhaltsfragen informieren und mitentscheiden. Die Mitglieder der Genossenschaft sind darüber hinaus eingeladen, sich an der Planung zukünftiger Projekte zu beteiligen. Plenumsitzungen, Arbeitsgruppen, Workshops oder Podiumsdiskussionen ermöglichen demokratische Teilhabe in verschiedensten Formaten.

INSELDASEIN ODER VERALLGEMEINERBARE MODELLE?

Die »Wohngenossenschaft Kalkbreite« ist ein Projekt, dem es gelingt, gemeinsames Haushalten im Sinne einer ganzheitlichen und nachhaltigen Versorgungsstruktur zu entwickeln – und das in einer sehr großen Dimension. Sie hat sich als physischer Ort kollaborativer Commons etabliert und vergrößert sich aktuell durch einen weiteren Neubau.

Bleiben Projekte wie die »Kalkbreite« dennoch Inseln im Meer einer kapitalistischen Raumproduktion oder gelingt es, sie als transformative Infrastruktur und Einstiegsprojekte in Richtung urbaner Commons auszuweiten? Der Journalist und Berater Fred Frohofer ist als Vorstandsmitglied des Vereins »Neustart Schweiz« und Bewohner der »Kalkbreite« der Überzeugung, dass gerade die »jungen wilden« Genossenschaften Ausstrahlungskraft besitzen. Städte und Behörden würden inzwischen ihr Potenzial für eine

nachhaltige und ökologische Stadtentwicklung erkennen und ihnen Räume öffnen. Insbesondere wenn sie vermitteln, dass sie über die organisatorischen Ressourcen verfügen und die finanziellen Mittel mobilisieren können. »Wir machen jetzt einfach mal«, so bringt Fred Frohofer das Motto auf den Punkt.

Projekte urbaner Commons können Lernlabore und Kommunikationsmotoren sein, die einen Wandel erfahrbar machen. Trotzdem bleiben Überzeugungsarbeit und politische Einmischung notwendig, um konkrete Projekte zu realisieren. Das zeigt zum Beispiel die aktuelle Auseinandersetzung um den Vorschlag, ein ökosoziales Modellquartier statt eines Innovationsparks auf dem ehemaligen Militärflugplatz in Dübendorf bei Zürich zu errichten. Der Autor von »bolo'bolo« und Mitglied des Vereins »Neustart Schweiz« Hans E. Widmer hat sich in diesem Kontext im August 2020 wieder einmal zu Wort gemeldet. Auch 37 Jahre nach der Veröffentlichung von »bolo'bolo« ist er noch aktiv.

► **Rainer Midlaszewski** führte ein Skype-Gespräch mit Fred Frohofer vom Verein »Neustart Schweiz«, ist stadtpolitisch im Ruhrgebiet aktiv und Teil der Común-Redaktion.

► Weiterlesen

- Neustart Schweiz: neustartschweiz.ch
- Wohngenossenschaft Kalkbreite: kalkbreite.net
- Bau- und Wohngenossenschaften Lebenswerte Nachbarschaft – LeNa: lena.coop
- Bau- und Wohngenossenschaften NeNa1: nena1.ch

► **Fotos:** © Genossenschaft Kalkbreite, Volker Schopp

DAS SYMBOL BLEIBT

Das anarchaquerfeministische Hausprojekt Liebig 34 in Berlin wurde geräumt. Damit verschwindet ein Ort des Widerstands für die linke Szene

CHRI GUTSMIEDL



Für den 9. Oktober, den Tag X, an dem die Räumung des Hausprojekts in der Liebigstraße 34 angekündigt ist, wurde breit mobilisiert. Viele linke und linksradikale Gruppen bereiten sich auf Proteste und Aktionen vor, um ihren Widerstand zum Ausdruck zu bringen. Gegen die Räumung eines symbolträchtigen Ortes für die queerfeministische Szene. Gegen eine Stadtpolitik, die die Interessen eines privaten Immobilienkonzerns über das Recht auf Wohnen stellt. Gegen einen Staat, der die Räumung mit Hilfe von mehr als 2500 Polizist*innen schützt. Und gegen die Entmietung von Bewohner*innen, die inmitten einer globalen Pandemie auf die Straße gesetzt werden.

Am Abend vor der Räumung versperren Hamburger Gitter den Zugang zu Teilen der Rigaer Straße und der Liebigstraße. Sie markieren die Sperrzone um das Gebäude. Es regnet. Einige hundert Meter vom Haus entfernt findet ein Solikonzert statt. Polizist*innen bewachen die Sperrzone. Wenn Journalist*innen näher ans Gebäude wollen, müssen sie ihre Presseausweise zeigen, die genau betrachtet werden. Auch Anwohner*innen müssen ihre Personalausweise rausholen, wenn sie durch die Sperrzone nach Hause wollen. Ein Mann hat den Ausweis vergessen,

nach einigen Verhandlungen eskortiert ihn ein Polizist in seine Wohnung und kontrolliert das Dokument dort.

Am nächsten Morgen geht es ganz schnell. Geräumt ist die Liebig 34 in wenigen Stunden. Zwei Aktivist*innen beschreiben in der Zeitung »Neues Deutschland«, wie sie den Moment erlebt haben: „Punkt sieben Uhr morgens ging es los, wir haben Schritte auf dem Dachboden gehört, die Fenster wurden eingeschlagen, die Türen aufgebrochen, sie kamen von allen Seiten“¹. Gegen elf Uhr am 9. Oktober ist es vorbei. Das Hausprojekt in der Liebigstraße 34 gibt es nicht mehr als gemeinschaftlich verwalteten, queerfeministischen Schutzraum, als Ideenschmiede und vor allem als Zuhause. 40 Personen werden aus dem Gebäude geräumt. Den ganzen Tag über gibt es Proteste, Spontandemos und Aktionen. Immer wieder werden Menschen festgenommen. Abends, bei der Demo zum Tag X, zu dem ein Bündnis aufgerufen hat, gibt es Tumult. Die Demonstration ist um halb eins vorbei. Am Ende der Nacht sind viele Schaufenster eingeschlagen, einige Autos angezündet.

Die Liebig 34 war ein wichtiger Ort – nicht nur für die linke Szene in Berlin. 1990 wurde das Haus in Friedrichshain besetzt und hatte sich seitdem ähnlich wie die Rigaer Straße 94 oder die 2011 geräumte Liebigstraße 14 zu einem Treffpunkt für die linksradikale und autonome Szene über Berlin hinaus entwickelt. Seit 1999 lebten ausschließlich Frauen, Lesben, Trans- und Inter-Personen in dem großen Haus an der Ecke Liebig-/Rigaer Straße. Rund um den sogenannten Dorfplatz wurden selbstorganisierte und kollektivierte Lebensentwürfe gestaltet und ausprobiert. 2008 wurde die Liebig 34 wegen Erbschulden zwangsversteigert. Die Bewohner*innen versuchten, das Haus über eine Genossenschaft zu erwerben. Letztendlich wurde es an den Berliner Immobilienunternehmer Gijora Padovicz verkauft – für 600.000 Euro. Er schloss mit den Bewohner*innen über den Verein »Raduga« einen Gewerbemietvertrag ab, der Ende 2018 nach zehn Jahren auslief. Versuche, das Haus 2019 über eine städtische Wohnungsgesellschaft zu kaufen, scheiterten. Im gleichen Jahr hörten die Bewohner*innen auf, die Pacht zu zahlen – und Padovicz erwirkte einen Räumungsbescheid, der in diesem Jahr umgesetzt wurde.

► Chri Gutmiedl ist stadtpolitisch in Leipzig aktiv und Teil der Común-Redaktion.

► Foto: Chri Gutmiedl

► Fußnoten

1 <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1143373.liebig-kollektives-trauma.html>

(K)EIN PLATZ FÜR ALLE?

Wie in Berlin-Neukölln nicht-erwünschte Bewohner*innen durch politische Bevormundung und machtvollen Interessen systematisch verdrängt werden.

NILOUFAR TAJERI



Wer heute am Neuköllner Hermannplatz auf das Karstadt-Gebäude schaut, das direkt an der Bezirksgrenze auf Kreuzberger Boden steht, kann die beiden großen Kampagnen-Banner der Eigentümerin von »Galeria Karstadt Kaufhof« (GKK), der »Signa Holding«, nicht übersehen: „NICHT OHNE EUCH!“ heißt es in schwarzen und neongrünen Großbuchstaben. Ein Versprechen, nicht ohne die Bewohner*innen Kreuzbergs und Neuköllns „die Zukunft des Karstadt am Hermannplatz zu gestalten“. Der Immobilien- und Handelskonzern plant nämlich den Abriss des bestehenden Warenhauses und einen Neubau mit einer Fassaden-Replik des Gebäudes, das dort von 1929 bis 1945 stand.

Das Projektvorhaben stieß direkt nach seiner ersten öffentlichen Vorstellung im Stadtentwicklungsausschuss in Friedrichshain-Kreuzberg am 14. Mai 2019 auf viele Fragen und Zweifel, aber auch auf Wohlwollen ob der historischen Bezugnahme auf den Ort. Die kritischen Stimmen wurden nach dem 17. Mai 2019 jedoch zunehmend lauter, dem Tag, an dem das »Ibiza-Video« durch den »Spiegel« und die »Süddeutsche Zeitung« veröffentlicht wurde. Darin erwähnte der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache den österreichischen Investor René Benko, den Kopf hinter »Signa«, als einen der mutmaßlichen illegalen Großspender an die extrem rechte FPÖ und an die rechts-



konservative Regierungspartei ÖVP. Dieser dementierte sofort, doch in der Nachbarschaft ließ diese Nachricht aufhorchen. Sie hat dort eine besondere Brisanz und führte innerhalb weniger Wochen zur Gründung der »Initiative Hermannplatz«. Die stadtpolitische und antirassistische Anwohner*innen-Initiative organisiert sich seither gegen die Planungen der »Signa Holding« und vor allem gegen den Abriss des Gebäudes, gegen eine Umgestaltung des Hermannplatzes und des Bezirkes von oben, gegen Verdrängung sowie gegen rassistische und ausgrenzende Diskurse, Planungen und Politiken.

DER BEZIRK NEUKÖLLN

Die Brisanz rührt aus der spezifischen Gemengelage, die den Bezirk Neukölln seit mehr als 10 Jahren charakterisiert: Verdrängung und Rassismus. Zum einen ist Nordneukölln stark von Gewerbesterberben geprägt und nicht nur Mietpreisstiegen um 146 Prozent, sondern auch die Aufsplittung in Einzeleigentum in vielen ehemaligen Mietshäusern führten zu einer drastischen Verdrängungswelle. Vor allem arme Menschen werden verdrängt und finden keinen Platz mehr in ihrer eigenen Community. Der seit Jahrzehnten von vielen unterschiedlichen migrantisierten Communities geprägte Norden des Bezirks wurde in kürzester Zeit weißer und bürgerlicher. Das Einkommens- und Machtgefälle zwischen Nachbar*innen ist drastisch. Gleichzeitig existiert ein bundesweiter, rassistischer und kriminalisierender Diskurs über Neukölln, der im Bezirksamt, besonders prominent und plump von Bezirksbürgermeister Heinz



Buschkowsky und etwas subtiler und klüger von seinem Nachfolger Martin Hikel (beide SPD), produziert und reproduziert wurde und wird. Die Initiative »Kein Generalverdacht!« beobachtet seit knapp einem Jahr, wie das Neuköllner Bezirksamt Polizei-Razzien gezielt gegen Shisha-Bars und Spätis einsetzt und die Presse dazu einlädt, um Macht und Kontrolle zu demonstrieren, obwohl es sich erwiesenermaßen um gewöhnliche Gewerbekontrollen handelt. Der organisierte rechte Terror hingegen, der seit acht Jahren migrantisiertes Gewerbe attackiert, Menschen mit Migrationsgeschichte und/oder linke, antirassistisch Aktive verfolgt und terrorisiert, ist nicht nur noch nicht aufgeklärt, sondern sorgt immer wieder für Skandale, wie beispielsweise Ermittlungsfehler, Befangenheiten etc. Befeuert durch Buschkowskys rechte Narrative und die Kriminalisierung und Diskriminierung durch das Bezirksamt Neukölln hat sich in der Presse ein Bild des Bezirks etabliert, das von rassistischen und klassistischen Vorurteilen durchsetzt ist.

Dieser Diskurs und die Konstruktion einer von Verachtung und Degradierung geprägten Atmosphäre führt zu einer Art Übereinkunft darüber, dass Veränderung nach weißen, dominanzgesellschaftlichen Maßstäben für den Bezirk nur positiv sein würde und Konsequenzen wie Verdrängung und soziale Ungleichheit in Kauf genommen werden müssten, um eine vermeintlich bessere Lebens- und Aufenthaltsqualität im Bezirk zu schaffen.

EIN NEUES QUARTIER?

Umso problematischer, dass »Signa« auch gleich ein Konzept für die Umgestaltung des gesamten Platzes parat hat und auf ihrer Webseite gar von einem „neuen Quartier“ spricht. Denn der Konzern hat Großes vor, eine „Projektentwicklung der besonderen Art“. Und besonders ist das Projektvorhaben tatsächlich, wirkt es doch innerhalb der oben erwähnten Gemengelage auf beiden Ebenen – auf der Ebene der Verdrängung und auf der des Rassismus. Als großmaßstäbliches Projekt würde es einerseits dazu führen, dass zumindest während der Großbaustelle das Warenhaus als Nahversorger und Magnet für kleinere Läden entfele und somit das Gewerbesterben weiter vorangetrieben und der ohnehin dominante Online-Handel verstärkt würde. Der Prestige-Bau würde zudem, sobald er fertiggestellt wäre, die Bodenpreise nach oben treiben, so dass die Mietpreise, sowohl für Gewerbe als auch für Wohnen, noch drastischer steigen würden. Die Konsequenz: eine weitere, drastische Verdrängungswelle in Neukölln. Zugleich beschwört das Projektvorhaben ein Bild aus der Vergangenheit herauf, das in seiner historischen Bezugnahme migrantisierte Communities kulturell und geschichtlich ausgrenzt. Diese



ideologische Funktion von Architektur ist zentral. Ein Bild dieser historischen Bekanntheit und Dimension – die Traufhöhe beträgt 32 Meter, die beiden Türme ragen mit den Lichtsäulen 71 Meter in die Höhe – hat nicht nur stadträumliche Strahlkraft, indem sie Umfeld, Gewerbestruktur sowie die Bevölkerungsstruktur nachhaltig verändert, sondern auch ideologische. In einem Kontext, in dem der rassistische Diskurs immer wieder suggeriert, dass in beiden Bezirken „Fremde“ das Stadtleben dominieren und die Straßen und Plätze verwahrlosen, tönt es zwischen den Zeilen auch, dass der Bezirk wieder zurückgewonnen werden müsse, es nicht zugelassen werden dürfe, dass die „anderen“ weiter dort die städtische Atmosphäre, die Läden, die Schulen, die Straßen prägen. Etwas, was die räumlichen Verwerfungs- und Wachstumsmechanismen der neoliberalen Stadt schon leisten, aber das starke, sichtbare Zeichen dafür fehlt noch. Und genau das ist das vorgeschlagene, monumentale, mit der deutschen Vorkriegsgeschichte konnotierte Karstadt-Gebäude von 1929. Für manche



die Erinnerung an eine Vergangenheit, als die Welt vermeintlich noch in Ordnung war, eine Zeit, auf die manche Menschen stolz sein wollen. Für viele im Bezirk ein deutliches Zeichen für eine Zukunft, in der sie keinen Platz mehr hätten, die Verdrängung abgeschlossen und die aktuellen Mietenkämpfe, sozialen Kämpfe, antirasistischen Kämpfe verloren wären.

EIN SYMBOL DER EXKLUSION

Das ist der Kontext, in dem ein vom Neuköllner Bezirksamt befürwortetes Projektvorhaben von einem mutmaßlichen FPÖ-Spender, das vor allem migrantisierte und/oder arme Menschen verdrängen wird, eine besondere Brisanz besitzt. Die Vermutung liegt in der Luft, dass mit „Chance“ auch gemeint sein könnte, die missliebigen, vermeintlich integrationsunwilligen, kriminellen und bildungsfernen Leute loszuwerden, deren Zuhause Neukölln nun mal seit langem ist und die zu einem großen Teil nicht wählen dürfen und somit womöglich für die Politik als nicht relevant eingestuft werden. Viele migrantisierte Menschen dürfen zu einem großen Teil nicht mitsprechen, mitgestalten, sich beteiligen und eine demokratische Stimme entwickeln – das grundlegendste partizipatorische Recht, das Wahlrecht, steht ihnen nicht zu.

Die amerikanische Geografie-Professorin Ruth Wilson Gilmore hat das Phänomen auf den Punkt gebracht: „Capitalism requires inequality, and racism enshrines it“. Die Rolle von Rassismus im Bezug auf Gentrifizierung ist, die sozialen Konsequenzen wie räumliche Verdrängung, ökonomische Ungleichheit sowie Ausgrenzung aus demokratischen Prozessen, inklusive der Stadtplanung, zu rechtfertigen oder gar als selbstverschuldet erscheinen zu lassen.

Neukölln, und auch noch Teile Kreuzbergs, sind Orte, an denen sich diejenigen Menschen, die an vielen anderen Orten Berlins und Deutschlands stigmatisiert, diskriminiert und im besten Fall ständiger Bevormundung ausgesetzt sind, im Alltag entfalten, selbst organisieren und frei bewegen können. Es geht hier um Communities und soziale Netzwerke, die sich gebildet haben, um ökonomische Existenzen, die selbst geschaffen wurden – um Stadt, die selbst gemacht wird. Wenn der neu berufene Berliner Senator für Stadtentwicklung und Wohnen, Sebastian Scheel, in diesem Zusammenhang auf der öffentlichen Anhörung der »Signa Holding« im Stadtentwicklungsausschuss des Abgeordnetenhauses verlautbart „wir müssen ordnend in die Strukturen in Neukölln eingreifen“, dann ist das Gewalt. Wenn Cordelia Polinna, die von den LINKEN eingeladene Expertin, in den Reigen einstimmt und feststellt, dass es „erheblichen stadtplanerischen Handlungsbedarf gäbe“, der Hermannplatz „weit unter seinem Potenzial“ sei, dass für „attraktive

Zentren“ „attraktive und sichere öffentliche Räume“ und ein „attraktives städtebauliches Umfeld“ wichtig seien, ohne zu erklären, was mit „attraktiv“ gemeint ist, dann ist das in diesem Zusammenhang eine Bevormundung. Wenn der Spandauer SPD-Mann Daniel Buchholz in selbiger Sitzung die Umgebung am Hermannplatz als „desolat“ bezeichnet, dann ist das im besten Fall Ignoranz, im schlimmsten Fall Abwertung einer Umgebung, die von sehr unterschiedlichen städtischen Lebenswelten und enormer Lebendigkeit geprägt und keineswegs desolat, trostlos oder gar miserabel ist. Interessant ist, dass Buchholz in seiner kurzen Rede meinte, sie seien sich da alle einig, dass am Hermannplatz viel verändert, viel „entwickelt“ werden müsse. Wirklich alle? Die Ausgrenzung ist perfekt in dem Moment, in dem Kritik, andere Betroffenheiten, Unterschiedlichkeiten so schön unsichtbar sind. In der mehrheitlich weißen, deutschen Runde im Stadtentwicklungsausschuss war das definitiv der Fall.

Polinna forderte, wenig überraschend als Geschäftsführerin von »Urban Catalyst GmbH«, ein „qualifiziertes Beteiligungsverfahren“. Wie aber soll eine gerechte, barrierefreie, demokratische Beteiligung möglich sein, wenn sie über die Köpfe der Menschen hinweg verordnet, die Notwendigkeit einer Transformation ohne sie diagnostiziert, der Bedarf ohne sie wirklich zu sehen festgestellt wird? Das ganze fühlt sich mehr und mehr an wie eine koloniale Bevormundung – ob nun seitens des Konzerns mit seinem als Beteiligung getarntem Greenwashing, Artwashing und Kiezwashing, oder seitens der Verwaltung der Rot-Rot-Grünen Koalition mit ihren Diagnosen, Feststellungen und Verträgen, oder seitens der „Expert*innen“ mit ihren Trendanalysen, Zukunftsprognosen und Empfehlungen. Gleichzeitig wird die »Initiative Hermannplatz« immer wieder aufgefordert, bessere Ideen zu liefern. Doch angesichts der undemokratischen Ausgangslage, der gesellschaftlichen Ungleichheiten und der Kolonisierung des Raumes mit Planungen und Ideen mächtigerer Akteure aus Privatwirtschaft, öffentlicher Verwaltung und auch aus der Bewohner*innenschaft, ist diese Aufforderung eher zynisch. Wir müssen zunächst einmal die Probleme und Blind Spots erfassen und offenlegen, die wir – übrigens auch in der Berliner Initiativenszene – oftmals übersehen. Und dann erst über Veränderung oder Nicht-Veränderung sprechen.

► **Niloufar Tajeri** ist Architektin und Mitbegründerin der »Initiative Hermannplatz«.

► **Fotos:** © Niloufar Tajeri, Nastaran Tajeri, Silke Mayer und Sabine Scheffer

TRANSNATIONALER WIDERSTAND GEGEN EIN INTER- NATIONALES FIRMENGEFLECHT

Mieter*innen organisieren sich
gegen Immobilien-Spekulant »Akeliu«

VERNETZUNG DER AKELIUS-MIETER*INNEN BERLIN

Eine Miete von 40 Euro pro Quadratmeter gibt es nicht? Doch – bei Akeliu in Berlin. Das Geschäftsmodell von Akeliu ist denkbar einfach: maximaler Profit durch maximale Wertsteigerung bei minimaler Investition. Die Abläufe sind an allen Standorten des Konzerns gleich: Häuser werden in angesagten westlichen Metropolen günstig eingekauft, der Auszug langjähriger Mieter*innen wird forciert, frei werdende Wohnungen werden luxusmodernisiert und die Mietpreise werden anschließend vervielfacht ohne sich an lokale Mietpreisregulierungen zu halten. Zum Abschluss werden die Mietshäuser in Eigentumswohnung umgewandelt und verkauft. Begleitet wird dieser Prozess durch vielfältige Steuersparmodelle, wie dem verzweigten Firmenkonstrukt mit Gesellschaften und privaten Stiftungen in den Steueroasen Zypern und Bahamas oder den Share Deals, bei denen die Grunderwerbssteuer „gespart“ wird, indem statt der Immobilien einfach Firmen-Anteile gekauft werden. Der Konzern veranschlagt selbst rund zehn Jahre für den Ablauf dieses Standard-Prozesses an den jeweiligen Standorten. Die UN hat in offiziellen Schreiben (Communications) an Akeliu und an die Regierungen von Deutschland, Großbritannien und Kanada im Geschäftsgebaren von Akeliu Verstöße gegen das Menschenrecht auf Wohnen nachgewiesen, kritisiert und Korrekturen angemahnt.

In Schweden, dem Sitz der Hauptfirma »Akeliu Residential Property AB«, wurde der Konzern 1994 aktiv, international ab

2006. Einen Großteil seiner schwedischen Immobilien hat Akeliu inzwischen bereits wieder verkauft. In den anderen europäischen Städten beginnt aktuell die letzte Phase der Verwertung: die Umwandlung in Eigentumswohnungen mit anschließendem Verkauf. In Nordamerika baut der Konzern derweil seinen Bestand durch großangelegte Zukäufe noch aus.

Anfang 2018 gründeten Akeliu-Mieter*innen in Berlin eine Vernetzung, um sich gemeinsam gegen Akeliu zu wehren. Lokal gab es schon vorher pressewirksame Proteste der Bewohner*innen einzelner Häuser, wie zum Beispiel der Senior*innen vom Hansa Ufer 5. Das Anliegen der Vernetzung ist es, den Widerstand stadtweit und überregional zu bündeln und zu stärken, um die Vereinzelung von uns Mieter*innen aufzubrechen und zu überwinden. In Berlin besitzt Akeliu aktuell etwa 900 Häuser mit rund 14.000 Wohnungen. Weltweit sind es um die 45.000 Wohnungen. Ende August 2020 hat der Konzern überraschend angekündigt, sein Geschäftsmodell zu ändern und zukünftig auf Luxusmodernisierungen im Altbau zu verzichten und nebenbei knapp ein Drittel seiner Angestellten zu entlassen. Begründet wird dies mit „die guten Zeiten sind vorbei“ und höheren

Gewinnerwartungen durch den Ankauf von Neubau. Auch wenn sich an dem Profitstreben von Akeliu nichts geändert hat, ist dies ein erster Erfolg unseres Mieter*innen-Widerstands und zunehmender Regulation durch die Politik.

Ein Vorteil für den organisierten Mieter*innen-Widerstand ist die Berechenbarkeit der standardisierten Verwertungsabläufe bei Akeliu. Anhand der Erfahrungen aus Schweden kann frühzeitig abgelesen werden, was Mieter*innen auch anderswo erwartet. Voraussetzung ist jedoch, sich mit diesen Erfahrungen genauer auseinanderzusetzen. Zu diesem Zweck hat die Vernetzung der Akeliu-Mieter*innen im Sommer 2019 das Dossier „Akeliu in Berlin 2018/2019“ veröffentlicht. Daten, Informationen, Erfahrungen und Handlungsoptionen wurden ein Jahr lang zusammengetragen, analysiert und bewertet. Dabei zeigte sich auch, dass nur die transnationale Vernetzung der Mieter*innen dem Geschäftsmodell von Akeliu einen wirksamen Widerstand entgegenhalten kann. Denn es ist nicht Ziel, Akeliu an einem Standort zu schwächen und die schädlichen Auswirkungen der Geschäftspraxis den Mieter*innen in anderen Städten zu überlassen oder sie ihnen gar zu übertragen. Ebenso ist es nicht Ziel, nur Altmiet*innen zu unter-

IN BERLIN BEFINDET SICH RUND EIN DRITTEL ALLER AKELIUS-WOHNUNGEN WELTWEIT. KNAPP DIE HÄLFTE DAVON WURDE LUXUS-MODERNISIERT.

stützen, sondern auch die oftmals international neu zugezogenen Neumieter*innen. Der transnationale Widerstand organisiert sich daher auf zwei Ebenen: der lokalen und der überregionalen.

In Berlin befindet sich rund ein Drittel aller Akeliu-Wohnungen weltweit. Knapp die Hälfte davon wurde inzwischen luxusmodernisiert und dauerhaft vom bezahlbaren ins Hochpreissegment verschoben, inklusive Mieter*innenaustausch und massiver Mietpreissteigerung. Das bedeutet, dass in knapp jeder zweiten Berliner Akeliu-Wohnung Mieter*innen wohnen, die deutlich mehr Miete zahlen, als nach Mietspiegel vorgesehen. Da den alteingesessenen Mieter*innen mit noch moderaten Mieten bewusst ist, dass ihre Verträge dadurch immer stärker unter Druck geraten, sind sie den Neumieter*innen häufig skeptisch gegenüber eingestellt. Denn zum einen steigt durch die massiv erhöhte Miete bei den Neuvermietungen der Mietspiegel, der im Rückschluss die



Erhöhung der eigenen Miete befördert, und zum zweiten nimmt der Druck seitens Akelius zu, die letzten günstigen Mietverträge loszuwerden. Hinzu kommt, dass viele der Neumieter*innen international Zugezogene sind, so dass die Kontaktaufnahme zwischen den alten und neuen Nachbar*innen aufgrund von Sprachbarrieren zusätzlich erschwert wird. Von dieser Spaltung profitiert Akelius, zumal die internationalen Mieter*innen darauf angewiesen sind, von Nachbar*innen auf ihre Rechte als Mieter*innen aufmerksam gemacht und an Beratungsstellen und Anwälte*innen vermittelt zu werden. Ein Ansatz der Vernetzung der Akelius-Mieter*innen ist es daher, diese Spaltung zu überwinden und sowohl die alteingesessenen als auch die neuen Mieter*innen in einen gemeinsamen Widerstand gegen Akelius zusammen zu bringen. Warum? Das Geschäftsmodell von Akelius bricht zusammen, wenn die Neumieter*innen nicht die exorbitant hohen Mieten zahlen. Um jedoch diese Neumieten absenken und an den Mietspiegel anpassen zu können, müssen die neuen Mieter*innen das Wissen darum haben und aktiv werden. Wir bemühen uns daher dieses Wissen zu verbreiten und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und arbeiten sowohl bei Informationsmaterial und Stellungnahmen als auch auf Versammlungen mit Übersetzungen. Wenn Mieter*innen die hohen Akelius-Mieten mit Verweis auf die Mietpreisbremse in Frage stellten, wurde die Miete

schon mehrfach bis zu 22 Prozent gesenkt. Außerdem betrifft alle Mieter*innen im gleichen Maße die Verdrängungsgefahr durch die abschließende Umwandlung in Eigentumswohnungen. Von diesem letzten Verwertungsschritt könnte Akelius ohne Probleme oder Verzögerungen profitieren,

WAS WIR GERADE IN BERLIN, LONDON UND PARIS ERLEBEN, ERWARTET DIE MIETER*INNEN IN KANADA UND DEN USA.

wenn der Konzern vorher schon viele zahlungskräftige Mieter*innen angesiedelt hätte und an diese verkaufen würde. Dämpfende Regularien wären dann nämlich selbst in Milieuschutzgebieten ausgehebelt. Doch das Gegenteil ist oft der Fall. Viele der Neumieter*innen können sich die übersteuerten Akelius-Mieten kaum oder nur durch große Einschränkungen „leisten“.

Der gemeinsame transnationale Widerstand auf überregionaler Ebene umfasst andere Schwerpunkte. In erster Linie steht der Austausch von Informationen und unseren jeweiligen lokalen Erfahrungen. Was Akelius in Stockholm schon durchexerziert hat, erwartet uns aktuell in Berlin. Was wir gerade in Berlin, London und Paris erleben, erwartet die Mieter*innen in Kanada und den USA. Die Ausrichtung auf das kommende Geschäftsbaren von Akelius lässt uns nicht unvorbereitet ins offene Messer laufen. Wir können uns frühzeitig Bündnispartner*innen suchen, die die öffentliche

Diskussion auf bestimmte Probleme lenken und politische Lösungsvorschläge entwickeln. Gleichzeitig dient die überregionale und transnationale Vernetzung der eigenen lokalen Öffentlichkeitsarbeit. Denn wenn dieselben Probleme aus mehreren Städten weltweit skandalisiert werden, wenn die UN öffentlich die gleiche menschenverachtende Geschäftspraxis von Akelius in verschiedenen Ländern anprangert und wenn Mieter*innen sich überregional zusammentun, erhöht das die Sichtbarkeit unseres Protestes und die Glaubwürdigkeit unserer Kritik. Perspektivisch sind sogar gemeinsame, transnational koordinierte Aktionen denkbar. Die Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung zu den oben erwähnten Schreiben der UN, war eine erste dieser möglichen gemeinsamen Aktionen. Ein Vorschlag aus Toronto für eine weitere Aktion aller Akelius-Mieter*innen aus den verschiedenen Städten wird momentan lokal diskutiert.

Letztlich geht es darum, das Menschenrecht auf Wohnen durchzusetzen. Es gilt, den lokalen Politiker*innen klar zu machen, dass auch in westlichen Industriestaaten Menschenrechte verletzt werden, wenn mit Wohnraum spekuliert wird. Die transnationale Vernetzung der Akelius-Mieter*innen macht deutlich, dass das ein globales Problem ist. Und sie macht deutlich, dass wir radikale Lösungen brauchen, wie die Enteignung von Akelius, Deutsche Wohnen & Co. Wir müssen das Spekulieren mit Wohnraum ein für alle Mal beenden. Wir brauchen das Bewusstsein und die legislativen Mittel, damit das Recht auf Wohnen nicht von den Preisen an der Börse diktiert wird, nach dem Motto: Wer es sich finanziell leisten kann, darf wohnen, wo und wie er*sie das möchte, wer es sich nicht leisten kann, muss halt ausweichen. Nein! Es gibt das Menschenrecht auf Wohnen und es gilt dieses einzufordern. Die transnationale Zusammenarbeit der Mieter*innen stärkt diesen Kampf und inspiriert mit ihren Mitteln es zu erkämpfen.

► Vernetzung der Akelius-Mieter*innen Berlin

► Weiterlesen

- ▷ akelius-vernetzung.de (Dort auch die im Text genannten Papiere, Daten und Veröffentlichungen)
- ▷ Twitter: @StoppAkeliusB

► Kontakt

- ▷ Akelius-Mieter*innen: kontakt@stoppakelius.de
- ▷ Newsletter: infoschleuder@stoppakelius.de
- ▷ Presse: presse@stoppakelius.de

► Foto: Vernetzung der Akelius-Mieter*innen Berlin

KÄMPFE FÜR EIN RECHT AUF STADT IN DRESDEN

Von einer solidarischen Genossenschaft bis zu »WirbesetzenDresden«

HEIKE EHRLICH

In Dresden gibt es eine Mietenkrise. Dagegen organisieren sich seit geraumer Zeit immer mehr Akteur*innen. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über aktuelle mietenpolitische Kämpfe in der Stadt.

Gründe für steigende Mieten sind nicht nur der stete Zuzug und die damit verbundene Erhöhung der Nachfrage, die Umlage von Modernisierungskosten, die Profitorientierung der Immobilienwirtschaft sowie Wohnungsbau im oberen Preissegment. Eine Rolle spielen auch zeitlich weiter zurückreichende Ursachen wie die Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes und der Abriss von Wohnungen. Im Jahr 2006 hat die Stadt Dresden 48.000 Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft »WOBA Dresden GmbH« an die amerikanische »Fortress Investment Group« verkauft. Ganz im Sinne der neoliberalen »Schwarzer-Null-Politik« war die Stadt zwar eine Zeit lang schuldenfrei, verlor aber dauerhaft ihre Einflussmöglichkeiten auf die Mietpreisentwicklung. Mit dem Verkauf wurden zudem die Errungenschaften des nicht-profitorientierten Wohnungsbaus stark beschädigt. Heute gehören diese Wohnungen dem größten deutschen Wohnungsunternehmen – »Vonovia SE«.

Hinzu kommt der Abriss von 7.000 Wohnungen im Rahmen des Bund-Länder-Programms »Stadtumbau Ost«, der zu einer Verknappung von bezahlbarem Wohnraum führte und erst 2013 beendet wurde. Auch kommunale Liegenschaften wurden ohne Zurückhaltung verkauft, in der Regel fast ausschließlich an die Höchstbietenden. Für die im Bauboom der letzten Jahre entstandenen Wohnungen, insbesondere in Innenstadtlage, werden nun »Mondmieten« verlangt. Dementsprechend weisen sie einen hohen Leerstand auf.

STÄDTISCHES GEGENSTEUERN IN ZEITLUPE

Wirkungsvolle Instrumente zum Schutz von Mieter*innen wurden von der städtischen Politik nur unzureichend ergriffen. Eines davon ist die Kappungsgrenze, die dafür sorgt, dass Bestandsmieten inner-



Am Aktionstag gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung im Juni 2020 forderten Aktivist*innen einen Mietschuldenerlass von »Vonovia«. ► Foto: Mietenwahnsinn stoppen Dresden

halb von drei Jahren nicht um 20 Prozent, sondern nur um 15 Prozent erhöht werden dürfen. Des Weiteren wurde eine städtische Wohnungsbaugesellschaft wieder errichtet – die »Wohnen in Dresden (WiD)«. Im Juni 2020 waren die ersten 22 Sozialwohnungen bezugsfertig – ein Tropfen auf den heißen Stein, denn aktuell haben bis zu 56.000 Haushalte Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Außerdem werden die über eine Sozialcharta gesicherten städtischen Belegungsrechte für 10.000 der »Vonovia«-Wohnungen für Mieter*innen mit geringem Einkommen im Jahr 2036 auslaufen. Eine weitere Bemühung stellt eine Richtlinie dar, nach der bei der Aufstellung von neuen Bebauungsplänen künftig 30 Prozent der Geschossfläche als geförderter mietpreisgebundener Wohnungsbau errichtet werden müssen. Wenn die 15-jährige Belebungsdauer endet, fallen die Wohnungen allerdings wieder aus der Mietpreisminderung. Mietenpolitische Instrumente wie Vorkaufsrecht, Ausweisung von Milieuschutzgebieten oder Zweckentfremdungsverbote fehlen bisher in Dresden.

ENTEIGNUNG IST DIE HALBE MIETE

Im April 2019 hat sich das Bündnis »Mietenwahnsinn stoppen Dresden« aus mietenpolitischen Organisationen und Stadtteilinitiativen zusammengeschlossen. Sie machen regelmäßig mit Stellungnahmen, Kundgebungen und Demonstrationen auf die Belange der Mieter*innen aufmerksam. Am bundesweiten Aktionstag »Enteignung ist die halbe Miete: Vonovia, Deutsche Wohnen, Akelius und Co. raus aus unseren Städten!« beteiligte sich das Bündnis mit einer Blockade der Dresdner Geschäftsstelle von »Vonovia SE«. Lange Wartezeiten bei der Bearbeitung von Anliegen der Mieter*innen wurden ebenso kritisiert wie überhöhte Nebenkostenabrechnungen und fehlerhafte Mieterhöhungen, mit denen der Konzern Milliardenprofite erwirtschaftet. Den aufgrund der Corona-Pandemie verschobenen »Aktionstag gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung« am 20. Juni 2020 nutzten die Aktivist*innen für Forderungen nach einem Mietschuldenerlass.

Zuletzt unterstützte das Bündnis die Mieter*innen bei ihren Protesten gegen den Immobilienkonzern »Palasax GmbH und Co. KG«. Die Häuser in der Stauffenbergallee, kurz »Stauffe«, waren bis 2006

kommunales Eigentum. Seitdem sind sie unzählige Male zu immer höheren Summen verkauft worden. Die Mieter*innen befürchten Luxussanierungen und Verdrängung. Der Stadtrat wurde daher aufgefordert, endlich die Ausweisung von Milieuschutzgebieten möglich zu machen und sich stärker für den Mieter*innenschutz einzusetzen. Mitte Oktober meldeten sich schließlich die Bewohner*innen zweier weiterer Häuser im Hechtviertel zu Wort. Zusammen mit »Mietenwahnsinn stoppen«

Die Genoss*innen sind besonders um Menschen bemüht, die auf dem Wohnungsmarkt grundsätzlich benachteiligt werden. Außerdem wollen sie Wohnen und Bauen ökologisch und nachhaltig gestalten. Die Dachgenossenschaft ist Selbsthilfe von Mieter*innen für Mieter*innen und will zeigen, dass es im Wohnsektor durchaus funktionierende Alternativen zu gewinnorientierten Großunternehmen oder Privateigentum gibt. Unterstützt wurde die Gründung unter anderem von der

Straße waren das Ziel einer weiteren spektakulären Besetzung Anfang dieses Jahres. Da sie auf dem Gelände der »Dental-Kosmetik GmbH« stehen und dort vor 1990 die Kinderzahnpaste »Putzi« produziert wurde, gaben die Besetzer*innen dem Komplex aus Häusern und Grünflächen kurzerhand den Namen »Putzi«.

Das erklärte Ziel der Besetzung war das Umfunktionieren der drei seit zwanzig Jahren leerstehenden Gebäude in ein soziales Stadtteilzentrum, wofür die Besetzer*innen ein Nutzungskonzept vorlegten. Mit der fünf Tage währenden Besetzung erklärten sich zahlreiche Menschen solidarisch. Teilweise waren auf dem Gelände mehrere hundert Unterstützer*innen anwesend, um bei Instandsetzungsarbeiten zu helfen oder die Besetzung zu feiern. Angesichts steigender Mieten äußerten viele Menschen Unverständnis für leerstehende und ungenutzte Gebäude. Nach vier Tagen stellte die in München ansässige »Argenta Unternehmensgruppe« als Besitzerin der Häuser schließlich Strafanzeige, und die sächsische Polizei, inklusive SEK und Höheninterventionsteam, beendete die Besetzung. Es sollte nicht die letzte bleiben: Mitte Oktober – im Anschluss an den Aktionstag »Gleiches Hecht für alle!« – besetzte eine weitere Initiative, jugendliche Leerstandsbewohner*innen, ein seit 15 Jahren leer stehendes Haus auf der Schanzenstraße im Hechtviertel.

Die mieten- und stadtpolitischen Initiativen in Dresden stehen vor großen Herausforderungen. Regelmäßig werden die Akteur*innen aber auch von Zuspruch überrascht, so wie im April 2019, als sich zahlreiche durch die »Vonovia« geplagte Rentner*innen auf der Kundgebung zum »Aktionstag gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung« einfanden und sich enttäuscht darüber zeigten, dass noch keine Unterschriftenliste zur Enteignung des Wohnungskonzerns bereitlag. Oder als im Juni 2020 der »Putzi«-Spendenlauf zur Überraschung aller Beteiligten aus dem Stand 5.000 Euro in die Antirepressionskasse von »WirbesetzenDresden« spülte. Der Druck auf die Mieter*innen in Dresden wächst – aber auch die mieten- und stadtpolitischen Kämpfe haben an Fahrt aufgenommen.



Das besetzte Putzigelände am Morgen der Räumung in Januar 2020. Foto: Neustadtpiraten

und zahlreichen Unterstützer*innen protestierten sie auf einer Kundgebung unter dem Motto »Gleiches Hecht für alle!« gegen drohende Entmietung und Zwangs-räumung.

EINE SOLIDARISCHE GENOSSENSCHAFT FÜR DRESDEN

Im Frühjahr 2020 hat eine Gruppe von wohnungspolitisch Aktiven in Dresden die solidarische Dachgenossenschaft »WoGe – Wohnen gestalten« gegründet. Da es in Dresden an Unterstützung gemeinnütziger Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt mangelt, haben die Aktivist*innen mit der »WoGe« nun selbst ein Instrument geschaffen, mit dem guter und bezahlbarer Wohnraum erhalten oder geschaffen werden soll. Es geht ihnen um die Stärkung des gemeinnützigen Wohnungssektors. Die »WoGe Dresden eG i.G.« will Häuser gemeinsam mit den darin wohnenden Mieter*innen kaufen oder mit Hausgruppen neu bauen. Damit schafft die »WoGe Dresden« kollektives Eigentum, fördert Selbstorganisation und Selbstverwaltung und entzieht dauerhaft Häuser und Grundstücke dem spekulativen Immobilienmarkt.

Die Akteur*innen der »WoGe« sind derzeit im Gespräch mit Hausgemeinschaften, die ihr Haus mithilfe der Genossenschaft kaufen wollen. Desweiteren ist die Genossenschaft auf der Suche nach investierenden Mitgliedern zur Realisierung der ersten Projekte.

»WIRBESETZENDRESDEN«

Eine andere Art von Leerstand als den in den innerstädtischen Luxusapartments thematisiert »WirbesetzenDresden«. Unter dem Motto »Unsere Träume brauchen Räume« hat die Initiative zahlreiche leerstehende Häuser besetzt, die dem Verfall überlassen wurden. Die erste öffentlich gemachte Besetzung war die der Villa Frantelilo, die parallel zur Unteilbar-Demonstration am 24. August 2019 stattfand. Die Besetzung wurde noch am selben Tag durch Polizeikräfte gewaltsam beendet. Villen auf der Königsbrücker

► **Heike Ehrlich** ist Recht auf Stadt-Aktivist*in in Dresden, u.a. beim Bündnis »Mietenwahnsinn Stoppen«.

► Weiterlesen

► woge-dresden.de
 ► wirbesetzendresden.blackblogs.org
 ► dresden.mietenwahnsinn-stoppen.de
 ► miernetzwerk-dresden.de

GEMEINWOHLORIENTIERTE STADTENTWICKLUNG?

Über einen uneindeutigen Begriff und seinen strategischen Einsatz in der stadtpolitischen Bewegung

LISA VOLLMER

Die Forderung nach einer „gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung“ oder Wohnungspolitik im Sinne des „Gemeinwohls“ hat Konjunktur in der stadtpolitischen Bewegung in Deutschland. So auch in der letzten Ausgabe der *Común*, in der ein Artikel mit „Die Krisenlösung heißt Gemeinwohl“ überschrieben war. Aber was genau ist damit gemeint? Wer gehört zu diesem „Gemein“ und was ist „Wohl“ und in wessen Sinne? Zeit, dem Begriff „Gemeinwohl“ auf den Zahn zu fühlen.

Im Soziologie-Lexikon von Gerd Reinhold (2000) wird „Gemeinwohl“ definiert als die „Handlungsmaxime des Staates; er hat sich nicht an Individualinteressen, sondern am Wohle aller in seinem Handeln zu orientieren“ (204). Ein Wohlfahrtsstaat wie Deutschland hat also im Interesse der Allgemeinheit, nicht im Interesse von Einzelnen, zu handeln. Aber sind die Interessen aller Mitglieder einer Gesellschaft so einfach auf einen Nenner zu bringen? Im marxistischen Verständnis: nein. Unterschiedliche Interessen, zum Beispiel zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen, sind sogar charakteristisch für kapitalistisch strukturierte Gesellschaften.

Trotzdem wird staatliches Handeln erst dann legitim, wenn das Gemeinwohl angerufen wird, auch im Politikfeld der Stadtentwicklung. So heißt es etwa

im Baugesetzbuch § 1 (5), Bauleitpläne sollen unter anderem „eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten“. Was dabei als Wohl gilt und wer zur Allgemeinheit gehört, ist aber offen für Interpretationen. Auch profitorientierte Investor*innen nehmen für ihr Handeln das Gemeinwohl in Anspruch, wenn sie mit Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen argumentieren oder einfach behaupten, es sei gut für die Stadt XY, wenn in sie investiert werde – als ob eine Stadt eine Einheit wäre oder von einer homogenen Bevölkerung bewohnt würde, die gleichermaßen von Investitionen, egal welcher Art, profitierte. Und kommunale Verwaltungen beziehen sich zum Beispiel auf das Gemeinwohl, wenn sie im Namen der sozialen Mischung und sozialen Kohäsion die Gentrifizierung in ärmeren Stadtteilen befördern. Hier wird deutlich, dass auch die Frage wer mit Allgemeinheit gemeint ist, zentral ist. Welcher räumliche Rahmen wird angesetzt? Nachbarschaft, Stadt, Nation, global? Und gehören zur Allgemeinheit nur Staatsbürger*innen oder alle Menschen, die auf einem Gebiet wohnen, im Sinne einer Urban Citizenship, also der Teilhabe an staatlichen Infrastrukturen von allen, dort wo sie leben?

Im Sinne des Gemeinwohls zu handeln ist also immer eine Behauptung, die zunächst einmal mit Bedeutung gefüllt werden muss. Wenn aber der Begriff „Gemeinwohl“ tendenziell Interessengegensätze und Machtverhältnisse verschleiert, warum findet er dann trotzdem so breite Verwendung in der stadtpolitischen Bewegung, die sonst nicht darum verlegen ist, Interessengegensätze klar zu benennen und Ungerechtigkeit anzuprangern?

Das hat zu großen Teilen etwas mit der Ideologie des Neoliberalismus zu tun, die hegemonial, also vorherrschend, ist. Diese Ideologie hat ein Menschenbild eines *homo oeconomicus* etabliert, der sein Handeln nur an eigenen wirtschaftlichen Vorteilen ausrichtet. In einem angeblich von selbst wirkenden Marktmechanismus strebten alle Marktteilnehmer*innen nach ihrem eigenen Nutzen und sorgten so quasi automatisch für eine optimale Güterversorgung. Das Gemeinwohl würde so ganz von selbst hergestellt, es müsse sich niemand mehr darum kümmern. Staatliche Eingriffe oder kollektive Institutionen, die der Organisation des Gemeinwohls dienen, werden in dieser Vorstellung überflüssig. (Staatliche Eingriffe zum Erhalt beziehungsweise zur Herstellung von angeblich „freien“ Marktbeziehungen sind entgegen der Ideologie des Neoliberalismus dagegen fester Bestandteil der neoliberalen Praxis).



Der neoliberalen Ideologie ist der Gedanke fremd, dass die Allgemeinheit mehr als die Summe der Einzelnen sein könnte. Deshalb ist ihr auch eine Rhetorik fremd, die von der Allgemeinheit oder einem Gemeinwesen spricht: Diese Wörter kommen in der neoliberalen Sprache fast nie vor. Das führt dazu, dass allein der Bezug zu einer Allgemeinheit, das Anrufen eines kollektiven „Wir“, einer „Stadt für alle“, schon gegen-hegemonial und widerständig ist. Wenn in der stadtpolitischen Bewegung Bezug auf das Gemeinwohl genommen wird, wirkt diese Geste allein schon wie eine Abkehr von neoliberalen Prinzipien. Das wird verstanden und deshalb ist die Verwendung des Begriffs strategisch sinnvoll. Denn viele Menschen erleben, dass sich das Versprechen des Neoliberalismus, der Markt führe zu einer gerechten Güterverteilung, nicht erfüllt: Bezahlbarer Wohnraum schwindet, Zugang zu öffentlicher Infrastruktur wird immer exklusiver und öffentlicher Raum verödet, weil er kaum noch kostenfrei genutzt werden kann. Wie einige wenige immer stärker profitieren, weil ihre Profite immer neue Rekordwerte erreichen, wird gleichzeitig immer sichtbarer – auch weil die stadtpolitische Bewegung diese Akteure und ihre Praxis ans Licht zerrt: Von Einzelvermieter*innen, die mit Hilfe energetischer Modernisierung die Mieten in die Höhe treiben, bis zu »Vonovia« und »Deutsche Wohnen«, die zum Beispiel durch mangelhafte Instandhaltung ihre Gewinne steigern. Die Mär vom gemeinwohlorientierten Investor lässt sich so nicht aufrechterhalten.

Für lange Zeit waren der Neoliberalismus und die neoliberale Stadtentwicklung so hegemonial, dass sie noch nicht einmal erklären mussten, inwiefern sie dem Gemeinwohl dienen. Mit der Anrufung des Gemeinwohls durch die stadtpolitische Bewegung wird nun die Gegenseite unter Druck gesetzt selbst formulieren zu müssen, was sie dazu beiträgt. Deshalb ist es wichtig, dass die stadtpolitische Bewegung nicht bei einer leeren Anrufung des Gemeinwohls stehen bleibt, sondern konkret ausformuliert, was und wer damit

gemeint ist, um Unterschiede zur Vorstellung von Investor*innen & Co klar zu machen.

Und das tut sie auch: Mieter*innen-Initiativen begnügen sich nicht damit die katastrophalen Folgen von Privatisierung und Deregulierung anzuprangern. Sie entwerfen zum Beispiel konkrete Vorschläge dafür, wie eine gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft aussehen müsste: auf soziale Belange verpflichtet, für lebenswerte Nachbarschaften sorgend und durch Mitbestimmung der Mieter*innen demokratisiert. So werden etwa in Berlin von dem Bündnis »kommunal & selbstverwaltet Wohnen« und der Kampagne

DER NEOLIBERALEN IDEOLOGIE IST DER GEDANKE FREMD, DASS DIE ALLGEMEINHEIT MEHR ALS DIE SUMME DER EINZELNEN SEIN KÖNNTE.

»Deutsche Wohnen & Co enteignen« und in Jena von der »Bürgerinitiative für soziales Wohnen« Forderungen für eine Umstrukturierung der kommunalen Wohnungsbestände nach gemeinwirtschaftlichen Prinzipien formuliert. Das bundesweite Bündnis »Wohnen ist Menschenrecht«, dem neben dem Deutschen Mieterbund, Gewerkschaften und Sozialverbänden auch einige stadtpolitische Initiativen angehören, fordert zahlreiche Maßnahmen zur Regulierung des privaten Mietmarktes. Das war auch das Ziel des Volksbegehrens »6 Jahre Mietenstopp« in Bayern. In der Hamburger »Planbude« und dem Gängeviertel wird mit praktischen Alternativen zu herrschendem profitgetriebenen Neubau und entsprechender Stadtteilentwicklung experimentiert. Und die Stadt-AGen der »Interventionistischen Linken« haben in ihrer Broschüre »Ent-

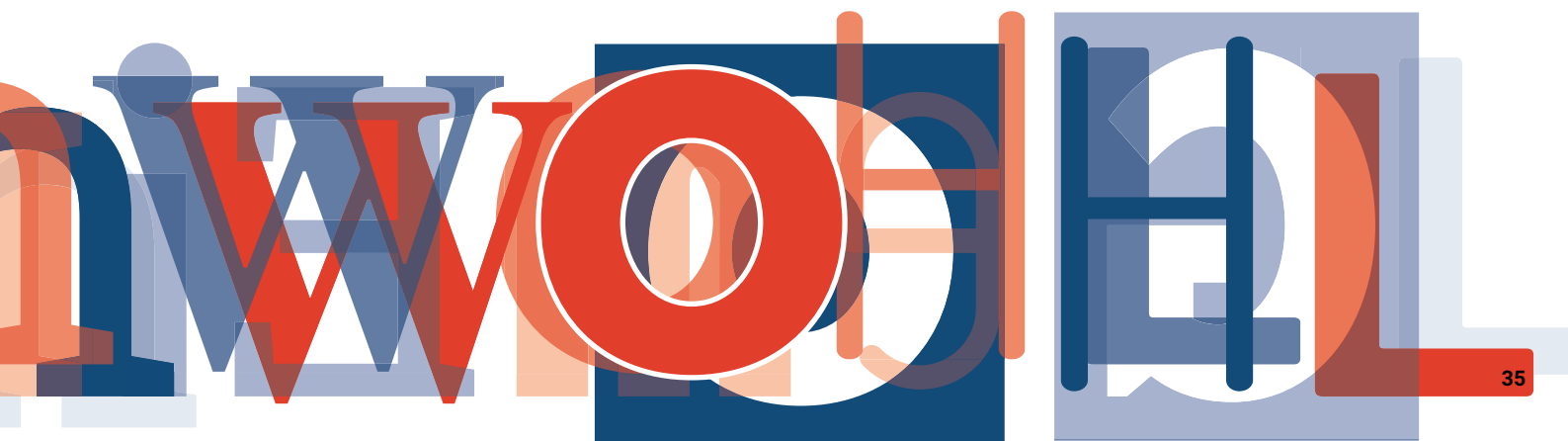
eigen ist die halbe Miete« verschiedene Ideen für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik zusammengetragen, wie sie von Mieter*inneninitiativen gefordert werden: Vom Zweckentfremdungsverbot über das Vorkaufsrecht bis zur Enteignung von Wohnraum.

Welches Potenzial in der Diskussion ums Gemeinwohl steckt, zeigt sich darin, dass diese inzwischen von wichtigen Akteuren jenseits des klassischen Recht auf Stadt-Spektrums aufgegriffen wird. So fordern die Verbandschefs von BUND und Paritätischem Wohlfahrtsverband im Mai 2020 in einem gemeinsamen Text: »Wenn der Markt es nicht mehr bringt. Gemeinwirtschaft wagen«. Ein Schritt in Richtung einer solchen Gemeinwirtschaft wäre die Wiedereinführung einer »Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit«, wie sie in zwei Studien im Auftrag der Grünen und der Linken ausgearbeitet wurde. Ein Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz auf Bundesebene ermöglicht es, gezielt gemeinnützige Wohnungsunternehmen zu stärken, indem Fördergelder zum Beispiel an kommunale oder genossenschaftliche Unternehmen gehen, die im Gegenzug dafür die Wohnungen nach sozialen Kriterien belegen müssen, ihre Gewinn begrenzen und zur Reinvestition in Neubau sowie eine Ausweitung der Mieter*innenmitbestimmung gezwungen werden.

Neben der mietenpolitischen Bewegung arbeiten also viele weitere Akteure, wie Mieter*innenvereine, Sozialverbände und manche (lokale) Politiker*innen, an einer Ausfüllung des Begriffs Gemeinwohl mit. Der Bezug zum Gemeinwohl darf nicht leere Hülle bleiben, sondern muss mit konkreten Ideen und Leben gefüllt werden – dann kann er ein wichtiges strategisches Mittel im Kampf gegen den Ausverkauf der Städte sein.

► **Lisa Vollmer** ist aktiv in der Berliner Initiative »Stadt von Unten« und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar. Sie ist außerdem Redaktionsmitglied bei »suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung«.

► **Illustration:** Rainer Midlaszewski



ALS HÄTTE ES NIE EINE KRISE GEGEBEN

Wohnungspolitisches Weiter-so in der COVID-19-Pandemie

ARMIN KUHN

„Nirgendwo herrscht so gute Stimmung wie im Wohnsektor!“, freute sich im September 2020 das auf Eigentumsrundwandlungen spezialisierte Unternehmen »Accentro« – und steht damit stellvertretend für eine ganze Branche. Denn niemand ist so gut durch die COVID-19-Krise gekommen wie die Immobilienwirtschaft.

Zum Beginn der Pandemie macht sich kurz Verunsicherung breit, als es hieß, der Virus könne die Immobilienpreise abstürzen lassen. Heute wirken die Nachrichten aus der Immobilienbranche, als hätte es nie eine Krise gegeben: Die Preise für Wohnhäuser und für Eigentumswohnungen sind im Vergleich zum Vorjahr um jeweils rund sechs Prozent gestiegen – dreimal stärker als das allgemeine Preisniveau und in etwa so schnell wie in den Jahren zuvor. Das lässt die Vermögen von Eigentümer*innen und Anleger*innen wachsen und verspricht weiterhin gute Geschäfte mit Neubauprojekten und Eigentumsrundwandlungen. Auch auf die Mieten hat die Krise keinen dämpfenden Effekt, ebenso wenig auf die Bilanzen der großen Wohnungskonzerne. »Vonovia« als größter Vertreter hat in der krisengeprägten ersten Jahreshälfte 2020 seinen Gewinn um 11 Prozent gesteigert und ist erst kürzlich in den Index der 50 wertvollsten Unternehmen Europas aufgestiegen. „Die Corona-Krise spiegelt sich somit nicht in einer Beruhigung des Immobilienmarktgeschehens wider“, bilanziert das »Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung« aus Berlin lapidar.¹

WOHNKOSTEN ALS IMMER GRÖßERE BELASTUNG

Während der Run auf Wohnungen und Immobilien als Kapitalanlage ungebrochen anhält, werden die Wohnkosten für die große Mehrheit zu einer immer größeren Belastung. Jobverlust, Kurzarbeit, Teilzeitmodelle oder Kündigungen, um den Ausfall von Schule oder Kinderbetreuung aufzufangen, Ladenschließungen, Veranstaltungsabsagen usw. bedeuten für viele

deutlich niedrigere Einkommen. Aber die Mieten bleiben gleich oder steigen, und reißen damit ein umso größeres Loch in die Haushaltskasse. Noch unmittelbarer trifft die Krise die Gewerbenieter*innen. Gerade Kulturschaffende, kleine Gewerbetreibende und Solo-Selbstständige sind doppelt betroffen: Ihre Einnahmen brechen weg, und sie müssen gleich zweimal Miete zahlen: für ihre Läden, Büros, Ateliers oder Kneipen, und für ihre Wohnungen.

Es gibt keine Zahlen zum Ausmaß der Belastungen für die Mieter*innen durch die Corona-Krise. Die befürchteten massenhaften Mietausfälle sind jedoch bisher ausgeblieben. Der Deutsche Mieterbund geht davon aus, dass insgesamt 15 bis 20 Prozent der Mieter*innen sowohl von Wohnungen als auch von Gewerberäumen noch in Zahlungsschwierigkeiten kommen könnten. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine repräsentative Befragung von Mieter*innen durch das immobilienwirtschaftliche Beratungsunternehmen »Analyse & Konzepte«. Bundesweit wären das zwischen 3,5 Millionen und 4,5 Millionen Haushalte, die gezwungen sein könnten, Mietschulden auf sich zu nehmen, und denen schlimmstenfalls der Wohnungsverlust droht.

Doch Eigentümerverbände und Wohnungswirtschaft beschwichtigen. Nur knapp sechs Prozent der Mieter*innen haben nach Angaben des Hauseigentümerverbandes »Haus und Grund« Ende August ihre Miete nicht zahlen können. Ende Juni seien es nur rund vier Prozent gewesen. Der »Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen« (GdW), in dem vorwiegend kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, aber auch große Wohnungskonzerne wie »Vonovia« und die »Deutsche Wohnen« organisiert sind, spricht sogar nur von 0,33 Prozent der Mieter*innen, die ihre Mieten hätten stunden wollen.

Solche Zahlen sind mit den alltäglichen Erfahrungen in Bekanntenkreis oder Nachbarschaft kaum zusammen zu bringen. Die Krise hat viele auch beim Wohnen hart getroffen. Nur ist das weitgehend unsichtbar geblieben. Die meisten haben zuerst andere Ausgaben eingeschränkt, bevor sie zum letzten Mittel griffen und Mietschulden aufnahmen.

DER MIETER*INNENSCHUTZ DER BUNDESREGIERUNG IST VOR ALLEM VERMIETER*INNENSCHUTZ

Viele wurden durch die Soforthilfen der Bundesregierung über die ersten Monate der Pandemie gerettet. Ende März, nur wenige Wochen nach Beginn der Pandemie, brachte sie einige Maßnahmen auf den Weg, die auch für die Mieter*innen vorübergehende Erleichterungen brachten: Soforthilfen für Kleinunternehmen und Solo-Selbstständige, einen erleichterten Zugang zu Grundsicherung und Wohngeld, der noch bis mindestens Ende des Jahres gilt, und ein dreimonatiges Kündigungsverbot bei pandemiebedingten Mietschulden. Viele Gerichte haben Zwangsräumungen für ein paar Monate ausgesetzt.

Es ist davon auszugehen, dass die Grundsicherung und das Wohngeld, für das die Anträge um durchschnittlich 30 bis 50 Prozent zugenommen haben, einen Großteil der ernsthaft von Kündigung oder Wohnungsverlust Bedrohten aufgefangen hat. Gerade für Menschen, deren aktuelle Einkommen unter dem Existenzminimum liegen, ist das sehr viel wert. Denn sie können Hartz IV beantragen, ohne vorher ihr Vermögen aufbrauchen und ohne Sanktionen oder Aufforderungen zur Mietenkung befürchten zu müssen. Doch damit sind auch Millionensubventionen an die Vermieter*innen geflossen. Dass der Schwerpunkt der Krisenmaßnahmen auf diesen so genannten „Subjektförderungen“ lag, ist kein Zufall, liegt der Schwerpunkt der Wohnungspolitik in der Schwerwund der Wohnungspolitik auf individuellen Mietzuschüssen. Statt direkt günstige Wohnungen zu fördern, werden die Einnahmen der Eigentümer*innen stabilisiert. Dass die Immobilienwirtschaft als Gewinnerin aus der Krise geht, ist kein Kollateralschaden, sondern Kern neoliberaler Politik, nicht nur beim Wohnen.

EIN EINGRIFF IN DIE IMMOBILIEN- VERWERTUNG, DER KAUM WEH TAT

Das Ende März beschlossene dreimonatige Kündigungsmoratorium war die einzige Maßnahme, mit der die schwarz-rote Koalition in die Verwertungskreisläufe mit Immobilien eingegriffen hat. Entspre-

chend groß war die Empörung der Immobilienlobby, die alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um erst das Gesetz selbst und später die Verlängerung über die ersten drei Monate hinaus zu verhindern.

Doch auch das Kündigungsverbot bedeutete keinerlei Einnahmeverluste für Vermieter*innen. Denn gestundete Mieten müssen innerhalb von zwei Jahren mit rund vier Prozent Zinsen zurückgezahlt werden. Die Vermieterin verdient mit den Krisen-Mietschulden also mehr, als wenn sie ihre regulär erhaltenen Mietzahlungen auf der Bank liegen lässt. Die Mieter*innen wiederum müssen innerhalb der zwei Jahre ihre Schuldenlast zusätzlich zu ihrer oft ohnehin zu hohen Miete abstopfen. Diese Regelung war von Anfang an so abschreckend, dass die verhältnismäßig geringe Zahl derjenigen, die darauf zurückgegriffen haben, kaum überrascht.

Das Kündigungsmoratorium tat den Vermieter*innen kaum weh, hat aber zumindest einigen Mieter*innen, die keinen Anspruch auf Grundsicherung oder Wohngeld haben, eine kleine Atempause verschafft. Umso unverständlicher ist die Entscheidung der Regierung, die Regelung Ende Juni 2020 auslaufen zu lassen. Gegen den Widerstand von Mietervereinen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Recht-auf-Stadt-Initiativen hat sie dem Druck der Wohnungsunternehmen und Eigentümerverbände nachgegeben, die nicht einmal die geringsten und vorübergehenden Gewinneinbußen akzeptieren wollten. Damit kann zum Herbstbeginn, mit der Rückkehr steigender Infektionszahlen, wieder gekündigt werden.

CHARITY DES GROSSKAPITALS STATT MIETERLASS

Die COVID-19-Pandemie legt die Krisenanfälligkeit einer auf Profit ausgerichteten Wohnungs- und Immobilienwirtschaft schonungslos offen. Der seit einem Jahrzehnt – seit der letzten Finanzkrise – anhaltende Boom um das Betongold beruht auf einem spekulativen Verwertungskarussell, das das Risiko eines am Ende nicht mehr zu finanzierenden Preisniveaus immer an den nächsten „Dummen“ weitergibt. Davon profitieren kapitalstarke Wohnungskonzerne und Immobilienfonds, während vor allem kleinere Anleger*innen, aber auch kommunale Wohnungsgesellschaften ihre knapp kalkulierten Finanzierungsmodelle in der Krise wegschwimmen sehen.

Entsprechend laut waren die Proteste derjenigen Verbände, die genau diese Akteur*innen unter den Vermieter*innen vertreten (GdW, Haus und Grund), während sich Wohnungskonzerne wie »Deutsche

Wohnen« und »Vonovia« oder auch der Verband des immobilienwirtschaftlichen Großkapitals, der »ZIA«, großzügig geben. So hat die »Deutsche Wohnen« werbewirksam einen 30-Millionen-Euro-Hilfsfonds für Mieter*innen in Zahlungsschwierigkeiten aufgelegt. »Vonovia« hat Mieterhöhungen während des Lockdowns ausgesetzt und verzichtet nach eigenen Angaben bis September auf Modernisierungs-Mieterhöhungen. Und der »ZIA« hat gemeinsam mit dem »Handelsverband Deutschland« (HDE) zu einer Halbierung der Mieten

EINE ABKEHR VOM MARKTPRINZIP WURDE IN DER KRISE NICHT EINMAL ANSATZWEISE ERWOGEN.

aufgerufen – natürlich nur als freiwilliger „Verhaltenskodex“ und als Reaktion auf drohende Massenpleiten im Gewerbebereich, bei denen auch die Vermieter den Spatz in der Hand der Taube auf dem Dach vorziehen. Die Bundesregierung ist damit in der bequemen Lage, auf die vermeintliche Hilfsbereitschaft der Vermieter*innen zu verweisen, um selbst an ihrem marktorientierten Kurs in ihrer Wohnungspolitik festzuhalten. Demnach ist der Staat allenfalls als Krisenmanager gefragt, der die Verluste vergesellschaften soll, um nach der akuten Krise so schnell wie möglich wieder zum Alltag privatisierter Gewinne überzugehen.

Forderungen nach einem Mieterhöhungsstopp, nach einem Zwangsräumungsverbot oder nach Mieterlassen für krisenbetroffene Mieter*innen, die Initiativen schon kurz nach Ausbruch der Pandemie gestellt haben, sind dagegen weitgehend ungehört verhallt. Ein Mieterlass scheint nur als Charity derjenigen denkbar, die es sich leisten können. Auch in anderen Staaten wurde eine Abkehr vom Marktprinzip in der Krise nicht einmal ansatzweise erwogen. Eine Studie der OECD zeigt, dass von 46 untersuchten Staaten nur sechs – Argentinien, Griechenland, Irland, Neuseeland, Portugal

und Spanien – zeitweise und zumindest in einigen Bereichen des Wohnungsmarktes die Mieten eingefroren oder gesenkt haben.² Dazu kommen eine Reihe von Städten und Bundesstaaten in den USA, in denen schon mit Ausbruch der Pandemie Millionen Menschen die Zwangsräumung drohte.

GERINGE RESONANZ UND ZEICHEN DES AUFBRUCHS

Vor allem in einigen US-amerikanischen und spanischen Städten haben sich Mieteninitiativen massiv gegen das Abwälzen der Krisenkosten auf ihrem Rücken gewehrt – bis hin zu Mietstreiks mit tausenden Aktiven.³ Hierzulande haben Kampagnen wie »Wir zahlen nicht« oder »Nicht auf unserem Rücken« oder ein bundesweiter Aktionstag »Shut down Mietenwahn« am 20. Juni 2020 bisher nur wenig Resonanz erfahren. Der Aktionstag hat zwar nach nur sehr kurzer Mobilisierungszeit einige tausend Menschen auf die Straßen gebracht, konnte aber im Vergleich zu den weit größeren Protesten vor der Corona-Zeit kaum Einfluss auf die bundespolitische Debatte um eine Krisen-Mietenpolitik nehmen.

Aber es gibt auch hoffnungsvolle Zeichen. Die Mieter*innengewerkschaft »Sindicat de Llogateres i Llogaters« hat in Katalonien einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild erkämpft. Die Bürgermeister von London und Portland sowie die Regierung des kanadischen Bundesstaats Ontario haben angekündigt, die Mieten einzufrieren. In Berlin startet endlich die nächste Stufe des Volksbegehrens »Deutsche Wohnen & Co. Enteignen« zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne, das bayrische Volksbegehren für einen sechsjährigen Mietestopp gibt sich nach dem umstrittenen Urteil des Landesverfassungsgerichts nicht geschlagen, und das bundesweite Initiativen-Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietenwahn nimmt einen neuen Anlauf. Der Kampf um einen gemeinwohlorientierten Umbau des Wohnungssektors und der Städte beginnt gerade erst.

► **Armin Kuhn** ist aktiv in der Berliner Initiative »Stadt von Unten« und im »Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietenwahn«. Er arbeitet als wohnungspolitischer Referent für die Linksfraktion im Bundestag.

► Fußnoten

- 1 DIW-Pressemitteilung vom 10.09.2020
- 2 OECD, Housing amid Covid-19: Policy responses and challenges, 22.07.2020.
- 3 Elisa Schiller, Christoph Koth, I can't pay, won't pay - Neue Kämpfe um die Miete in der Corona-Krise, Zeitschrift Luxemburg, Mai 2020.

DREIFACHES DOPPEL IM STADTTTEIL

Gesundheit als Ansatzpunkt emanzipatorischer Politik

JONAS LÖWENBERG



Gesundheit ist wichtig, darauf können sich alle schnell einigen. Sie gilt als eins der höchsten Güter unserer Zeit – in den letzten Monaten ist dies im Zuge der Covid-19-Pandemie besonders deutlich geworden. Politische Entscheidungen und Maßnahmen wurden damit erklärt, dass die Gesundheit an erster Stelle stehe. Ob bei städtischen Plakatkampagnen, im Familien- und Freund*innenkreis oder in jeder x-beliebigen E-Mail: „Bleib gesund!“ ist omnipräsent.

Der Zynismus hinter dieser Aufforderung ist kaum auszuhalten, können wir doch nur zu einem geringen Teil mit unserem individuellen Verhalten etwas dazu beitragen. Heute gilt die Maxime: „So gesund wie nötig, so erwerbsfähig wie möglich.“ Die neoliberale Maxime und Auswirkungen prekärer Lebensverhältnisse spiegeln sich häufig in den Vierteln der Stadt wider. In Wohnblöcken in Göttingen und Neukölln oder Arbeiter*innenvierteln in Madrid spitzten sich neben der Infektionslage auch die staatlichen Repressionen zu.

Im Stadtteil werden politische Mechanismen unmittelbar greifbar. Hier ist unser Wohn- und Rückzugsort, ein lebenswertes Umfeld ist wichtig. An diesem Ort wirken Determinanten wie Umwelt,

soziale und kulturelle Netzwerke und Versorgungsstrukturen direkt auf uns ein. Positiv wie negativ, ob wir wollen oder nicht: Unser Wohnort hat massiven Einfluss auf unser Wohlbefinden. Dieses Potential hat die Recht auf Stadt-Bewegung schon lange erkannt – emanzipatorische Gesundheitspolitik im Viertel hingegen ist ein recht neues Unterfangen.

INDIVIDUALISIERTE VERANTWORTUNG FÜRS GEMEINWOHL

Die Verantwortung für Gesundheit wurde in den letzten knapp 50 Jahren erfolgreich individualisiert. Wer krank ist, liegt entweder dem Staat oder den fleißigen und disziplinierten Anderen auf der Tasche. Mit der Pflicht zur Arbeit geht im Sozialstaat die Pflicht zur Gesundheit einher. Dabei sollen etwa Yoga-Kurse oder Fitness-Apps helfen. Gesundheit ist als Ware auf dem Markt angekommen. Außer Acht gelassen wird, dass die Gesundheit der Einzelnen zu Zweidritteln von den

Verhältnissen abhängt, in denen wir leben. Ein Apfel am Tag gleicht niemals schlechte Arbeitsbedingungen oder Wohnverhältnisse, Umweltbedingungen oder Diskriminierungserfahrungen aus. Diese Faktoren werden als soziale Determinanten von Gesundheit bezeichnet. Unbestritten ist der Zusammenhang zwischen sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit. Das lässt sich sehr drastisch innerhalb deutscher Großstädte erkennen. Zwischen den ärmsten und reichsten Vierteln in Hamburg beträgt die Differenz der durchschnittlichen Lebenserwartung bis zu 16 Jahren.

GESUNDHEIT FÜR ALLE HEISST NICHT WENIGER ALS EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE

Ausgehend vom wenig radikalen Gesundheitsverständnis der WHO, dass Gesundheit mehr ist als die bloße Abwesenheit von Krankheit, sondern vielmehr als vollständiges körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden definiert ist, wird die Komplexität des Themas deutlich. Wenn Gesundheit zum Gemeingut werden soll, müssen alle Aspekte kollektiviert werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Verständnis von Gesundheit

ist dafür dringend nötig. Ob Fitnesswahn und Körperkult oder Body- und Food-shaming – auch innerhalb der Linken wird das neoliberale Narrativ reproduziert. Gesund sollte in erster Linie heißen, dass Menschen ein Leben mit maximal möglichem Wohlbefinden führen können. Die Gesundheit eines Einzelnen lässt sich nicht kollektivieren, wohl aber die darauf einwirkenden Schutz- und Risikofaktoren. Benachteiligungen können kollektiv getragen werden und eine Gesundheitsversorgung solidarisch aufgebaut sein.

ERSTES DOPPEL: VERSORGUNG UND FÖRDERUNG

An dieser Stelle tritt die erste Doppelstrategie linker Gesundheitsarbeit im Kapitalismus auf. Es gilt zwischen Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung zu unterscheiden.

Gesundheitsversorgung sollte heißen, solidarische Infrastrukturen aufzubauen und so einen Zugang für alle unabhängig von sozialem Status oder vorhandener Krankenversicherung zu schaffen. Hierbei gibt es zahlreiche Ansätze, seien es die im Zuge der Krise 2008 in Griechenland entstandenen solidarischen Praxen oder die MediBüros in Deutschland. Solche Versorgungsstrukturen innerhalb des Systems aufzubauen, ist schon eine Herausforderung für sich, bleibt aber meist an dem Punkt stehen, dass staatliche Aufgaben übernommen werden. Dennoch sind sie ein wesentlicher Bestandteil und guter Ausgangspunkt für den Weg hin zu einer vergesellschafteten Gesundheitsversorgung.

Diese Gesundheitsversorgung geht über den medizinischen Teil hinaus und nimmt nicht nur die behandelbaren Symptome und Krankheiten, sondern auch strukturelle Ursachen in den Blick. Damit befinden wir uns im Bereich der Gesundheitsförderung. Der hier notwendige gesamtgesellschaftliche Ansatz wurde schon früh von der WHO erkannt und wird im wissenschaftlichen Diskurs als „Health in all Policies“ beschrieben.

Es bedarf also einer gesundheitsförderlichen Intervention in alle Lebensbereiche mit dem Ziel, Faktoren sozialer Ungleichheiten abzubauen und irgendwann aufzulösen. Damit wird Gesundheit zur sozialen Frage, die nur politisch verhandelt werden kann. Die staatlichen Maßnahmen sind hier Ergebniskosmetik. Mit der Begründung der fehlenden Zuständigkeit wird sich vor der Verantwortung

gedrückt. Da der neoliberale Sozialstaat bekanntlich kein Interesse daran hat, soziale und gesundheitliche Ungleichheit zu beseitigen, kann es nur darum gehen, ihn zu überwinden.

ZWEITES DOPPEL: REFORMEN UND GELEBTE UTOPIE

Auch innerhalb des Systems können durch kleinere und größere Reformen konkrete Verbesserungen erreicht werden. Eine Vergesellschaftung des Gesundheitssektors schafft noch lange keine befreite Gesellschaft, widerspricht aber der Logik des Kapitalismus massiv. Es mag aus linker Perspektive ein völlig unzureichendes Zugeständnis sein, verbessert aber die Lebenssituation von Nutzer*innen erheblich. Gleiches gilt für die großen Sektoren, die sich negativ auf unsere Gesundheit auswirken. Das Abschalten von Kohlekraftwerken oder die Enteignung großer Immobilienkonzerne sind auch nur kleine, aber relevante Schritte auf einem langen Weg.

Staatsappelle reichen jedoch nicht aus. Linke Bewegungen, die es dabei belassen, werden auf Dauer nicht erfolgreich sein. Unverzichtbarer Bestandteil ist der Aufbau von potenziell post-kapitalistischen Strukturen. Kollektiv organisierte Versorgungsstrukturen, nicht nur im Gesundheitsbereich, sind wesentlicher Bestandteil. Strukturen in denen solidarisches Handeln weitestgehend gelebt wird, Hierarchien abgebaut werden und Menschen auf den Geschmack emanzipatorischer Praxis kommen können. Solche Strukturen dürfen nicht raumschiffartig im Viertel landen, sondern müssen vielmehr zur selbstorganisierten Station werden, in der nicht nur vermeintlich professionelle Expert*innen die Praxis bestimmen.

DRITTES DOPPEL: GESUNDHEIT ALS AUSGANGSPUNKT GESELLSCHAFTLICHER VERÄNDERUNG

Stress im Job, schlechte Luft in der Großstadt oder Schimmel in der Wohnung: Nirgendwo werden die Auswirkungen des Kapitalismus deutlicher und greifbarer als bei der eigenen Gesundheit. Fast alle Menschen haben mit mindestens einem dieser Aspekte persönliche Erfahrungen gemacht. So können die Probleme von Einzelnen auf einer strukturellen Ebene erklärt und in größeren Zusammenhängen verdeutlicht werden. Die ärztliche Sprechstunde kann zum Startort politischer Veränderungsprozesse werden, wenn die dort auftretenden Probleme nicht ausschließlich mit medizinischer Behand-

lung bearbeitet werden. Die Soziale Arbeit kann aus ihrer Profession heraus den sozialen Bewegungen zuarbeiten.

Stadtteilgesundheitszentren, wie sie im Poliklinik-Syndikat mehr und mehr entstehen, sollen sowohl Orte der Versorgung als auch Orte der Zusammenkunft und damit Ausgangspunkte für Prozesse sein. Der direkte Bezug zum und die kontinuierliche Verankerung im Stadtteil ermöglichen es, Probleme sichtbar werden zu lassen und zu bearbeiten. Dabei ist eine Kooperation mit anderen Strukturen und Initiativen unerlässlich. Es geht nicht darum, das Rad der politischen Organisation neu zu erfinden oder soziale Bewegungen zu zentralisieren. Vielmehr ist es eine Option, um die zahlreichen sozialen Kämpfe örtlich und inhaltlich zu verbinden, Menschen sowohl individuelle Hilfe zukommen zu lassen als auch die strukturellen Ursachen dahinter anzugehen. Eine Option, um an den Lebensrealitäten und -problemen konkret anzusetzen und davon ausgehend gemeinsam im Kleinen Organisationsprozesse anzugehen. Solidarische Gesundheitszentren, in denen diese Ansprüche vereint werden, könnten in Kombination mit Methoden des Transformative Community Organizing dazu beitragen.

GESUNDHEITSPOLITIK IN EINER SOLIDARISCHEN STADT

Bei so vielen Dopplungen besteht leicht die Gefahr, das Schwierigere ein wenig oberflächlich zu behandeln. Ein staatlich finanziertes, solidarisches Gesundheitszentrum, in dem auf strukturelle Ursachen hingewiesen wird, zu etablieren, ist eine Herausforderung. Der transformative Gehalt eines solchen Projektes hält sich in Grenzen – Gesundheit wird so noch lange nicht zum Gemeinwohl. Es braucht eine mutige Praxis: Wenn wir Gesundheit für Alle wollen, wollen wir nicht weniger als Alles. Das solidarische Gesundheitszentrum bleibt dabei nur einer von vielen Orten in der solidarischen Stadt.

► **Jonas Löwenberg** ist Aktivist und Sozialarbeiter. Er beschäftigt sich mit sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit und ist Teil des Kollektivs der Poliklinik Leipzig.

► Weiterlesen

- Klein, Dieter: Doppelte Transformation. Eine Konsultation Ernst Blochs. Berlin 2018
- Schmidt, Bettina: Exklusive Gesundheit. Gesundheit als Instrument zur Sicherstellung sozialer Ordnung. Wiesbaden 2017
- Poliklinik Veddel: ► poliklinik1.org
- Poliklinik Leipzig: ► poliklinik-leipzig.org

► **Illustration:** Rainer Midlaszewski unter Verwendung eines Fotos von Halacious (unsplash.com)

SUPERBLOCKS UND TAKTISCHER URBANISMUS

Barcelona und die Rückeroberung des öffentlichen Raums

ANKE KLEFF UND CESAR OCHOA



Als sich 2011, nach Jahren der Austeritätspolitik mit ihren Kürzungen in allen sozialen Bereichen, die spanische Protestbewegung »15M« formierte und die »Indignados« (die Empörten) zentrale Plätze großer und kleiner Städte besetzten, lernten wir, dass der öffentliche Raum zurückerobert und geöffnet werden kann, um ihm eine neue Bedeutung zu geben – jenseits von Konsum und Durchgangsverkehr.

2015 formierte sich aus diesem Protest heraus das politische Projekt der »Ciudades del Cambio« (Städte des Wandels), nachdem in spanischen Großstädten wie Madrid, Saragossa und Barcelona bei den Kommunalwahlen municipalistische »Confluencias« (Bürgerplattformen) gewonnen. Unsere Erfahrungen aus der »15M«-Protestbewegung haben uns gezeigt, dass Stadtplanung weit über das Erstellen von Bebauungsplänen hinausgeht: Sie ist vielmehr als Instrument für das Schaffen von Zusammenhalt und für ein starkes kollektives Selbstwertgefühl zu verstehen.

In diesem Sinne war die Öffnung des öffentlichen Raums eines der wichtigsten Instrumente der gesellschaftlichen Transformation in Barcelona seitdem Ada Colau 2015 ihre erste Amtszeit als Bürgermeisterin der Stadt antrat. Ada begann ihre politische Arbeit als Aktivistin, setzt sich schon seit der letzten Wirtschaftskrise vor über 10 Jahren gegen Zwangsräumungen ein und regiert mit der municipalistischen Bürgerplattform »Barcelona en Comú« inzwischen in zweiter Amtszeit.

Barcelona ist eine der am dichtesten bebauten Städte der Welt, in der der Verkehr und der Massentourismus den Bewohner*innen immer weniger Raum für das alltägliche Zusammenleben übriglassen.

Die Schaffung von »Superilles« (Superblocks) ist eine neue Art, die Stadt und das Zusammenleben zu organisieren. Es geht dabei darum, eine neue städtische Einheit zu definieren, die Räume für das Zusammenleben von Menschen schafft und ihr Leben verbessert, indem Fußgänger*innen Vorrang eingeräumt wird, gefolgt von Fahrrädern und öffentlichen Verkehrsmitteln, um sicherzustellen, dass die Straßen wieder Orte der Begegnung und Erholung sein können.

Superblocks sind als urbane Einheiten angelegt, die jeweils aus einem Ensemble mehrerer Häuserblöcke bestehen. Die Straßen, die hier hindurchführen, sind verkehrsberuhigt, um den

DIE SCHAFFUNG VON SUPERBLOCKS IST EINE NEUE ART, DIE STADT UND DAS ZUSAMMENLEBEN ZU ORGANISIEREN.

öffentlichen Raum für Fußgänger*innen wiederherzustellen. Innerhalb des Blocks ist die Geschwindigkeit des motorisierten Verkehrs auf 10 km/h begrenzt, Absperungen begrenzen den Durchgangsverkehr. Vorrang hat nachhaltige Mobilität und ein gemeinsamer, grüner und sicherer Lebensraum.

Ziel ist es, Durchgangsstraßen zu reduzieren und einen verkehrsberuhigten Raum für die Einwohner*innen zu schaffen, der für (Freizeit-)aktivitäten genutzt werden kann. Die inneren Straßen der Superblocks werden so zu Räumen eines Funktionswandels: Die Durchfahrt von Fahrzeugen rückt in den Hintergrund,

stattdessen werden die Straßen zu Aufenthaltsräumen, die für den Austausch, Spiele, für Freizeit und vieles mehr genutzt werden können. Die Herausforderung dabei ist, den Alltag der Menschen zu verbessern, indem Nachbarschaften inklusiv und mit humaner Geschwindigkeit gestaltet werden. In den für Barcelona typischen schachbrettartig angeordneten Straßenzügen der zentralen Zone »Eixample« bieten die neu gewonnenen Plätze durchschnittlich rund 2.000 Quadratmeter Fläche für die Freizeitnutzung der Bürger*innen.

Die Schaffung von Superblocks in ganz Barcelona ist ein offenes Modell, eine kollektive Transformation. Der Prozess beinhaltet die Bürgerbeteiligung als wesentlichen Bestandteil der Reflexion und Umsetzung.

Der Stadtrat macht Vorschläge für neue Superblocks und ist für ihre Planung und Realisierung verantwortlich. Dabei wird allerdings jedes Projekt gemeinsam mit den Bewohner*innen und den lokalen Bürgerinitiativen partizipativ umgesetzt. Es gibt Versammlungen, Arbeitsgruppen und eine Kontrollkommission, die gemeinsam die Probleme oder Herausforderungen definieren und Lösungen finden.

Die Schaffung von Superblocks ist ein langfristig angelegtes Modell städtischen Wandels, das schrittweise in der ganzen Stadt realisiert werden soll. Diese Transformation erfordert eine Änderung der Gewohnheiten und eine zusätzliche gemeinsame Anstrengung. Aus diesem Grund sind die intensiven Debatten über die Nutzung des öffentlichen Raums so wichtig, sie ermöglichen eine schrittweise (Wieder-)Aneignung des öffentlichen Raums durch die Bürger*innen.

In diesem Jahr hat die COVID 19-Pandemie die Wieder-Aneignung des städtischen Raums beschleunigt, nicht nur in Barcelona, sondern in Städten auf der ganzen Welt. Unter Hashtags wie #popupbikelane werden Erfahrungen der spontanen Wiedereröffnung des Raums geteilt, in einigen Fällen von den Bürger*innen selbst initiiert.

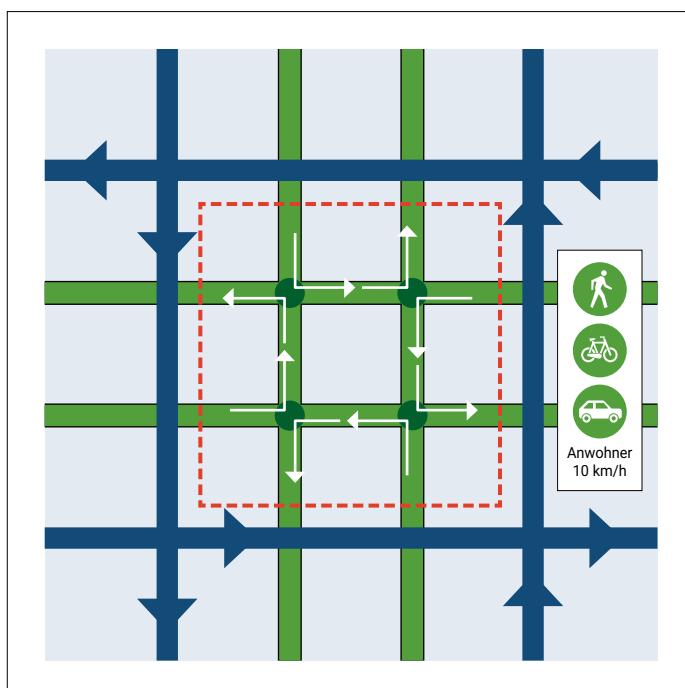
Der »Urbanismo táctico« (taktischer Urbanismus), nach dessen Logik die Schaffung der Superblocks funktioniert, ist sogar eine kostensparende Art den öffentlichen Raum neu zu gestalten: Im Vergleich zum klassischen, strukturellen Urbanismus, werden hier nur zwischen 10 bis 20 Prozent der Kosten verursacht. Der »taktische Urbanismus« setzt zudem eine viel größere Fähigkeit zur pragmatischen Umwandlung von Nutzungen frei, ist viel schneller (ein wichtiger Faktor

► Das Konzept der Superblocks:

Durch die Reduzierung von Durchgangsstraßen und eine aktive Verkehrsberuhigung entsteht ein attraktiver öffentlicher Raum für die Nutzung durch die Bewohner*innen.

◀ Superblock im Stadtviertel Poble Nou.

► Foto: Anke Kleff





Superblock im Stadtviertel **Sant Antoni** im Zentrum von Barcelona. ► Foto: © Constraula Enginyeria i Obres

unter den gegenwärtigen Umständen) und – vielleicht am wichtigsten in der demokratischen Logik – ermöglicht eine urbane Co-Produktion, in der die Bürger*innen eine aktive Rolle einnehmen. Die freie Verwendung von gestalterischen Elementen, wie Farben, Bänke, Tische und Blumentöpfe ermöglicht das Experimentieren mit verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten des öffentlichen Raums, die sich stetig weiterentwickeln können, je nachdem, was die Bewohner*innen tatsächlich brauchen.

Der Superblock im Stadtteil »Poblenou« ist ein Paradigma für die manchmal schwierigen und widersprüchlichen Erfahrungen, die solche städtischen Interventionen charakterisieren. Er besteht aus einem Quadrat mit jeweils drei Blöcken an jeder der 500 Meter langen Seiten und ist eine für Barcelona bahnbrechende urbane Neugestaltung.

Zu Beginn der Umsetzung des Superblocks Poblenou im September 2016 zeigten sich viele Anwohner*innen zunächst wenig begeistert, es gab Kritik aller Art. Die am weitesten verbreitete Kritik war, dass versäumt wurde, bereits vor Beginn des Projektes einen Beteiligungsprozess mit den Bewohner*innen des betroffenen Gebiets durchzuführen. Deshalb wurden mit Beginn der Realisierung dann auch Bewohner*innen, Gruppen und Institutionen des Gebiets intensiv und konstant in einem aktiven Partizipationsprozess einbezogen. Dies hat für den Superblock Poblenou zu seiner aktuellen „personalisierten“ Gestaltung geführt, so wie sie letztendlich von den Bewohner*innen dieses jungen Viertels mit einem erheblichen Prozentsatz an Sozialwoh-

nungen beschlossen wurden: mit der Durchfahrt eines Busses, einer Fußgängerzone vor einer Schule, sechs riesigen Statuen, die „Wächter der Superilla“ getauft wurden, und drei Spielplätzen an den Kreuzungen.

DIE EINRICHTUNG DER SUPERBLOCKS FÜHRTE ZU EINER VERBESSERUNG DER LÄRMWERTE UND DER LUFTQUALITÄT.

Ein weiterer Kritikpunkt, der besonders von einer Bürgerplattform gegen den Superblock propagiert wurde, war, dass der Block den Verkehr und die Umweltbelastung nicht reduziere, sondern nur an die Grenzen des Blocks verschiebe. Die Gegner*innen des Superblocks befürchteten, dass der innere Bereich des Areals verlassen und leerstehend bleiben würde und damit unsicherer. Und – wie so oft – wurde immer wieder angeführt, dass der Einzelhandel in dem Gebiet unter der städtischen Veränderung leiden würde.

Gleichzeitig verteidigte eine Gruppe selbstorganisierter Nachbar*innen die wiederhergestellten Räume, die sie durch das Aufstellen von mehr Bänken, Tischen und der Schaffung von Spielplätzen nach und nach umgestaltet haben, und begann sie mit Leben zu füllen. Es entstand ein Erholungsraum für Familien mit Kindern, ein Raum zum Lesen, Austausch oder Picknick für Arbeiter*innen und Nachbar*innen der Umgebung.

All diese Erfahrungen mit der Umsetzung des Superblocks Poblenou, der in einem für Barcelona relativ gering bevölkerten Gebiet liegt, waren von großem

Nutzen für die Schaffung des Superblocks im Stadtviertel »Sant Antoni« mit seiner komplexeren Geometrie, einem Markt im Zentrum und einer viel höheren Bevölkerungsdichte. Hier wurde dem vorangehenden partizipativen Prozess viel mehr Aufmerksamkeit, Zeit und Ressourcen gewidmet. Mit dem überraschenden Ergebnis, dass selbst die lokalen Einzelhändler*innen das Projekt unterstützten – eine Gruppe, die sonst tendenziell große Zurückhaltung und sogar offenen Widerstand gegen städtische Erneuerungsprozesse in ihrer Umgebung zeigt.

Sowohl in Poblenou als auch in Sant Antoni führte die Schaffung der Superblocks zu einer starken Verbesserung der Luftqualität und der Lärmwerte innerhalb der Wohnviertel – natürlich aufgrund der Reduzierung des motorisierten Verkehrs.

Eine weitere kürzlich in Barcelona begonnene Maßnahme ist die Entpflasterung (Entsiegelung) der Fußwege, die parallel durchgeführt wird und Teil des städtischen Plans ist, organischen Boden zurückzugewinnen, um die zunehmende Erwärmung im Stadtgebiet abzuschwächen.

Die COVID-Pandemie hat den städtischen Wandel beschleunigt. Dieser Wandel kann als erster Schritt einer größeren Transformation zur Schaffung widerstandsfähiger Städte führen, die auf Krisen besser reagieren können und in denen Bürger*innen ihre Straßen und Plätze mitgestalten.

Die Verbesserungen des öffentlichen Raums dürfen nicht dem Recht der Bürger*innen zuwiderlaufen, weiterhin in ihrer Nachbarschaft zu leben. Sie müssen immer mit Maßnahmen zum Recht auf bezahlbares Wohnen einhergehen, die die Bedrohungen durch Gentrifizierung und Touristifizierung im Kontext von spekulativem Kapitalismus aktiv bekämpfen.

► **Anke Kleff** ist Organisations-Psychologin. Sie ist Nachbarschafts-Aktivistin im Gotischen Viertel von Barcelona und bei »Barcelona en Comú«.

► **Cesar Ochoa** ist Mathematiker und arbeitet als Lehrer im Stadtviertel Poblenou, wo er auch wohnt. Er ist Aktivist in Bewegungen für nachhaltige Mobilität und in der Gruppe »Urbanismus und Mobilität« von »Barcelona en Comú«.

► **Übersetzung:** Anke Kleff

► **Weiterlesen**

► ajuntament.barcelona.cat/superilles/es/
 ► www.bcnecologia.net/es/modelo-conceptual/supermanzana

»BLOCUL PENTRU LOCUIRE«

Kämpfe für das Recht auf Wohnen in Rumänien

FELIX UND PÉTER



Aktionen des »Blocul« mit Solitranspi für die Mietenwahnsinn-Demo in Berlin

„Blocul“ heißt „der Block“ auf rumänisch, damit werden auch die vielen zwischen 1950 und 1990 von der öffentlichen Hand gebauten Wohnungen bezeichnet, die nach dem Ende des Sozialismus den damaligen Bewohner*innen überschrieben wurden. In den 1990er Jahren wurde der gesamte öffentliche Wohnungsbestand des Landes privatisiert, daher leben heute offiziell 95,4 Prozent der Bevölkerung in Eigentumswohnungen. Rumänien ist das Land mit dem höchsten Anteil privater Wohnungen in der gesamten EU, etwa 98 Prozent der Wohnungen gehören privaten Eigentümer*innen.

Das hat einen extrem kleinen Mietwohnungsmarkt zur Folge, dem jedoch ein stark wachsender Bedarf, vor allem in den größeren urbanen Zentren, gegenübersteht. Die Anmietung einer Wohnung erfolgt meist über mündliche Absprache, ohne jedes schriftliche Vertragsverhältnis, was privaten Vermieter*innen ein beliebiges Festsetzen der Miethöhe ermöglicht. Zudem gibt es kaum institutionelle oder politische Repräsentation von Mieter*innen, was einen weitgehend unregulierten Mietwohnungsmarkt zur Folge hat.

Das Bewohnen der Eigentumswohnung und die fehlenden bezahlbaren Mietwohnungen machen es vielen Menschen unmöglich, ihre Wohnsituation an veränderte Lebensumstände anzupassen. Bereits jetzt hat Rumänien die höchste Rate

SCHÄTZUNGSWEISE MEHR ALS 100.000 FAMILIEN LEBEN IN INFORMELLEN WOHNUNGEN, VOR ALLEM VIELE ROM*NJA SIND DAVON BETROFFEN.

an überbelegten Wohnungen in der EU, da beispielsweise bei Familienzunahme enger zusammengedrückt werden muss. In den letzten fünf Jahren sind die Verkaufspreise der Wohnungen kontinuierlich gestiegen: in Cluj um 75,6 Prozent, in Bukarest um 46 Prozent und in Timișoara um 45,9 Prozent. Die Kauf- und Mietpreise für Wohnungen gelten heute als die teuersten der EU im Verhältnis zum durchschnittlichen Einkommen der Bevölkerung.

Zwar sind für die meisten Menschen Mieterhöhungen oder Kündigungen ausgeschlossen, doch die Übertragung des Eigentums nach dem Ende des Sozialismus hatte selten eine finanzielle Sicherheit für die plötzlichen Eigentümer*innen ihrer Wohnung zur Folge. Viele Menschen haben kein oder nur ein sehr geringes Einkommen. Laufende Kosten für die Wohnung durch hohe Nebenkosten für Heizung im Winter und Kühlung in den heißen rumänischen Sommern sind sehr hoch und übersteigen die finanziellen Möglichkeiten vieler Menschen. Aufgrund der hohen laufenden Wohnkosten haben sich viele Haushalte stark verschuldet.

Menschen mit wenig Geld bleibt aufgrund der Kaufpreise der Zuzug in die Innenstädte verwehrt. Haben Menschen während des Sozialismus eine Wohnung in den Innenstädten zugeteilt bekommen, profitieren sie zwar heute von den steigenden Preisen – ein möglicher Verkauf der Wohnung ist aber mit dem Kauf einer vergleichbaren oder günstigeren Wohnung verbunden, die tendenziell am Stadtrand oder auf dem Land zu finden ist. Die Bewegung für Menschen mit wenig Geld geht damit nur aus den Innenstädten raus und nicht in sie hinein.

Die Wohnungskrise gibt mit hohen Wohnkosten, starker Überbelegung, fehlenden Möglichkeiten eine eigene Wohnung anzumieten und vielen prekären Wohnverhältnissen zahlreiche Anlässe für stadtpolitischen Protest. Schätzungsweise mehr als 100.000 Familien leben in informellen Wohnungen, vor allem viele Rom*nja sind davon betroffen.

Sozialer Wohnungsbau hat in den letzten Jahrzehnten kaum stattgefunden und noch immer fließt kaum öffentliches Geld in den Wohnungsbau. Der fehlende öffentliche Wohnungsbestand und das schwache Mietrecht haben zur Folge, dass politische Eingriffsmöglichkeiten in die Wohnraumversorgung verschwindend gering sind.

DER »BLOCUL PENTRU LOCUIRE«

Im Juli 2017 gründete sich das Bündnis »Blocul pentru Locuire« (»Block für das Wohnen«), das durchaus Ähnlichkeiten mit dem bundesweiten Bündnis »Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn« in Deutschland hat. Die einzelnen lokalen Gruppen agieren jeweils in ihren lokalen Auseinandersetzungen, können jedoch dabei auf den Rückhalt der anderen Gruppen zählen. Auf regelmäßigen Treffen und gegenseitigen Besuchen werden gemeinsame Entscheidungen getroffen und anstehende politische Kampagnen geplant. Der »Blocul« will sowohl Einfluss auf nationale Gesetzgebung als auch auf lokale wohnungspolitische Entscheidungen nehmen. Dazu analysieren die beteiligten Gruppen gemeinsam die politische und ökonomische Situation auf dem Wohnungsmarkt, besprechen Gesetzesänderungen und intervenieren in die rumänische Wohnungspolitik.

Aus Cluj sind derzeit die Gruppen »Asociația Chiriașilor Cluj« (Mieter*innenverband Cluj) und »Căși sociale acum!« (Sozialer Wohnungsbau jetzt!), in Timișoara die »Initiative Dreptul la Oraș« (Recht auf Stadt) und aus Bukarest die »Frontul Comun pentru Dreptul la Locuire« (»FDCL«; Gemeinsame Front für das Recht auf Wohnen) aktiv. Zudem sind die Gruppen »E-Romnja«, ein Verein zur Förderung der Rechte von Rom*nja-Frauen und die »RomaJust Asociația Juriștilor Romi« (Verband der Rom*nja Anwälte) Teil des »Blocul«.

Ein zentraler Gründungsmoment für die Gruppe »FDCL« war die Auseinandersetzung um die Räumung der Vulturilor-Straße 50: Im September 2014 wurden 20 Rom*nja-Familien aus ihrem Zuhause im Zentrum von Bukarest zwangsgeräumt und auf die Straße gesetzt. Auf dem freien Markt waren die Bewohner*innen chancenlos sich mit Wohnraum zu versorgen und die Anträge auf Unterbringung in einem anderen sozialen Wohnungsbau blieben teilweise seit zwölf Jahren unbeantwortet. Die Bewohner*innen hielten daraufhin über zwei Jahre den Bürgersteig vor ihrem ehemaligen und anschließend leerstehendem Zuhause besetzt.

Das Haus war ein Altbau, der während des Sozialismus als sozialer Wohnungsbau genutzt und anschließend bei der Privatisierung den Nachfahren der ehemaligen Eigentümer übergeben wurde (Siehe Interview mit der Bewohnerin und Aktivistin Nicoleta Vișan).

DIE KAMPAGNE »SOZIALER WOHNRAUM IN 2 JAHREN UND NICHT IN 20«

Seit der Gründung organisiert der »Blocul« Kampagnen, beispielsweise 2017 gegen ungerechte und gesetzeswidrige Kriterien bei der Zuteilung von Sozialwohnungen. Dazu wurden lokale Verwaltungen, deren Kriterien gegen nationales Recht verstoßen haben, vom »Blocul« verklagt. In Cluj und Bukarest konnten Prozesse sogar gewonnen werden. Im Jahr 2018 wurden

eigene Recherchen zu Zwangsräumungen durchgeführt, mit denen erstmalig belastbare statistische Daten dazu öffentlich gemacht wurden. 2019 startete eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften,

um diese zu unterstützen, sich zusätzlich zu Forderungen nach Lohnerhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch für den Zugang ihrer Mitglieder zu sozialem Wohnungsbau einzusetzen.

Die jüngste Kampagne des »Blocul« ist im Sommer 2020 gestartet: Gefordert wird, dass die lokalen Behörden von Cluj, Timișoara und Bukarest sich verpflichten, Menschen, die auf der Warteliste für Sozialwohnungen stehen, innerhalb von zwei Jahren mit einer angemessenen Wohnung zu versorgen. Um dieser Selbstverpflichtung überhaupt nachkommen zu können, müssten deutlich mehr kommunale Mittel in sozialen Wohnungsbau investiert werden, denn dieser ist in Rumänien grundsätzlich in kommunaler Hand. Derzeit durchlaufen Menschen mit Anspruch auf eine Sozialwohnung einen komplizierten bürokratischen Prozess, um im Anschluss bis zu 20 Jahre auf eine Wohnung zu warten.

In jeder der drei Städte wurde eine Online-Petition gestartet. Die Unterschriften sollen im Anschluss den jeweiligen Gemeinderäten vorgelegt werden, samt eines fertigen Entwurfes des Beschlusstextes. Zusätzlich wurde eine ausführliche Begründung vorbereitet, womit den lokalen Behörden viel Arbeit abgenommen wurde.

DAS PROBLEM BLEIBT DIE WARE WOHNRAUM

Der »Blocul« hat der Wohnungsfrage in Rumänien mehr Sichtbarkeit und öffentliche Aufmerksamkeit verschafft. Es sind vor allem arme Menschen, die oftmals zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzt sind, die unter der Wohnungskrise leiden und denen die Möglichkeiten fehlen, sich auf dem freien Wohnungsmarkt mit gutem Wohnraum versorgen zu können. Eine dauerhafte Versorgung für alle Menschen kann daher nur außerhalb marktwirtschaftlicher Prinzipien erfolgen. Die privatisierten Wohnungsbestände verschärfen soziale Ungleichheit und bieten wenige Möglichkeiten in Ungerechtigkeiten der Wohnraumversorgung zu intervenieren. Die vorhandenen Spielräume werden von den Aktivist*innen des »Blocul« nach Möglichkeit genutzt und erweitert. Sie organisieren sich mit Betroffenen, machen auf die politische Verantwortlichen Druck, ihre Lippenbekenntnisse auch umzusetzen und erinnern an existierende Gesetze und Verträge, die aufgrund der prekären Wohnverhältnisse strukturell gebrochen werden.

Wie können wir als Aktivist*innen hier diese Kämpfe unterstützen? Zum einen sind natürlich Spenden an den »Blocul« sehr hilfreich, denn die Aktivist*innen von »Blocul« haben es sehr schwer notwendige finanzielle Mittel für ihre Arbeit zu beschaffen. Zum anderen wünschen sie sich mehr transnationale Zusammenarbeit, etwa bei der Auseinandersetzung mit der Wohnungspolitik der EU. Diese erschwert mit den Maastricht-Kriterien die Aufnahme von Krediten für den sozialen Wohnungsbau und fördert stattdessen eine europaweite Finanzialisierung des Wohnungsmarktes. Auch unsere Bewegung in Deutschland sollte stärker die Auswirkungen dieser Politik benennen und einen Kurswechsel in der Wohnungspolitik der EU fordern.

► **Text und Interview:** Felix und Péter sind beim Bündnis »Zwangsräumung Verhindern Berlin« aktiv, das im europaweiten Netzwerk »European Action Coalition« organisiert ist.

► Weiterlesen

► Webseite des »Blocul«: bloculpentrulocuire.ro (Einige Materialien sind dort auch in englischer Sprache vorhanden)
► Blog zur Räumung der Vulturilor 50: jurnaldivulturilor50.org

► **Danke an Ioana Florea und Nicoleta Vișan!**

► **Fotos:** »Blocul pentru Locuire«

„SCHUTZBEDÜRFTIGE FAMILIEN HABEN WENIG CHANCE AUF EINE SOZIALWOHNUNG“

Interview mit Nicoleta Visan, Betroffene von Zwangsräumung und Aktivistin aus Bukarest

Nicoleta Visan ist Aktivistin aus Bukarest, nach der Räumung ihrer Familie aus der Vulturilorstraße 50 lebt sie sechs Jahre später immer noch in einem Wohnheim. Dieses Jahr hat sie mit Unterstützung der »FCDL« mit dem Slogan „din stradă, la primărie“ (von der Straße ins Rathaus) versucht bei den Kommunalwahlen im September 2020 als parteilose Bürgermeisterin für den Stadtbezirk 3 zu kandidieren. Leider konnte sie nicht ausreichend Unterschriften für Ihre Kandidatur sammeln.

Wir haben mit ihr im August 2020 auf einem zentralen Platz im Stadtbezirk 3 von Bukarest gesprochen.

Nicoleta, kannst du uns mehr von der Räumung der Vulturilorstraße erzählen?

Ich wurde 2014 aus einem Haus geräumt, das dem Staat gehörte. Ich wurde nicht geräumt, weil ich meine Miete, Strom oder andere Kosten nicht bezahlt habe, sondern weil die Regierung ein Gesetz verabschiedet hat, das die Rückübertragung von ehemals verstaatlichtem Eigentum ermöglicht, um arme Menschen und Rom*nja aus den staatlichen Sozialwohnungen und den Stadtzentren zu vertreiben.

Nach der Räumung blieben wir zwei Jahre auf der Straße vor dem Haus. Wir haben alle Formen von Protest gemacht, Petitionen eingereicht, sind vor das Rathaus gezogen und ich habe unzählige Briefe geschrieben. Nach zwei Jahren erhielten neun



Nicoleta Visan am Megaphone bei einer Aktion in Bukarest

Familien Sozialwohnungen, sechs Familien, darunter meine, wurden in eine Unterkunft verlegt, in der wir bis heute zusammen leben. Unser Fall ist noch nicht geklärt.

Mit der FCDL und dem »Blocul« setzen wir uns für die Änderung der Zulassungskriterien für den sozialen Wohnungsbau ein. In Rumänien können Menschen eine Sozialwohnung vom Staat erhalten, wenn sie eine höhere Ausbildung oder einen sehr gut bezahlten Job haben. Aber schutzbedürftige Familien oder Menschen die nur drei, acht oder elf Jahre zur Schule gegangen sind, haben wenig Chance auf eine Sozialwohnung.

Die Räumung hat sehr viel Aufmerksamkeit erregt.

Ja! Zusammen mit der »FCDL« und anderen Organisationen habe ich gelernt zu protestieren. Vorher war ich nicht daran interessiert. Ich kann alle Menschen verstehen, die nicht für etwas unterschreiben möchten. Ich habe früher auch so gedacht. An dem Tag der Räumung wurde mir klar, dass ich in

Gefahr bin und alleine nichts machen kann. Wir hatten das Glück, dass die Aktivist*innen der FCDL wussten, dass wir bald zwangsgeräumt werden sollten und mit uns dagegen mobilisiert haben.

Und du hast deine Erfahrungen aufgeschrieben.

Während ich auf der Straße lebte, habe ich ein Tagebuch geschrieben, daraus wurde ein Buch: „Jurnal din Vulturilor 50“. Ich hoffe, dass es bald ins Englische übersetzt wird und so viele Menschen wie möglich erreicht. Wenn Leute es lesen, öffnet es hoffentlich ihre Herzen und sie geben Menschen, die etwas verändern wollen eine Chance!

Wieso hast du dich entschieden in die Kommunalpolitik einzusteigen?

Dieses Jahr sind Kommunalwahlen. Wir dachten, es wäre eine Chance zu kandidieren. Ich möchte, dass die

Menschen verstehen, wofür ich gekämpft habe. Es ist ein wirklich ehrlicher Kampf, in dem ich nicht nur Dinge für mich selbst will, nicht nur das Wohl von mir und meiner Familie will, sondern das Wohl aller Menschen.

Ich möchte kandidieren, weil ich Dinge ändern möchte. Ich möchte ein Zuhause für alle Menschen, unabhängig von sozialem Status, Bildung oder Beruf. Ich möchte, dass Kinder an erster Stelle stehen. Jedes Kind soll ein Zuhause haben.

Wie reagieren die Menschen auf deine Kandidatur?

Die Menschen sind voller Schmerz, sie vertrauen niemandem mehr. Sie glauben nicht, dass ich etwas verändern kann, auch wenn ich von der Tragödie erzähle, gegen die ich gekämpft und die ich überlebt habe. Ich bin nie hingefallen, sondern habe immer weitergemacht. Seit ich Aktivistin bin, habe ich sehr unterschiedliche Situationen kennengelernt und viele Menschen und Familien getroffen. Ich habe mich mit ihnen angefreundet, weil ich darauf vertraue, dass es immer noch Menschen gibt, die verstehen und zuhören können. Ich habe gelernt, wie wichtig es ist, nicht zu jemandem zu gehen und ihm zu sagen, was er tun soll. Es ist wichtig auf seinen Schmerz zu hören. Zuhören und verstehen.

Menschen in politischen Führungspositionen haben nicht die Erfahrung gemacht, die ich machen musste und haben daher auch wenig Verständnis dafür. Sie interessieren sich auch nicht für die tiefen Schmerzen der Menschen, sondern behandeln Dinge nur auf der Oberfläche.

HARD TIMES IN NEW YORK

Mietstreiks in Zeiten der Pandemie
Ein Interview mit Cea Weaver
von »Housing Justice 4 All (HJ4A)«
aus New York City

INTERVIEW: KATHI KING (FREIBURG) UND ADAM FINCHLER
(BROOKLYN, NEW YORK)

In New York schlug sich die erste Coronawelle besonders auf das Thema Wohnen nieder. Die Menschen waren gezwungen, sich in ihren engen Wohnungen – oft mit gesundheitsschädigender Bausubstanz – aufzuhalten. Häufig wurde ihnen mit Räumung gedroht, weil sie ihren Job verloren hatten und die nächste Monatsmiete nicht aufbringen konnten. Wie gingen die Leute mit dieser Situation um?

Die Mieter*innen haben sich organisiert! In den letzten sieben bis acht Monaten ist die Mieter*innenbewegung in New York State explodiert. Es gibt neue und wachsende Mieter*innengewerkschaften¹ in jeder Ecke des Bundesstaats. Und die Gruppen werden auf radikalere Weise aktiv als noch in den letzten Jahren in ihren Forderungen nach Wohnungsgerechtigkeit.

Begonnen haben wir mit dem Kampf um die Aussetzung von Räumungen. Den haben wir gewonnen. Das hat erstmal den Druck genommen, so dass die Menschen Kapazitäten und Zeit hatten, Mietstreiks zu organisieren. Inzwischen ist das Räumungsmoratorium² aber ausgelaufen, deshalb orientieren wir uns jetzt Richtung Räumungsverhinderung und Blockaden. Schon lange sprechen wir davon, dass die Mehrheit der Mieter*innen nur einen einzigen Gehaltsscheck von der Räumung entfernt ist. Als die Coronakrise einschlug und viele ihre Arbeit verloren,

wurde diese Tatsache plötzlich für Millionen Menschen spürbar.

Diese Krise wurde durch eine Priorisierung ausgelöst, die in New York und im ganzen Land stattfindet: Eigentumsrecht steht über dem Menschenrecht auf Wohnen. Über den Vorzug der Privatwirtschaft und der Immobilienspekulation als bestimmendes Prinzip bei der Wohnungspolitik kam es zu einer Deregulierung des Wohnungsmarktes. Wohnimmobilien als Privateigentum und Wertschöpfungsinstrument zu betrachten und zu nutzen hat die Perspektive auf Wohnraum als das, was er eigentlich sein sollte, verstellt: Ein soziales Gut und ein Zuhause.

Wie lange gibt es »HJ4A« schon?

»HJ4A« wurde 2017 in Albany, NY, gegründet. Es ist ein Bündnis von über achtzig Mieter*innengruppen, die für Mieter*innen und obdachlose Menschen eintreten. Die Immobilienwirtschaft ist die stärkste Kraft in der Politik des Bundesstaats New York. Wir waren uns im Klaren, dass nur die Organisation lokaler Gruppen über den ganzen Bundesstaat hinweg ein Netzwerk

bilden kann, das stark genug ist, um sich dem entgegenzustellen. Wir waren extrem erfolgreich darin, diesen Einwohner*innen von Albany eine Stimme zu geben.

Wie habt ihr eure Organisation an die Social Distancing-Verordnungen angepasst?

Wir waren sowieso schon gewohnt, Zoom-Treffen abzuhalten, weil wir ein räumlich sehr zerstreutes Netzwerk sind. Jetzt machen wir das einfach noch mehr. Wir bieten mehr Eins-zu-Eins-Mentorings³ von Organizer*innen und Mieter*innen an, um die lokale Organisation voranzutreiben – sogar von weit weg.

Ein Mietstreik sieht nach einem riskanten Unterfangen aus. Er funktioniert nur, wenn ein Großteil der Mieter*innen mitmacht. Was sind eure Organisierungsmethoden?

Mietstreiks sind zwar riskant, aber nicht gefährlicher als die Situation, in der wir uns derzeit befinden. Zurzeit kann sowieso niemand seine Miete bezahlen, wegen der massiven Kündigungen und der hohen Arbeitslosigkeit. Die Leute haben die Wahl: Sie können entweder gemeinsam nicht bezahlen – zusammen mit uns – oder eben allein. Unter den jetzigen Umständen ist der Streik die sicherere Option. Aber das ändert sich mit dem Anlaufen der Wirtschaft und wenn die Leute wieder zur Arbeit gehen. Die Streiks am Laufen zu halten ist immer die schwierigste Aufgabe.

Die Organisation selbst ist relativ einfach: Sprich die Leute an, geh von Tür zu Tür, von Haus zu Haus. Schaff Vertrauen und Gemeinschaft. Agitiere. Scheue dich nicht, große Anliegen an deine Nachbar*innen heranzutragen. Mach eine Liste von allen in deinem Haus oder deiner Nachbarschaft und finde heraus, ob sie in der Wohnraum-/Mieter*innenbewegung mitmachen wollen. Jede*r hat einen Grund, daran teilzunehmen, manche wissen es nur noch nicht! Lern deine Nachbar*innen kennen. Und am allerwichtigsten ist: Halte dich an deine Verpflichtungen!

Was ist das Ziel eines Mietstreiks, wenn es nicht nur um eine Pause vom Mietezahlen geht?

Das Ziel eines Mietstreiks ist es, unser Kollektiv und seine ökonomische Macht dafür zu nutzen, die Vermieter*innen in Verhandlungen zu zwingen. Dabei kann es etwa um Mietzahlungen oder Wohnbedingungen gehen. Es gibt eine lange Geschichte von Mietstreiks, die Veränderungen in der Politik herbeigeführt haben. Das wird möglich, wenn mehrere Wohnhäuser einer Stadt oder über den ganzen Bundesstaat hinweg sich im Mietstreik verbünden. Sie sind ein Ausdruck kollektiver Macht.

Euer »Rent Strike Tool Kit«⁴ besagt, dass »wenn der Eigentümer denkt, dass ihr deshalb im Mietstreik seid, weil ihr nicht zahlen könnt, dann hat er wenig Antriebe, Reparaturen durchzuführen oder euren Forderungen nachzukommen«. Hat die Pandemie die Hebelwirkungen von Mietstreiks verändert?

Die Coronakrise ist sicherlich einzigartig. Weil aber der Immobilienmarkt zur Zeit geschwächt ist, haben Vermieter*innen ein großes Interesse, die Mieter*innen, die gerade bei ihnen wohnen, in den Wohnungen zu behalten. Das ist die Stärke der aktuellen Mietstreiks.

Ihr habt euch dafür entschieden, Geschichte zum zentralen Argument eures Toolkits zu machen. Wie kam das?

Geschichte ist die beste Lehrerin. Es gibt eine lange und ereignisreiche Geschichte des Kampfs für Wohnraumgerechtigkeit in New York, die bis ins vorletzte Jahrhundert zurückgeht. Da kann man viel lernen!

Was sind eure Vorschläge zur Wohnraumkrise?

Wir müssen den Einfluss privater Profitinteressen auf dem Immobilienmarkt zurück-

drängen. Es geht darum, für eine Vision zu kämpfen, in der Sozialbau auch Mieter*innenrechte miteinschließt, es geht um gemeinsames Eigentum. Es geht darum, die Community über individuelle Wertschöpfung zu stellen. Das bedeutet, dass in bestehendes öffentliches Eigentum an Wohnraum investiert wird, dass neuer sozialer Wohnungsbau stattfindet und dass Gebäude den Händen spekulierender Eigentümer*innen entrisen werden.

Ihr schlagt vor, dass ein Weg aus der Wohnraumkrise sein könnte, dass Mieter*innen von „TOPA“⁵, ihrem Vorrecht auf den Kauf ihres Wohnhauses, Gebrauch machen. In welchem Maß findet das statt angesichts der hohen Immobilienpreise in der Metropolregion New York?

Im Bundesstaat New York gibt es eine lange Geschichte von Genossenschaften mit geringem Eigenkapital (Limited Equity Cooperatives) und gemeinwohlorientiertem Eigentum an Land (Community Land Trusts). Die bekanntesten davon sind Projekte wie »Co-Op City« (der weltweit größte wohnungsbaugenossenschaftliche Komplex im New Yorker Stadtteil Bronx, A. d. Red.) und »Penn South« (Limited Equity Cooperative im Stadtteil Chelsea, A. d. Red.); tatsächlich aber gibt es tausende kleinerer solcher Kooperativen im ganzen Bundesstaat. Als in den 1970ern und 1980ern in großem Stil Immobilien veräußert wurden, übernahmen Gruppen von Mieter*innen in Harlem, Crown Heights und der South Bronx die von den Eigentümern verlassenen Gebäude. Das ist das Erbe der Wohnraumbewegung in New York, für das wir heute kämpfen.

Die heutige Situation auf dem Immobilienmarkt ist natürlich eine andere. Nichtsdestotrotz verändert Covid-19 die Lage. Wir wissen, dass dieses Erstkaufrecht nur wahrgenommen werden kann, wenn eine substantielle öffentliche Förderung hinzukommt. Nur so kann Wohnraum dauerhaft erschwinglich bleiben.

Seht ihr euch als Teil einer größeren Community verschiedener Mieter*innengruppen und Anti-Gentrifizierungsaktivist*innen in New York?

Ja, absolut. »HJ4A« ist ein Bündnis aus über achtzig Gruppen von Mieter*innen und obdachlosen New Yorker*innen, das diese Kollektive in ihrem Kampf für Wohnraum als Menschenrecht unterstützt. Die Gruppen in unserem Netzwerk sind alle verschieden: Manche sind sehr lokale Graswurzel-Mieter*innengewerkschaften, andere sind Organisationen mit über vierzig Mitarbeiter*innen, die mehrere Städte umfassen und viele Felder bearbeiten. Wir wollen mehr sein als die Summe unserer Einzelteile. Wir arbeiten an einer Vision, einem Weg in die Zukunft, in dem sich alle Gruppen wiederfinden können, die Wohnen als Menschenrecht im Bundesstaat New York voranbringen wollen.

Was sind eure unmittelbaren Ziele und wo wollt ihr auf lange Sicht hin?

Das Wichtigste ist gerade, sicherzustellen, dass diejenigen, die jetzt in der Coronakrise Teil der Wohnraumbewegung geworden sind, dabeibleiben. Zwar denken inzwischen Millionen von Leuten, dass Räumungen während einer Pandemie eine Form von Gewalt sind, doch wir sind der Meinung, dass Räumungen immer gewalttätig sind. Wir müssen dieses gängige Verständnis auf eine neue Ebene verschieben, und immer mehr Leute in den Kampf für eine bessere Welt involvieren.

Auf lange Sicht denken wir, dass sich der Immobilienmarkt – als Resultat der Pandemie und dem Unvermögen vieler, ihre Miete zu zahlen – umstrukturieren wird. Falls das passiert, gibt es drei mögliche Szenarien:

Im ersten reagiert der Bundesstaat New York gar nicht. Es wird zu Massenräumungen und -obdachlosigkeit kommen, weil Menschen ihre Miete nicht zahlen können. Kleinere Vermieter*innen, die nicht in der Lage sind, ihre Gebäude instand zu halten, werden vom Markt verdrängt, während die Immobilienindustrie vom Finanzkapital gerettet wird.

Im zweiten Szenario springt der Bundesstaat für die Vermieter*innen ein, zum Beispiel durch ein gutscheinbasiertes Wohngeldprogramm. Das wird Milliarden kosten, Massenräumungen verhindern und den akuten Druck, dem viele ausgesetzt sind, abmildern. Es wird aber auch ein System bezahlbaren Wohnraums schaffen, das der Marktlogik unterworfen ist und das ausbeuterische Verhältnis zwischen Mieter*in und Vermieter*in zementiert. So ein System hilft den Vermieter*innen aus der Patsche, nicht den Mieter*innen. Diesen Weg findet die Immobilienbranche am besten. Er wird auch von der demokratischen Partei auf Bundesstaaten- und nationaler Ebene vertreten.

Das dritte Szenario ist das, wofür wir bei »HJ4A« eintreten. Wir wollen diese Krise nutzen, um an unsere Erfolge von 2019 anzuknüpfen und noch mehr Wohnraum und Boden dem Markt entziehen. Das passiert, indem Miete ausgesetzt wird und Räumungsgerichte schließen. Wenn die Eigentümer*innen dann vom Markt verdrängt werden, soll der Bundesstaat Wohneigentum aufkaufen und die Wohnhäuser in öffentlich und demokratisch kontrollierten Immobilien- und Landbesitz überführen.

Gibt es etwas, das unsere Leser*innen über »HJ4A« wissen sollten? Oder wollt ihr ihnen noch etwas bestimmtes sagen?

Die deutsche Bewegung für Wohnraumgerechtigkeit inspiriert uns sehr. Besonders die Kommunalisierung von Wohnraum, der vorher großen Investor*innen gehört hat. Und die stärksten Mieter*innenschutzgesetze

der Welt! Danke für all eure Arbeit – wir sind gespannt darauf, was folgt!

► **Kathi King** promoviert an der Uni Freiburg zu afroamerikanischen Autorinnen im New Deal, ist Redaktionsmitglied der Común, aktiv bei der Initiative »Solidarity City Freiburg« und Musikerin.

► **Adam Finchler** ist Musiker und angehender Sonderpädagoge.

► **Übersetzung** aus dem Englischen: Kathi King

► **Weiterlesen** (HJ4A-Homepage)
► housingjusticeforall.org

► **Fußnoten**

- 1 Mieter*innengewerkschaften (tenant unions) gibt es im deutschsprachigen Raum noch nicht. Sie sind ein Interessensverband von Mieter*innen, die sich ähnlich wie eine Gewerkschaft in der Arbeitswelt organisiert. Erfolgreiche Mieter*innengewerkschaften gibt es nicht nur in den USA, sondern z.B. auch in Schweden.
- 2 Zu Beginn der Coronakrise im März 2020 verhängte der Bundesstaat New York ein Räumungsmoratorium, das Mieter*innen mit finanziellen Problemen vor einem Rauswurf schützte.
- 3 In den USA gibt es eine lange Tradition des Organizing, sowohl in der Gemeinwohl-, als auch der Gewerkschaftsarbeit. Beim Organizing geht es um die langfristige Einbindung von Menschen und den Aufbau einer Community mit kollektiver Handlungsmacht. Dafür gibt es strategische Instrumente und Pläne. Organizer*innen haben ihr Handwerk oft über Jahre gelernt und geben es, ähnlich wie in einer Mentor*innenbeziehung, weiter an Aktive in Communities.
- 4 Das »Rent Strike Tool Kit« (Mietstreik-Werkzeugkasten) gibt es hier zum Download:
► housingjusticeforall.org
► Covid 19 ► Rent Strike Tool Kit
- 5 In New York und manchen anderen Bundesstaaten besteht für die Mieter*innen ein gesetzliches Erstkaufrecht, für den Fall, dass ein*e Eigentümer*in ihr Wohnhaus verkauft. Die »Tenant Opportunity to Purchase« (TOPA).

TOOLBOX

LASST UNS IN DIE STADT GEHEN!

Methoden- und Haltungsvorschläge für machtkritische Stadtrundgänge

NICOLE VRENEGOR

„**D**as Städtische definiert sich als der Ort, wo die Menschen sich gegenseitig auf die Füße treten, sich vor und inmitten einer Anhäufung von Objekten befinden, wo sie sich kreuzen und wieder kreuzen, bis sie den Faden der eigenen Tätigkeit verloren haben, Situationen derart miteinander verwirren, dass unvorhergesehene Situationen entstehen“.

Diese Beschreibung von Stadt des französischen Philosophen Henri Lefebvre treibt mich seit Jahren bei meinen stadt- und bildungspolitischen Aktivitäten um. „Lefebvre to go“ hieß 2009 eine der ersten Veranstaltungen, die ich im Kontext der aufkeimenden

Hamburger Recht-Auf-Stadt-Bewegung mitorganisiert habe. Nach einem pointierten Theorieinput des Züricher Lefebvre-Spezialisten Christian Schmid ging es damals mit einer Gruppe von Stadtaktivist*innen direkt aufs Parkdeck der Rindermarkthalle, ein Ort, der zu dem Zeitpunkt leer stand und dessen Zukunft – für einen kurzen Moment – für Unvorhergesehenes offen zu sein schien. So erhielt das Reden und die Wissensvermittlung über Stadt durch das kollektive Gehen und Erkunden von Stadt für mich eine neue, inspirierend-rebellische Dimension.

Und nicht erst seitdem bin ich eine leidenschaftliche Stadtrundgängerin – im Alltag und in meiner Arbeit als Bildungsreferentin. Diese Toolbox ist radikal subjektiv und für alle gedacht, die schon jetzt als Stadtrundgänger*innen urban umtriebig sind oder es demnächst sein wollen.

1. HALLO. HALLO? HIER KOMMT DER MIKROPHONCHECK...

Aus welcher Position spreche ich? Wie werde ich dabei gesellschaftlich verstärkt und was ist eigentlich meine Motivation, warum ich mein Wissen und meine Eindrücke

über die Stadt teilen möchte? Gibt es andere Stimmen in der Gruppe, der Stadt und welche Möglichkeiten haben diese, Gehör zu finden?

Für die außerschulische Bildungsarbeit suche ich immer wieder nach Menschen, die Lust haben, Stadtrundgänge für Schulklassen durchzuführen. Dabei zeigt sich, dass es oft gar nicht so schwer ist, Personen mit einer bestimmten Expertise zu städtischen Themen zu finden. Ebenso wichtig wie diese fachliche Expertise erscheint mir jedoch die Haltung zu sein, die



(zukünftige) Stadtlots*innen während der Tour einnehmen. „Resonanz statt Dominanz“ nenne ich diese pädagogisch-politische Positionierung. Das Bild der Resonanz geht auf den Soziologen Hartmut Rosa zurück, der damit ein Modell beschreibt, wie wir mit der Welt in Beziehung treten können. In der Physik bedeutet Resonanz beispielsweise, dass Instrumente (z.B. ein Cello oder ein Klavier) eine Eigenfrequenz haben, mit der Schwingungen und Töne erzeugt werden, auf die wiederum andere Instrumente reagieren. Hinzu kommt der äußere Raum, der ebenfalls einen wichtigen Einfluss auf den Widerhall und damit auf den Gesamtklang hat.

In Bezug auf Stadtrundgänge meint Resonanz, dass sich mein spezifisches Wissen und meine Erfahrungen beim eigenen Sprechen entfalten können und ich gleichzeitig dabei in Beziehung bin sowohl mit dem Gegenüber als auch mit dem Raum. Im resonanten Kontakt mit den Teilnehmenden einerseits und der Stadt andererseits entsteht so ein emanzipatives Bildungssetting, in dem – im besten Fall

– alle von und miteinander lernen können. Diese Offenheit, auf Impulse und Feedback zu reagieren, gleichzeitig Lehrende und Lernende zu sein, macht meines Erachtens den Sound eines inspirierenden Stadtrundgangs aus.

2. HALLO. HALLO? HIER KOMMT DER EINLASS-CHECK...

Soziale Fragen stellen sich immer auch als Raumfragen. Wie ist der Raum von Macht durchzogen und wer hat Zugang zu diesem? Ist der Ort, an dem ich mich gerade befinde, für alle gleichermaßen zugänglich, und welche Rolle/n weist der Raum, die Architektur den Raumnutzenden zu? Wer hat Zugang zu städtischen Ressourcen und wem wird Zentralität verweigert?

„In einer hierarchisierten Gesellschaft gibt es keinen Raum, der nicht hierarchisiert ist und nicht die Hierarchien und Distanzen zum Ausdruck

bringt“, schreibt Pierre Bourdieu. Wenn ich mit Schulklassen in der Stadt unterwegs bin, dann bringen alle bereits eigene Bilder und Erfahrungen aus ihren Stadtteilen mit. Welchen Ruf hat mein Viertel, meine Stadt? Wie wohne ich im Vergleich zu anderen? Welche Sorgen bereitet mir/meiner Familie das Wohnen? All dies Wissen schwingt mit, wenn ich bei meinem Rundgang über Mieten, Segregation und soziale Teilhabe spreche. In Hamburg können sich viele Menschen die Mieten in den innenstadtnahen Gegenden nicht mehr leisten; es herrscht Wohnungsnot, die Preise auf dem Immobilienmarkt explodieren. Die Frage, ob ich mir ein Viertel leisten kann, wird dennoch stark individualisiert und ist schambesetzt, dabei liegen die Ursachen auf struktureller Ebene.

In den letzten 30 Jahren fand eine massive Umverteilungspolitik von unten nach oben statt. Die Politik verkauft städtische Gemeingüter (Stadtwerte, Kliniken, Grundstücke) und schränkt soziale Dienste und Transferleistungen immer weiter ein. Im Wettbewerb

der Metropolen werden der Wirtschaft teure Geschenke gemacht, immer mit dem Versprechen, dass sich dies schon für alle lohnen werde. Ein Beweis dafür fehlt bis heute.

Am Beispiel der Hamburger Hafencity lässt sich dieses Konzept von neoliberaler Stadt gut veranschaulichen. Mit viel öffentlichen Geldern wurde hier nicht nur die Elbphilharmonie mit 179 Millionen Euro subventioniert, sondern mit der Hafencity gleich ein ganzer Stadtteil neu geschaffen, der für weitere hunderte Millionen Steuergelder für den Immobiliensektor als lukrative Investitionsmöglichkeit aufbereitet wurde. Und auch wenn nun im hinteren Teil der Hafencity vereinzelt Sozialwohnungen gebaut werden, der Einlass-Check in diesen Stadtteil ist und bleibt die Scheckkarte. Diese tieferliegenden Zugangs- und Hierarchiefragen zu problematisieren, unterscheidet meines Erachtens einen rein touristischen Stadtrundgang von einem macht-kritischen.



3. DIE STADT IST EINE TAFEL

Was brauche ich, um einen Stadtrundgang durchführen zu können? Wie bereite ich den Rundgang vor? Welche Ausstattung ist notwendig? Was mache ich, wenn die Gruppe abschaltet?

Stadtrundgänge sind – im Gegensatz zu impulsiven Dérives (Umherschweifungen) – meist auf ein bestimmtes Thema festgelegt und folgen einer geplanten Route. Optimal ist eine Dauer von 1,5 bis 2 Stunden und eine Strecke, die gemeinsam im gelassenen Schlendergang zu schaffen ist, wobei auch Bus und S-Bahn zum Einsatz kommen können. In der Vorbereitung ist es wichtig, sich einen roten Faden zu überlegen: Was ist meine grundlegende These bzw. Fragestellung für die Tour? An welchen Stationen möchte ich unterwegs was verdeutlichen? Und ist das, was ich dort zeigen will, auch

wirklich für alle erkenn- und nachvollziehbar?

Jede Tour folgt einer eigenen Dramaturgie, jede Station beinhaltet eine (Haupt-)These oder ein Thema. Der rote Faden kann gerne von Stopp zu Stopp weiter geknüpft bzw. wieder aufgenommen werden, da sich Wissen über das Wiederholen verfestigt. Und schließlich vermittelt sich die Logik, die ich mir vorher für den Rundgang überlegt habe, nicht immer von selbst. Strukturierende Hinweise und Transparenz im Vorgehen machen es allen Beteiligten einfacher, dabei zu bleiben.

Wenn ich als Stadtrundgängerin unterwegs bin, habe ich neben einem Smartphone, laminierten Fotos und Schaubildern sowie einer Lautsprecherbox vor allem ein Utensil dabei: Kreide. Mit Kreide lassen sich Thesen auf den Asphalt schreiben, kollektive Brainstormings und Feedbacks durchführen oder mensch kann fix mal die Umriss der Stadt auf die Straße malen. Das urbane Leben ist geprägt von Kommunikation und Zeichen in der Stadt, die das Miteinander gestalten: Ver-

kehrsschilder, Graffiti, Plakate oder Durchsagen. Indem ich die Stadt als Tafel nutze, bleiben diese Spuren des Lernens vor Ort sichtbar – zumindest bis zum nächsten Regenschauer.

Nichts ist langweiliger als ein Stadtguide, der*die sich im eigenen Erzählen verliert. Daher ist es gut, öfter mal die Stimme und Sprechposition zu wechseln: Interviews von Anwohnenden, gentrifizierungskritischer HipHop oder vorher eingesprochene historische Texte lassen sich leicht via Smartphone & Bluetooth-Box abspielen.

Apropos Langeweile: Aus der Schule ist zu Genüge bekannt, dass Monologe äußerst einschläfernd sein können. Wenn wenig Resonanz in der Gruppe zum Schwingen kommt, verfall ich oft in vorgefertigte Statements und Anekdoten, die vielleicht schon mal funktioniert haben, die aber im Wiederholen schnell schal werden. Wie in

einer Rundgangs-Dauersendung spule ich dann die Themen ab, was für alle sehr ermüdend ist. Wenn ich diese Tendenz bemerke, versuche ich mit Fragen und einem Wechsel der Methode gegenzusteuern. Bewohner*innen sind immer auch Expert*innen ihrer Stadt. Das Sammeln von Eindrücken – zum Beispiel „Wie wirkt die Architektur auf Euch“ oder „Welche Nutzung ist prägend für dieses Quartier?“ – kann helfen, wieder in den Austausch zu kommen.

4. DIE STADT ALS LERNORT

Warum sollte Lernen überhaupt verstärkt im städtischen Raum stattfinden und nicht ausschließlich in Klassenzimmern, Seminarräumen oder Hörsälen? Was macht die besondere Qualität des Lernorts Stadt aus und welche Rolle spielt diese bei der Vermittlung von Inhalten?

Weltweit lebt schon jetzt über die Hälfte der Menschen in Städten. Schätzungen der UNO zufolge werden im Jahr



2050 mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung in urbanen Zentren leben. Das heißt: Alle gesellschaftlichen Fragen und Auseinandersetzungen, die wir haben – Klimawandel, Endlichkeit der Ressourcen, Verdichtung, Ernährung, Energie, soziales Miteinander – müssen in Städten angegangen und dort gelöst werden. Die Abkehr von einer extrem ressourcenverschwendenden & klimafährdenden Lebens- und Produktionsweise hin zu einer sozialen, nachhaltigen Gesellschaft steht und fällt also in und mit den Städten.

Krefeld riecht nach Spaghetti-Eis und verrauchten Ledersitzen im Taxi – so zumindest meine frühen Erinnerungen an die Besuche bei meiner Tante in der Stadt. Nichts bleibt so gut hängen, wie Erfahrungen, die mit mehreren Sinnen gemacht werden. Diese Erkenntnis ist in der Lerntheorie schon lange bekannt, warum sie nicht für eigene Rundgänge nutzen? Wie riecht der Hafen? Wie schmeckt der Honig von Stadtbienen? Welche Textur hat Beton und Glas und wie klingt Gentrifizierung? Lern-

inhalte, die mit möglichst vielen Sinnen verknüpft sind, bleiben eher hängen. Und wo sonst gibt es so viel zu hören, sehen und erfahren, wie in einer verdichteten Stadt?

5. „DIE STADT IST EINE MASCHINE DER MÖGLICHKEITEN“ (LEFEBVRE)

Wie sähen Städte aus, wenn alle Bewohner*innen gleichberechtigt entscheiden würden, wie diese gestaltet wären? Wie könnten die Ressourcen und der Reichtum einer Stadt klima- und sozialgerecht verteilt werden? Wie wäre der Alltag in der Stadt der Zukunft, der nachfolgenden Generationen ebenfalls ein gutes Leben ermöglicht?

Kein Rundgang ohne eine Prise utopischer Überschuss, der über das Bestehende hinausweist: In welcher Stadt und in welcher Gesellschaft wollen wir leben? Gerade, wenn ich davon ausgehe, dass die neoliberale Stadt schon

lange abgewirtschaftet hat, dann kann eine Offenheit für andere Visionen von Stadt nicht schaden. Zurück zum Anfangszeit und damit zum „Erfinder“ von ‚Recht auf Stadt‘, Henri Lefebvre. Dieser ging davon aus, dass das städtische Zusammenleben geprägt ist vom konkreten Widerspruch, von unterschiedlichen Interessen und Wünschen, die immer wieder miteinander verhandelt werden müssen. Gleichzeitig können jedoch neue Raum-erfahrungen zu Sprüngen im politischen Bewusstsein führen, in städtischen Auseinandersetzungen tun sich Möglichkeitsräume auf und plötzlich wird an einer Ecke oder Kreuzung ein anderer Alltag denk- und machbar. Was passiert, wenn ich den Faden der eigenen Tätigkeit verliere? Was wäre auf diesem Parkdeck möglich, wenn hier keine Autos mehr parken? Was macht diese Nachbarschaftsinitiative anders, um solidarisch zu leben?

Stadt ist permanente Veränderung. Das urbane Leben ist geprägt von Reibung und Bewegung. Mein letzter Tipp für Stadtrundgänger*innen:

Lasst euch auf Unvorhergesehenes ein: eine Diskussion mit einer Passantin, ein Zwischenstopp bei der neuen S-Bahn-Station, das gemeinsame Grübeln über ein frisches Graffiti. Es macht Spaß, auf diese Zu- und Zwischenfälle zu vertrauen. Denn nicht zuletzt geht es auch darum, nicht selbst zur Im-Mobilität zu erstarren, sondern Akteur*in einer gesellschaftlich notwendigen Veränderung zu werden.

► **Nicole Vrenegor**, Politikwissenschaftlerin, Journalistin, Stadtfleurin, aktiv im Kontext von Recht auf Stadt Hamburg, einem Netzwerk von Einzelpersonen und Initiativen, die sich gegen die Kommerzialisierung von Stadt wehren. Als Referentin für Globales Lernen und BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung) bietet sie für Schulklassen Stadtrundgänge zum Thema Metropolenentwicklung, nachhaltige Stadt an und unterstützt andere Multiplikator*innen bei der Konzeption eigener Rundgänge.

► **Fotos:** Hamburger Stadtansichten von Rasande Tyskar



REZENSIONEN

(RE-)KOMMUNALISIERUNG ALS GLOBALER TREND

Die Studie „The Future is public“ untersucht die Effekte kommunaler Wiederaneignung. Das Ergebnis: Alles wird besser

KRISTIN SCHWIERZ



Eine Bilderbuchgeschichte: 2009 nahm die Stadt Paris die in den 1980er Jahren privatisierte Wasserversorgung wieder selbst in die Hand. Heute versorgt das städtische Unternehmen »Eau de Paris« nicht nur drei Millionen Menschen mit hochqualitativem Wasser zu einem gesenkten Tarif, es wurden auch 1.200 Trinkwasserfontänen in der Stadt aufgestellt, ein Sozialfonds gegründet, ein Bodenfonds für Öko-Landwirtschaft geschaffen und ein Unter-

nehmensbeirat eingerichtet, dem nicht nur gewählte Stadträte, sondern auch Vertreter*innen von NGOs angehören.

Ein ganz reales Fallbeispiel aus der Studie „The Future is public: Towards Democratic Ownership of Public Services“. Der optimistische Titel verrät es: Die präsentierten Forschungsergebnisse werden als Beweis dafür gewertet, dass (Re-)Kommunalisierung ein unaufhaltbarer globaler Trend ist. Zwischen 2000 und 2019 brachten laut der Studie immerhin mehr als 2.400 Städte in 58 Ländern öffentliche Dienstleistungen (wieder) unter kommunale Kontrolle.

Das Buch ist das Ergebnis einer Kooperation des »Transnational Institute« – einem internationalen Forschungsinstitut und bewegungsnahen Think Tank – mit weiteren Organisationen, Gewerkschaften und Forschungseinrichtungen. In der ersten Phase (Start 2015) wurden weltweit 1.400 Fälle von (Re-)Kommunalisierung mittels einer Fragebogenuntersuchung erhoben. In der zweiten Phase wurden aus dem Material die positiven Effekte ausgewertet. Identifiziert wurden hier beispielsweise Gebührenerkürzungen, Kosteneinsparungen, bessere Arbeitsbedingungen, Erreichung von politischen Zielmarken (z.B. Klimaziele), Verbesserung der demokratischen Kontrolle etc.

Die erhobenen Fälle betreffen alle Bereiche kommunaler Infrastruktur. Hinsichtlich der Anzahl führend sind Energie und Wasser mit 374 bzw. 311 Fällen, gefolgt von „Local Government“ (223) – also z.B. Wohnraumversorgung und Stadtreinigung –, Telekommunikation (192), Gesundheit und Soziales (138), Müllentsorgung (85), Transport (47) und Bildung (38).

Die in Open Access-Buchform veröffentlichte Studie gliedert sich in zwei Teile. Im ersten geht es um konkrete lokale Erfahrungen mit (Re-)Kommunalisierungen und im zweiten darum, wie die demokratische Teilhabe organisiert wird. Fallbeispiele kommen u.a. aus Kanada, Norwegen, Spanien, UK, Chile, Dänemark, Malaysia, Philippinen und den USA. Die Autor*innen der fünfzehn Beiträge sind Forscher*innen, Gewerkschafter*innen, Aktivist*innen und Professionals der jeweiligen Bereiche.

Beispiel UK: Hier wurden seit den 1980er Jahren nahezu alle öffentlichen Dienstleistungen privatisiert. Übertreibung, folgenreiche Unternehmenspleiten und massive Unterversorgung (etwa bei Wohnraum und Gesundheit) haben zu einem Umdenken geführt: Zwischen 2016 und 2018 wurden mehr als 200 Verträge UK-weit wieder „zurückgeholt“. Die Tendenz hin zu einer De-Privatisierung ist auch der Kampagne »We Own It« zu verdanken, die sogar einen detaillierten Plan („When we own it“) zur Demokratisierung des neuen öffentlichen Sektors entworfen hat. Die letzten Wahlprogramme der Labour Party enthalten zudem weitreichende Vorschläge für die „Zurückgewinnung“ nahezu sämtlicher Bereiche öffentlicher Infrastruktur.

Ein überraschendes Fallbeispiel kommt aus den USA: Vor allem in ländlichen Regionen und Kleinstädten, wo es sich für die großen Telekommunikationsunternehmen nicht lohnt zu investieren, haben USA-weit 800 Gemeinden die Internetversorgung selbst organisiert, 500 davon sind in öffentlicher Hand.

Für den afrikanischen Kontinent finden sich in der Studie kaum Daten. Dafür thematisiert ein Beitrag das Problem der Müllentsorgung in afrikanischen Ländern. Da diese meistens privatisiert ist, findet sie oft nur in reichen Gegenden statt, wo es sich finanziell lohnt. In einigen Ländern tragen informelle Müllsammler*innen einen großen Anteil an der Müllentsorgung und am Recycling. Beispiele aus Ägypten, Mali, Tansania, Ruanda u.a. zeigen, wie eine (Re-)Kommunalisierung der Entsorgung unter Einbeziehung der Bewohner*innen, informellen Arbeiter*innen und traditionellen Ansätzen zu einer effizienteren und gerechteren Entsorgung führen kann – wenn auch verbunden mit neuen sozialen Widersprüchen.

Für die Schaffung demokratischer Strukturen gibt die katalonische Stadt Terrassa ein gutes Beispiel: Dort erwirkte ein „Bürger*innenparlament“ 2018 die Rekommunalisierung der Wasserversorgung und gründete dann einen Beirat, der als basisdemokratisch organisiertes Kontroll- und Beratungsgremium fungiert, das eng mit der Kommune zusammenarbeitet. Diese Form der Co-Governance bleibt natürlich nicht ohne Konflikte und Widerstände.

Der Optimismus der Studie ist ansteckend und es macht Freude sie zu lesen. Die Fallbeispiele sind informativ und inspirierend, die vielen Infografiken sind ansprechend gestaltet und die Fülle an Material bietet – trotz ihres notwendig selektiven Charakters – genug Futter für die Weiterentwicklung im eigenen Kontext. Das erklärte Ziel der Studie, kritische Masse für einen „Quantensprung“ zu generieren, ist vielleicht zu hoch angesetzt, nützlich ist so ein Buch dafür aber allemal.

► Die Studie zum Download: www.tni.org/en/futureispublic

► Kristin Schwierz ist stadtpolitisch im Ruhrgebiet aktiv und Teil der Común-Redaktion.

LEFEBVRE FÜR ALLE

Aus den Beiträgen und Debatten des Symposiums „AlltageinTagaus“ entstand das Buch „Lefebvre for activists“

LILLI RAST



Aus Debatten um Gentrifizierung ist das Recht auf Stadt – als Slogan, als Forderung, als Kampfansage – inzwischen nicht mehr wegzudenken. Es assoziiert das Unrecht der Verdrängung von Bewohner*innen mit ihrem Recht auf Mitbestimmung.

Der Begriff geht auf den französischen Philosophen Henri Lefebvre zurück und wurde zum Gegenstand des Symposiums „AlltageinTagaus: Ein Lefebvre Symposium über das Recht auf Stadt“, das im Mai 2017 an der Kunsthochschule Weißensee ausgerichtet wurde.

Aus den Beiträgen und Debatten entstand das Buch „Lefebvre for activists“ – nicht nur als Zusammenfassung, auch als Aufruf und als Vorschlag. In Einleitung, drei „Akten“ und Epilog, auf Deutsch und auf Englisch, setzen sich die Autor*innen mehr und weniger explizit mit Lefebvres Werk auseinander und reflektieren ihre eigene Arbeit in stadtpolitischen Kämpfen. Dabei lassen sich die drei Akte auch als „Vergangenheit / Gegenwart / Zukunft“ oder als „Theorie / Praxis / Theorie weiterdenken“ lesen.

Christian Schmid, Klaus Ronneberger und Christoph Schäfer führen im ersten Akt in die Lefebvre'sche Begriffswelt ein, denken sie weiter und verarbeiten sie bildlich. Das Recht auf Stadt ist kein Recht, das vergeben wird, sondern ein Recht, welches die Stadtbewohner*innen beanspruchen und erkämpfen, qua ihrer Position als Bewohnende, Betroffene, der Stadt – ein Recht auf Mitbestimmung über die Ressourcen der Stadt, ihre Infrastruktur, Teilhabe an ihrer Kultur, auf die Zentralität, die das Urbane ausmacht. Dabei ist aber auch Stadt bei Lefebvre nicht gleich Stadt. Eine immer weitere Vernetzung von Produktion – heute beschleunigt durch Kommunikations- und Informationstechnologien – transformiert den Stadt-Land-Gegensatz in einen Gegensatz von Zentrum und Peripherie, welcher eine planetare Urbanisierung zur Folge hat. Urban bedeutet also nicht Stadt, sondern die urbane Situation in allen Räumen, in der Lefebvre zufolge aber auch ein revolutionäres Potenzial innewohnt, weil das Urbane auch ein Raum für Differenz, gemeinsame Ressourcennutzung, Aushandlung und Aneignung sein kann.

Doch wie können utopische Potenziale erzeugt werden? Diese Frage stellen sich Christoph Schäfer, die Initiative »Stadt von Unten« und Ulrike Hamann für »Kotti & Co« entlang der Schritte „Aneignen, Enteignen und Vergesellschaften“. Zum Beispiel bieten kleine und ganz praktische Überlegungen – mit bunten Markern planen, um der Angst vor dem Zeichnen vorzubeugen, die planerischer Vogelperspektive durch eine Alltags-

sicht auf die Stadt zu ersetzen – eine Möglichkeit, um Planung partizipativ und alltagstauglich zu gestalten, eine Aneignung der Planungsprozesse durch alle zu ermöglichen. So wurde im Kampf um das ESSO-Häuser-Areal im Hamburger Stadtteil St. Pauli schon mal parallel mit der Planung „von unten“ angefangen und soviel Druck auf die Politik ausgeübt, dass die damals (2014) neu gegründete »PlanBude« nicht nur mit dem Beteiligungsprozess beauftragt wurde, sondern auch Entwürfe der Stadtteilbewohner*innen durchsetzen konnte – Ausgang offen. In Berlin-Kreuzberg haben es »Stadt von Unten« und »Kotti & Co« geschafft, Prozesse der Aneignung, Enteignung und Vergesellschaftung anzustoßen. Und das ist bei »Stadt von Unten« wörtlich zu nehmen, denn das Dragonerareal wurde so erfolgreich angeeignet, dass sich das Land Berlin gezwungen sah, es der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben abzukaufen, es also rekommunalisiert wurde.

Akt III – mit „Departures, Excursions, Saltos“ überschrieben und ganz auf Englisch – lässt die (utopisch-)praktische Perspektive aus dem zweiten Akt hinter sich und wendet sich unterschiedlichen Orten, Zeiten und dem Feld der Theorie zu: mit Daniele Tognozzi über die Rolle von Künstler*innen in Prozessen der Stadterneuerung, Johanna Gilje über die Bedeutung von Aktivismus, Uroš Pajović über historische Versuche der Selbstverwaltung in „platial communities“, und schließlich mit Benjamin T. Busch über ein Recht auf infrastrukturelle Beteiligung in Zeiten eines Plattform-Kapitalismus und digitale Infrastrukturen, welche Herrschaft, Souveränität, Teilhabe und Politik grundlegend transformieren.

Zumindest wer das Buch chronologisch liest, kommt zum Epilog, in dem die eigenen Gedanken zum bisher Gelesenen mit Elisa T. Bertuzzos Einordnung der einzelnen Aufsätze und der Entstehungsgeschichte des Buches ergänzt werden, bevor das Buch mit Victoria Claire Andersons Rezepten für Aktivismus – u.a. einer Anleitung am Anfreunden mit älteren Nachbar*innen – endet. Eingeschrieben in den Titel und bei genauerem Hinsehen erkennbar, steht übrigens „Activists for Lefebvre“ und damit wohl ein Plädoyer dafür, sich der Lefebvre'schen Ideen im eigenen Aktivismus zu bedienen, verfasst aus der Perspektive von Aktivist*innen, die genau das gemacht haben. Möglich ist das mit diesem Sammelband, der vielfältige praktische und theoretische Perspektiven verbindet und die Aktualität und Aktualisierbarkeit von Lefebvres Werk, immerhin inzwischen ein halbes Jahrhundert alt, deutlich macht.

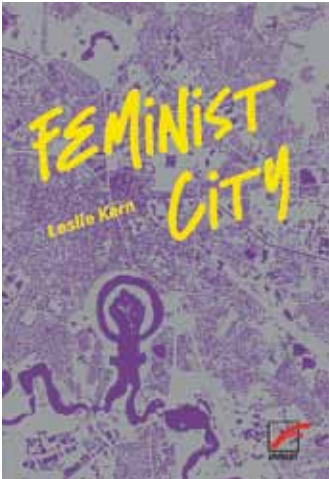
► Kollektiv Quotididen mit Victoria Claire Anderson, Elisa T. Bertuzzo, Johanna Gilje, Lin Nowicki, Uros Pajović und Daniele Tognozzi: *Lefebvre for Activists*, adocs, 2020, 16 €.

► Lilli Rast ist Aktivistin und hat Geographie in Leipzig studiert.

WIR HOLEN UNS DIE STADT ZURÜCK

Feminist City – Wie Frauen die Stadt erleben

CHRI GUTSMIEDL



Wie Städte designt und gebaut sind, formt das urbane Leben entscheidend: unsere sozialen Beziehungen, die Verteilung von Macht, die Sichtbarkeit von Menschen, die Zugänglichkeit zu öffentlichen Orten. Die Gestaltung von Städten ist nicht neutral: Wolkenkratzer in Stadtzentren stehen nicht nur für den gesellschaftlichen Fokus auf die Wirtschaft, sondern zementieren männliche Machtpositionen. Dunkle und schlecht beleuchtete Unterführungen verhindern, dass

FLINT* nach einem nächtlichen Barbesuch die kürzesten Wege nach Hause nehmen. Und für Schwangere oder Menschen, die ihre Kinder stillen, kann der Aufenthalt im Stadtzentrum wegen fehlender Sitzgelegenheiten, um sich auszuruhen, zur Tortur werden.

Gender bestimmt das Leben in Städten entscheidend. Das beleuchtet Leslie Kern in ihrem Buch „Feminist City. Claiming Space in a Man-Made World.“ Die Geografin, die insbesondere zu Sozialen Bewegungen und Feminismus im urbanen Kontext forscht, nimmt in ihrem Buch auseinander, inwiefern Städte durch männliche Macht und Symbole strukturiert sind. Kern geht der Frage nach, wie eine Zukunft in Städten aussehen kann, wenn plurale Bedürfnisse und Perspektiven von Frauen und Queers bei der Gestaltung urbaner Räume berücksichtigt werden. In fünf Kapiteln zeigt die Autorin in einer Mischung aus persönlichen Erfahrungsberichten, Analysen aus der Stadtforschung sowie Beispielen aus der Popkultur Perspektiven auf eine feministische Stadt. Dabei geht es um Mutterschaft und neue Familienmodelle, um Freund*innen, darum, den eigenen Raum zu finden und um politischen Protest und Widerstand. Thematisiert wird aber auch, welche Rolle Angst für FLINT* im Alltag in der Stadt spielt und wie sehr sie die Sicht auf die Stadt bestimmt. Ihren feministischen Ansatz erweitert Kern intersektional. Denn nicht nur sexistische Strukturen entscheiden, wie sich FLINT* durch den öffentlichen Raum bewegen – auch Rassismus, Ableismus oder Klassismus wirken sich auf die Menschen aus.

Ausgangspunkt von Kerns Analysen ist, dass nicht nur die Stadt vom Menschen geformt ist, sondern sich auch der städtische Raum in die Körper der Menschen einschreibt. Das heißt, welche Erfahrungen FLINT* in der Öffentlichkeit machen, entscheidet, wie sie Städte lesen, welche Orte sie aufsuchen und wie sie sich darin bewegen. Mit der Verdrängung des vermeintlichen

Privatlebens an die städtischen Randbereiche geht die Reproduktion heterosexueller Kleinfamilienstrukturen einher: Männer pendeln jeden Tag von der Peripherie ins Zentrum, wo sie ihre Lohnarbeit verrichten und die ökonomische Versorgung ihrer Kleinfamilie sicherstellen. Nach der Arbeit kommen sie nach Hause, wo die Frauen schon die Kinder versorgt haben und darüber hinaus noch unbezahlte emotionale Sorgearbeit für die Männer leisten. Kurzum: Der private Raum dient als Ort der unbezahlten Reproduktionsarbeit, während sichtbare öffentliche und urbane Orte Sphären der Produktion sind. In privaten Räumen werden die Bedürfnisse von Frauen und familiäre, heteronormative Herrschaftsstrukturen weitgehend unsichtbar gemacht. Diese Räume neu zu denken ist wichtig, um eingeschriebene Unterdrückungsmechanismen aufzubrechen.

Dem heteronormativen Kleinfamilienmodell stellt Kern Freund*innenschaften gegenüber. Sie haben revolutionäres, empowerndes und selbstermächtigendes Potenzial für FLINT*. Über verschiedene Lebensphasen hinweg nehmen Freund*innen-schaften eine zentrale und wichtige Rolle für sie ein: Sie sind eine Konstante im Leben. Städte sind dann auch Orte, an denen selbstbestimmte Freund*innenschaften ausgetragen werden und Platz finden. In Cafés, in Parks, in Bars: Der öffentliche Raum kann zur Kulisse der Aushandlungen von Freund*innenschaften umgenutzt werden.

Städte neu zu denken heißt, kapitalistische Verwertungslogiken, die in Städte, Körper und Menschen eingeschrieben sind, radikal zu transformieren und aufzulösen. Kern fordert, die Gestaltung von Städten von den Bedürfnissen der „Verwundbarsten“ (S. 165) – aus intersektionaler Perspektive – zu denken. Nur so können bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die eine weiße, hetero- und cis-männliche Perspektive ins Zentrum stellen, aufgebrochen werden. Die Transformation hin zu einer bedürfnisorientierteren, feministischen und gerechten Stadt, in der sich Menschen ohne Angst vor Übergriffen und Unterdrückung bewegen können, findet bereits statt. Denn das wahre revolutionäre Potenzial einer Stadt beginnt nicht bei den Stadtplaner*innen, sondern kommt von unten: Aus dem Zusammenschluss von FLINT*, die sich für ihre Bedürfnisse einsetzen und so Schritt für Schritt zu einer feministischen Transformation der Stadt beitragen.

► **Leslie Kern: Feminist City. Claiming Space in a Man-Made World**, Verso 2020, 12 Euro. Erscheint im Dezember 2020 auf deutsch im Unrast Verlag

► **FLINT*** steht für Frauen, Lesben, Trans, Inter, das Sternchen für die gesellschaftliche Konstruktion dieser Kategorien

IMPRESSUM

COMÚN – MAGAZIN FÜR STADTPOLITISCHE INTERVENTIONEN

2. Jahrgang / 2020 / Ausgabe Nr. 4 / Dezember 2020

Kontakt: info@comun-magazin.org

Redaktion: redaktion@comun-magazin.org

Website: comun-magazin.org

Einzelpreis: 7 EUR

Herausgeber

Urbane Intervention e.V.
c/o Botopia
Griesenbruchstraße 9
44793 Bochum

V.i.S.d.P.: Kristin Schwierz (Adresse wie oben)

Redaktion: Chri Gutsmedl, Janika Kuge, Kathi King, Rainer Midlaszewski, Kristin Schwierz

Korrektorat: Alexandra Brundiars, Johanna Tönsing

Satz und Gestaltung: Rainer Midlaszewski

Autor*innen/Beitragende: Serena Abbondanza, Yannik Böckenförde, Niels Boeing, Heike Ehrlich, Felix, Adam Finchler, Chri Gutsmedl, Eleonora Herder, Anke Kleff, Kathi King, Janika Kuge, Armin Kuhn, Netzwerk „Stadt für alle“ Potsdam, Tabea Latocha, Jonas Löwenberg, Rainer Midlaszewski, Cesar Ochoa, Péter, Lilli Rast, Recht auf Stadt Regensburg, Mona Saddei, Nina Schuster, Kristin Schwierz, Rebecca Sirsch, Niloufer Tajeri, Vernetzung der Akelius-Mieter*innen Berlin, Lisa Vollmer, Nicole Vrenegor, Lena Wegmann, Hannah Weiß

Illustrationen: Leonie Herrmann, Tomma Suki Hinrichsen, Rainer Midlaszewski

Fotos: Blocul pentru Locuire, Chri Gutsmedl, Constraula Enginyeria i Obres, Genossenschaft Kalkbreite, Halacious (Unsplash), Simone Hutsch (Unsplash) Jorge Hernandez, Kathi King, Allegra Kortlang, Janika Kuge, Anke Kleff, Silke Mayer, Mietenwahnsinn stoppen Dresden, Netzwerk „Stadt für alle“ Potsdam, Neustadtpiraten, Recht auf Stadt Regensburg, Volker Schopp, Sabine Scheffer Nastaran Tajeri, Niloufer Tajeri, Rasande Tysker, Vernetzung der Akelius-Mieter*innen Berlin

Druck: Klimaneutral gedruckt von S+G Druck GmbH & Co. KG (Ahorn), auf Enviro Top (Recyclingpapier aus 100% Altpapier, CO2 neutral hergestellt)

Alle Inhalte sind, soweit nicht anders angegeben, lizenziert unter CC-BY-SA-NC 4.0



Kontoverbindung des Trägervereins (auch für Spenden)

Urbane Intervention e.V.: IBAN: **DE89 4306 0967 1108 2700 00**,
BIC: GENODEM1GLS (GLS Bank)

**RECHT
AUF STADT
FORUM
2021**

07./09. MAI, BONN

WWW.COMUN-MAGAZIN.ORG